



11. Sitzung

Mittwoch, 24. August 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin 727

Ausscheiden von Abgeordneten
(Karl Schwinke SPD, Thomas Ritzenhoff SPD)

Nachrücken von Abgeordneten
(Barbara Nittruch SPD, Regina-Elisabeth Jäck SPD) 727

Änderung und Ergänzung
der Tagesordnung 727

Aktuelle Stunde 727

Fraktion der SPD:

Neue Spekulationen um Kostensteigerungen und Verzögerungen bei der Elbphilharmonie – Aufklärung wichtiger denn je!

Metin Hakverdi SPD 727, 736
Andreas C. Wankum CDU 729
Anja Hajduk GAL 730
Robert Bläsing FDP 731, 735
Norbert Hackbusch DIE LINKE 731, 735, 736

Barbara Kisseler, Senatorin 732
Gabi Dobusch SPD 734

Fraktion der CDU:

Scheeles Schlingerkurs in der Arbeits- und Sozialpolitik – zum Schaden Hamburgs!

Katharina Wolff CDU 737
Jens-Peter Schwieger SPD 738
Phyliss Demirel GAL 739
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 740
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 741
Hjalmar Stemmann CDU 742
Ksenija Bekeris SPD 742
Katharina Fegebank GAL 743

Fraktion der GAL:

Warum kommt der SPD-Senat nicht in die Gänge? Entscheidung zum Gängeviertel ist überfällig

(Fortführung am 25.08.2011)

Fraktion der FDP:

Tarnen, tricksen, täuschen – der Haushalt der SPD

(Fortführung am 25.08.2011)

Fraktion DIE LINKE:

Hilfen zur Erziehung: Ursachen der steigenden Fallzahlen klären		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
(Fortführung am 25.08.2011)		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung	
		– Drs 20/1228 –	745
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Ergebnisse	746
Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts		Antrag der SPD-Fraktion:	
– Drs 20/1023 –	744	Hamburg – Klar zur Energiewende! Eckpunkte für eine sichere, preiswerte und umwelt- sowie klimafreundliche Energieversorgung für Hamburg	
Ergebnis	745	– Drs 20/1229 –	746
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		dazu	
Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg		Antrag der GAL-Fraktion:	
– Drs 20/367 –	745	Hamburger Energiewende: Kurs halten!	
und		– Drs 20/1333 –	746
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		und	
Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für Stadtentwicklung		Antrag der FDP-Fraktion:	
– Drs 20/1022 –	745	Hamburg – Klar zur Energiewende!	
und		– Drs 20/1348 –	746
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		mit	
Wahl eines Mitglieds des Richterwahlausschusses		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/1114 –	745	Rückkauf der Netze – sinnvoll oder gewagtes Abenteuer?	
und		– Drs 20/801 –	746
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		und	
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 20/1155 –	745	Bekanntgabe des Ablaufs der Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsnetz	
sowie		– Drs 20/1227 –	746
		Dr. Monika Schaal SPD	746
		Birgit Stöver CDU	748
		Jens Kerstan GAL	749, 758
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	751
		Dora Heyenn DIE LINKE	753, 759
		Jutta Blankau, Senatorin	755
		Dr. Andreas Dressel SPD	756
		Dr. Kurt Duwe FDP	759

Beschlüsse	760	Antrag der GAL-Fraktion:	
		Seepiraterie	
Antrag der SPD-Fraktion:		– Drs 20/1359 –	767
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen		Olaf Ohlsen CDU	767
– Drs 20/1220 –	761	Erck Rickmers SPD	768
dazu		Antje Möller GAL	770
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	771
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Christiane Schneider DIE LINKE	772
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen		Beschlüsse	773
– Drs 20/1310 –	761	Antrag der GAL-Fraktion:	
und		StadtRAD auch in Harburg stationieren	
Antrag der CDU-Fraktion:		– Drs 20/892 –	773
Seniorenbeteiligung in Hamburg – Einführung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes		Dr. Till Steffen GAL	773, 777
– Drs 20/1331 –	761	Frank Wiesner SPD	774
sowie		Klaus-Peter Hesse CDU	775
Antrag der FDP-Fraktion:		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	776
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen		Heike Sudmann DIE LINKE	777
– Drs 20/1349 –	761	Beschlüsse	777
Karin Timmermann SPD	761	Große Anfrage der FDP-Fraktion:	
Karin Prien CDU	762	Hafenentwicklung – Quo vadis?	
Katharina Fegebank GAL	763	– Drs 20/1051 –	777
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	764	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	778
Kersten Artus DIE LINKE	765	Jan Balcke SPD	779
Beschlüsse	766	Olaf Ohlsen CDU	780
Antrag der CDU-Fraktion:		Jens Kerstan GAL	780
Bekämpfung der Seepiraterie		Norbert Hackbusch DIE LINKE	782
– Drs 20/1226 –	767	Frank Horch, Senator	783
dazu		Beschluss	785
Antrag der SPD-Fraktion:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Schutz deutscher Schiffe vor Seepiraterie		Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenreten!	
– Drs 20/1358 –	767	– Drs 20/1224 –	785
und		Christiane Schneider DIE LINKE	785
		Ekkehard Wysocki SPD	786, 791
		Heino Vahldieck CDU	788
		Christa Goetsch GAL	788
		Martina Kaesbach FDP	789
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	790
		Robert Bläsing FDP	792

Beschlüsse 792

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

Hamburger Sprachförderkonzept

– Drs 20/441 – 792

Karin Prien CDU 792

Barbara Duden SPD 793

Dr. Stefanie von Berg GAL 793

Anna-Elisabeth von Treuenfels
FDP 794

Cansu Özdemir DIE LINKE 795

Beschluss 796

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich beginne heute mit zwei Personalien. Mit Schreiben vom 24. Juni 2011 hat mir der ehemalige Abgeordnete Karl Schwinke mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat zum selben Tage niederlege. Herr Schwinke war seit März 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und wirkte während dieser Zeit in verschiedenen Ausschüssen mit, insbesondere im Wirtschafts- und Kulturausschuss. Zu Beginn der 19. Wahlperiode nahm er im Wirtschaftsausschuss die Funktion des Schriftführers wahr.

Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Herrn Schwinke für die geleistete Arbeit und wünsche ihm für seine neue Aufgabe als Staatsrat alles Gute.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der GAL und der FDP)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist am 24. Juni 2011 auf der Landesliste der SPD Frau Barbara Nitruich nachgerückt. Liebe Frau Nitruich, ich begrüße Sie ganz herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Des Weiteren hat mir mit Schreiben vom 28. Juni 2011 der ehemalige Abgeordnete Thomas Ritzenhoff mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat niederlege. Herr Ritzenhoff gehörte seit März 2011 diesem Hause an und engagierte sich seitdem insbesondere im Eingaben- sowie im Verfassungs- und Bezirksausschuss. Die Bürgerschaft dankt Herrn Ritzenhoff für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist am 29. Juni 2011 auf der Landesliste der SPD Frau Regina-Elisabeth Jäck nachgerückt. Liebe Frau Jäck, ich begrüße auch Sie ganz herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude bei Ihrer neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung noch um sechs Berichte des Europaausschusses ergänzt werden soll. Die entsprechenden Drucksachen 20/1341 bis 20/1346 liegen Ihnen inzwischen vor; sie wurden als Tagesordnungspunkte 62a bis 62f nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Über diese sechs Berichte stimmen wir morgen ab.

Des Weiteren möchte ich Sie darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen auf eine von der Empfehlung des Ältestenrats abweichende Reihenfolge bei den Wahlen verständigt haben. So wird die Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – das ist Tagesordnungspunkt 4 – vorgezogen und direkt nach der Aktuellen Stunde erfolgen. Die weiteren Wahlen werden sich daran anschließen.

Außerdem sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 81 und 80 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehene Debatte zu Tagesordnungspunkt 80 findet nun bereits heute als vierte Debatte statt und die ursprünglich für heute geplante Debatte zu Tagesordnungspunkt 81 wird dann morgen als dritter Debattenpunkt aufgerufen.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Neue Spekulationen um Kostensteigerungen und Verzögerungen bei der Elbphilharmonie – Aufklärung wichtiger denn je!

von der CDU-Fraktion

Scheeles Schlingerkurs in der Arbeits- und Sozialpolitik – zum Schaden Hamburgs!

von der GAL-Fraktion

Warum kommt der SPD-Senat nicht in die Gänge? Entscheidung zum Gängeviertel ist überfällig

von der FDP-Fraktion

Tarnen, tricksen, täuschen – der Haushalt der SPD

und von der Fraktion DIE LINKE

Hilfen zur Erziehung: Ursachen der steigenden Fallzahlen klären.

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Herr Hakverdi, Sie haben es.

Metin Hakverdi SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat die aktuellen Probleme auf der Baustelle der Elbphilharmonie und die Ereignisse im Untersuchungsausschuss letzte Woche zum Anlass genommen, in der Aktuellen Stunde die Problematik der Elbphilharmonie noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Es ist bedrückend, dass uns Fehler der Vergangenheit immer wieder einholen und zu Problemen auf der Baustelle und letzten Endes nicht nur zu Verzögerungen, sondern auch zu echten Erhöhungen der Kosten führen. Um wirklich zu verstehen, was da die letzten Tage pas-

(Metin Hakverdi)

siert ist, müssen wir uns auf die Ereignisse in der Vergangenheit konzentrieren. Das nützt nun alles nichts, denn wenn wir wissen wollen, wie es zukünftig noch laufen wird, bis das Gebäude endlich fertig ist, auf was wir uns da einstellen müssen und was alles noch passieren kann, dann müssen wir sehen, wo die Fehler gemacht wurden. Vielleicht gelingt es uns noch, so gut es geht, diese Fehler ein wenig auszumerzen, sodass wir auf der Baustelle nicht zu viele Probleme bis zur Fertigstellung haben werden.

Ich nehme Sie alle einmal mit ins Jahr 2006. Über Verantwortliche reden wir noch ganz genau.

(Jens Kerstan GAL: Über die eigene Verantwortung wollt Ihr nicht reden, oder?)

– Sie können sich gleich zur Debatte melden.

(Andy Grote SPD: Ihr wart doch auch für den PUA!)

Es sind nur zwei Daten, die Sie sich für die Debatte merken müssen. Der 15. September 2006 war ein wichtiger Tag für die Stadt Hamburg. Es war der Fristablauf für die Abgabe eines Angebots für die Erstellung der Elbphilharmonie. Bis zu diesem Zeitpunkt waren zwei große Konzerne im Rennen, das Gebäude zu bauen, HOCHTIEF und STRABAG. Diesem 15. September gingen zwei Jahre harte Verhandlungen voraus; harte Verhandlungen nämlich dahingehend, dass STRABAG – das wissen wir seit der Vernehmung der STRABAG-Zeugen letzte Woche – sich nicht in der Lage sah, auf der Basis der Unterlagen und Planungen, die der damalige Senat vorgelegt hat, überhaupt ein Angebot abzugeben. Es wurde zwei Jahre verhandelt und die STRABAG-Zeugen haben uns erklärt, dass sie auf 100 Seiten dargestellt haben, was der CDU-Senat nacharbeiten müsse, damit man überhaupt ein Angebot abgeben könne. Das ist bis zu diesem 15. September nicht geschehen, folgerichtig hat STRABAG gar kein Angebot abgegeben und zack, war die Stadt in der Situation, dass nur noch HOCHTIEF übrig geblieben war und man sie nehmen musste.

Was sind das nun für Punkte gewesen, was waren die konkreten Fehler? STRABAG hat sie benannt und um Nachbesserung gebeten, um auch ein anständiges Angebot abgeben zu können. Was das genau war, werden wir uns noch präzise im Untersuchungsausschuss ansehen, aber ich kann Ihnen sagen, warum wir es jetzt noch nicht wissen, warum es noch nicht publik geworden ist. Im Anschluss an diesen 15. September hat STRABAG dieses Vorgehen natürlich gerügt und dem CDU-Senat vorgeworfen, dass er doch nicht damit davonkommen kann, Unterlagen vorzuenthalten, die notwendig sind, um überhaupt so ein Gebäude irgendwie zu bepreisen, und STRABAG daraufhin sein Angebot zurückziehen musste. Die fast hundert Mitarbeiter von STRABAG, die zwei Jahre

lang daran gearbeitet haben, um ein Angebot abgeben zu können, haben für die Katz gearbeitet und STRABAG wollte dafür etwas auf die Hand haben. Deswegen hat der CDU-Senat sich am 28. November 2006 entschieden, mit STRABAG einen Vergleich zu schließen – wohlgermerkt mit STRABAG, das ist nicht HOCHTIEF.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hört, hört!)

Dieser Vergleich lautete wie folgt: STRABAG verzichtet darauf, die Stadt rechtlich dafür zu belangen, dass sie sich letzten Endes im Ausschreibungsverfahren nicht anständig verhalten hat, und dafür gibt die Stadt – und das lese ich Ihnen jetzt vor, weil ich es nicht glauben konnte – im Vergleich vom 28. November 2006 folgende Erklärung ab. Was bietet die Stadt STRABAG dafür, dass sie das Maul hält – ich sage das einmal so deutlich – und gleichzeitig keine weiteren Rügen erhebt?

"1. Die FHH erkennt die guten und konstruktiven Leistungen der STRABAG in dem Verhandlungsverfahren Elbphilharmonie an, die zu einer positiven Fortentwicklung des Projektes geführt haben."

Das war zu dem Zeitpunkt schon eine Farce, fast eine Lüge, denn die Verhandlungen waren gescheitert. Aber so macht man das in Vergleichen, dass man sich noch ein bisschen Honig um den Bart schmiert.

"2. Deswegen wird die FHH mit der STRABAG andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit prüfen. Angedacht sind Bauleistungen oder Projektentwicklungen auf städtischen Grundstücken durch STRABAG oder konzernverbundene Unternehmen."

Merken Sie, was man STRABAG da versprochen hat? Und jetzt kommt's:

"Sollte die Zusammenarbeit binnen eines Jahres zwischen der FHH und STRABAG nicht einen angemessenen Umfang erreichen, kann die STRABAG nach eigenem Ermessen die ihr in dem fast zwei Jahre andauernden Verhandlungsverfahren Elbphilharmonie entstandenen Kosten mit einem Pauschalbetrag von 3 Millionen Euro in Rechnung stellen."

Weil man diesen Vergleich geschlossen hat, ist nicht publik geworden, was STRABAG damals gerügt hat, und das ist das, was wir die letzten fünf Jahre an der Baustelle ausbaden müssen, und das werden wir auch noch in Zukunft ausbaden müssen.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das war ein schöner Schlusssatz, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Metin Hakverdi (fortfahrend): Frau Präsidentin, bitte noch einen Satz.

Präsidentin Carola Veit: Nein, die Redezeit ist beendet.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort erhält Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hakverdi, was wollten Sie uns da eigentlich eben sagen? Das habe ich nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Das war doch klar und verständlich!)

Sie wollten doch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in dieser Stadt unbedingt die Verantwortung übernehmen. Sie haben sie jetzt seit mehr als 100 Tagen und auch am Beispiel der Elbphilharmonie sieht man, dass Sie es nicht können.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Es macht doch überhaupt keinen Sinn – um das Ergebnis meiner Rede vorwegzunehmen –, dass wir dieses für die Stadt und die ganze Metropolregion so großartige Projekt, das weitreichende Bedeutung haben wird, das uns in die Weltliga der Kulturmetropolen katapultieren und ein Musikhaus für jedermann sein wird,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Auf jeden Fall!)

letztlich dadurch zerstören, indem jeder meint, er müsse zu jeder Entwicklung und zu Dingen, die teilweise über Jahre, wie zum Beispiel die Befahranlage, bekannt sind, immer wieder öffentlich Stellung nehmen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was sind schon 100 Millionen Euro mehr!)

Was jetzt passiert, zerstört doch jedes Vertrauen der Bevölkerung in dieses Jahrhundertwerk.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie von der FDP dazu sagen, braucht man nicht allzu ernst zu nehmen. Es ist eben doch etwas anderes, etwas wirklich Bleibendes für alle zu schaffen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Egal, wie teuer es wird?)

als stereotyp Steuererminderung für wenige zu fordern oder zur Abwechslung einmal die Auflösung eines Bezirks.

(Beifall bei der CDU)

Aber es kann doch nicht sein, dass der Senat noch im Nachhinein Verständnis zum Beispiel für den Intendanten der Elbphilharmonie zeigt, der unaufgefordert in den Medien die Verspätung der Eröffnung bekannt gibt, und dass der für den Bau Ver-

antwortliche tatsächlich in den letzten Tagen öffentlich über die Summe spekuliert, die wahrscheinlich der Generalbauunternehmer für von der Stadt zu verantwortende, und zwar in Ihrer Zeit zu verantwortende Planungsfehler einfordern wird. Das ist doch eine Einladung zur Selbstbedienung.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die Selbstbedienung ist doch bei Ihnen passiert!)

Dafür kann man nur Sie verantwortlich machen. Herr Bürgermeister Scholz, ich fordere Sie daher auf, die orale Inkontinenz zu beenden, die das Objekt seit Ihrer Amtsübernahme begleitet, und es zur Chefsache zu machen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich darf Sie auffordern, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Andreas C. Wankum (fortfahrend): Gerne doch.

Herr Bürgermeister, weisen Sie die Verantwortung denen zu, die darin Erfahrung haben. Sie werden auch nicht die Baubehörde mit der Abwicklung des Kulturbetriebes beauftragen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die Baubehörde gibt es nicht mehr, wir sind schon zehn Jahre weiter!)

Was wir aus dem PUA der letzten Legislaturperiode gelernt haben, ist – das ist richtig und der Verantwortung stellen wir uns –, dass hier Planungsfehler gemacht worden sind

(*Andy Grote SPD*: Und wer hat das zu verantworten?)

beziehungsweise dauernd umgeplant worden ist. Unter anderem haben wir als Bürgerschaft den dritten Saal und andere Dinge beschlossen; dort wird – wir vergleichen Äpfel mit Birnen – heute auch etwas ganz anderes gebaut als das, was ursprünglich in diesem Hause beschlossen worden ist.

Man muss hier auch eines machen, nämlich die Architekten an die kurze Leine legen.

(*Andy Grote SPD*: Seht!)

Auch das haben wir – Herr Kollege Hakverdi, Sie hätten im Ausschuss besser aufpassen müssen – im PUA gelernt. Dass Sie aber aus den Fehlern der Vergangenheit und aus den Erfahrungen im PUA nichts gelernt haben, sieht man doch am Behördenbau in Wilhelmsburg.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wer hat denn vor der Wahl damit begonnen?)

Dort wird fleißig gebaut, aber den Nutzer, den wir hatten, wollen Sie nicht. Trotzdem lassen Sie weiter bauen und der Bürgermeister streitet sich mit

(Andreas C. Wankum)

dem Bausenator in spe a.D. darüber, wer dort einzieht. Die da entstehenden Kosten werden eines Tages zu einer kleinen zweiten Elbphilharmonie werden und das liegt allein in Ihrer Verantwortung, liebe Kollegen und Kolleginnen von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Ich appelliere daher an alle Beteiligten aus Politik, Baumanagement und auch an den Generalunternehmer: Lassen Sie uns zurückkommen zu verantwortlichem Handeln, lassen Sie uns in vertrauensvollen Gesprächen das Projekt endlich zu Ende planen, lassen Sie uns die Architekten an die kurze Leine legen und lassen Sie uns vor allem alle Beteiligten in die Pflicht nehmen, sich ihrer jeweiligen Verantwortung für die Allgemeinheit zu stellen. Nur so können wir den Bau der Elbphilharmonie zu einem Schluss bringen,

(Dirk Kienscherf SPD: Mir kommen die Tränen!)

den er letztendlich bei allen Schwierigkeiten verdient hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hakverdi, ich möchte auf Ihr Zitat nicht eingehen, weil ich nicht ganz sicher bin, ob es korrekt ist, in dieser Sitzung aus den Unterlagen des PUA zu zitieren.

(Metin Hakverdi SPD: Das ist es!)

Ich weiß es nicht, weil ich nicht Mitglied dieses Ausschusses bin, aber ich möchte noch einmal im Allgemeinen nicht nur auf den Gegenstand der PUA-Sitzung, sondern auch auf die öffentliche Debatte und die Kostensteigerung der Elbphilharmonie eingehen. Wir haben in den letzten Tagen lesen können, dass es möglicherweise wieder Verzögerungen gibt und auch Kostensteigerungen wegen der ausstehenden Entscheidung über die Glasfassadenreinigung. Dies wäre ein Beispiel dafür, dass vormals geplante Einsparungen sich nachhaltig als teurer erweisen als ursprünglich gedacht und wir es in der Planung der Elbphilharmonie teilweise mit Verschlimmbesserungen zu tun haben. Der Verzicht auf zum Beispiel die Befahranlage mit Körben, um stattdessen Fassadenkletterer einzusetzen, entpuppt sich im Moment als Problem. Veranlasst wurde diese Änderung vom damaligen Leiter der ReGe, Herrn Wegener, und wenn ich dieses Beispiel einmal nehme, mahnt es uns ganz besonders, dass wir es bei der Elbphilharmonie mit einem Problem zu tun haben, wo manche Hektik und manches schnelle Versprechen lieber ruhiger und besonnener hätte angegangen werden sollen, auch wenn es schwerfällt,

beim Thema Elbphilharmonie besonnen zu bleiben, das will ich gerne einräumen.

Aber weil das Projekt noch nicht abgeschlossen ist und auch der Untersuchungsausschuss noch nicht zu Ende ist, haben wir doch heute die Aufgabe – und vor allem der Senat hat die Aufgabe –, dieses Projekt so erfolgreich zu steuern, dass so wenig zusätzliche Kosten wie möglich anfallen. Auch während der schwarz-grünen Zeit gab es die Aufforderung, möglichst erfolgreich so zu steuern, dass Fehler, die schon in der rein schwarzen Zeit passiert waren, nicht größer wurden. Und auch der SPD-Senat hat nun die Aufgabe, Dinge, die jetzt offenkundig werden und die in der Vergangenheit nicht optimal gelaufen sind, so zu steuern, dass am Ende so wenig Kosten wie möglich entstehen.

(Andy Grote SPD: Das stimmt!)

Das ist eine eigene wichtige Aufgabe, die unabhängig davon zu sehen ist, ob wir uns darüber streiten, wer denn am meisten Schuld in den Schuhen stecken hat. Es ist mir wichtig, das in der Debatte heute einmal zu sagen.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen komme ich zu zwei Schlüssen: Für meine Begriffe ist es das Wichtigste, dass wir eine sehr klare und überprüfbare Erwartung an die ReGe äußern, dass sie alles Mögliche unternimmt, Kostensteigerungen optimal abzuwenden. Sie hat dafür mehr Instrumente als zu Anfang und das hat auch mit richtigen Entscheidungen sogar aus der letzten Legislaturperiode zu tun.

Dann ist es auch wichtig, dass der Senat, der hier Aufsicht führt, genau an dem festhält, was Olaf Scholz zu Beginn seiner Amtszeit am 8. März gesagt hat, als er zum Stichwort Elbphilharmonie im "Hamburger Abendblatt" gefragt wurde:

"Klar, sie wird auch zu Ende gebaut werden müssen. Wir wollen schnell erreichen, dass wir vom jetzigen Zeitpunkt aus kostenstabil bauen."

Das ist etwas, wozu ich mir auch Beiträge von der SPD-Fraktion wünsche, so sehr ich die Aufarbeitung im PUA für richtig und wichtig halte. Aber wir sind noch ungefähr zwei, wenn nicht mehr Jahre vom Ende des Bauens entfernt. Und deswegen hoffe ich, wenn der Senat sich heute in dieser Debatte äußert, dass er uns schon davon berichten kann, dass es auch in Bezug auf das Bauprojekt Elbphilharmonie in der Senatskanzlei die zentrale Koordination für das Kostencontrolling gibt, die der Bürgermeister uns versprochen hat. Ich halte das für eine richtige Idee und hoffe, dass es jetzt auch mit Blick auf die Elbphilharmonie von der Senatskanzlei angepackt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Bläsing.

(Metin Hakverdi SPD: Eimsbüttel abschaffen! Frechheit!)

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wankum, was Sie da eben erzählt haben, grenzte wirklich schon an Realsatire.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es ist der Ernsthaftigkeit des Themas vielleicht auch nicht ganz angemessen. Als wir damals den PUA wieder eingerichtet haben, war ein Hauptmotiv der FDP-Fraktion, die Glaubwürdigkeit des Parlaments zum Teil wiederherzustellen. Wir haben über alle Fraktionen hinweg, egal, wer es wann mitbeschlossen hat, gemeinsam eine Verantwortung, das nicht als Betriebsunfall darzustellen, sondern wir haben die Verantwortung auch gegenüber der Öffentlichkeit und der Bevölkerung, hier klarzumachen, dass wir an einer wirklich sachlichen Aufklärung interessiert sind. Das Thema in einer Tour zu skandalisieren, hilft auch nicht weiter, obwohl diese ständigen Kostensteigerungen und Zeitverzögerungen der Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr vermittelbar sind. Es macht sich zum Teil schon Resignation und Fatalismus in der Öffentlichkeit breit und das sollten wir wirklich ernst nehmen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei einigen mittlerweile der Eindruck entsteht, da würde kein Konzerthaus gebaut werden, sondern das achte Weltwunder am Kaiserkai entstehen, und das ist dann doch eine Nummer zu hoch.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hakverdi hat bereits gesagt, dass wir seit einigen Sitzungen wieder dabei sind, Aufklärungsarbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu betreiben. Er hat auch richtig dargestellt, wie dramatisch die Vorgänge in den Tagen vor dem Ausschreibungsende waren. Manchmal ist Aktenlesen schon spannender, als ein Buch zu lesen; dabei bekommt man teilweise auch Gänsehaut.

(Heiterkeit bei der GAL – Jens Kerstan GAL: Das kommt darauf an, was für Bücher Sie lesen!)

– Ja, ich bin Bürokrat.

In dem Fall ist das teilweise auch so. Wenn ein Vergleich für 3 Millionen Euro geschlossen wird, damit der unterlegene Bieter ein Vergaberügefverfahren nicht weiter betreibt, und dafür dann Leistungen vorbei am Vergaberecht vereinbart werden,

(Jens Kerstan GAL: Was hilft das denn jetzt?)

dann ist das wirklich ein Skandal und daran wird der PUA auch sachlich weiter arbeiten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Insofern mein Appell: Die Vorgänge sind dramatisch, aber wir sollten uns auch unserer gemeinsamen Verantwortung quer durch alle Fraktionen bewusst sein, wie wir die Sache weiter begleiten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Der Abgeordnete Hackbusch hat nun das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte weckte bei mir die Erinnerung an jemanden, der vor Kurzem gestorben ist. Die Art und Weise, wie hier Argumente bewegt worden sind, hat loriotsche Ausmaße. Das wird dem Ernst der Situation nicht gerecht. Wir haben heute etwas im "Hamburger Abendblatt" gelesen, das mich besonders erschüttert hat, und deswegen will ich auch sagen, warum das so eine ernsthafte Debatte ist. Wenn die Vorschläge innerhalb der Hamburger Bevölkerung da sind, dass man außer bei der Verwaltung – daran denkt man immer – vor allen Dingen bei der Kultur kürzen wolle, dann hat das auch etwas mit dem Versagen der Politik an diesem Punkt zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Ich muss uns alle auffordern, sich an dieser Stelle wirklich sehr genau, sehr präzise, sehr wissend und mit aller Anstrengung darum zu kümmern, denn sonst wird durch die Unfähigkeit der Politik nicht nur die Elbphilharmonie geschädigt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

sondern der gesamte kulturelle Bereich in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist entscheidend und dementsprechend geht es nicht um allgemeine Appelle, was man alles machen könnte, sondern darum, sich die Sachen sehr genau anzuschauen. Herr Hakverdi hat einen Punkt genannt, den ich noch präzisieren möchte. Im Jahr 2006 war die Befahranlage – das ist die jetzt vorhandene Reinigung – an und für sich in der Ausschreibung vorgeschrieben, und jetzt konnten wir lesen, dass STRABAG immer gesagt hat, das Ding könne man gar nicht bauen. Dann hat – nicht um irgendwelches Geld einzusparen – Herr Wegener wahrscheinlich in Abstimmung mit dem Senat damals gesagt: Das Ding nehmen wir raus, das muss HOCHTIEF gar nicht mehr bauen, sondern wir finden irgendeine andere Lösung, nachdem STRABAG ausgeschieden ist. Das zeigt, welche Willkür und welches Chaos damals herrschten. Dafür ist der PUA notwendig und das ist auch eine Art

(Norbert Hackbusch)

und Weise, die wir heutzutage noch einmal aufarbeiten müssen. Das hat nichts mit Einsparungen zu tun, sondern mit dem dort herrschenden Chaos und deswegen müssen wir uns darum kümmern.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Robert Bläsing FDP*)

Das hat auch etwas mit Plänen zu tun. Wir haben, als wir uns noch einmal alles angeschaut haben, im Nachtrag 4 festgestellt, dass ein zentraler Satz des Bürgermeisters, getragen von Schwarz-Grün, damals war, der Vertrag sei wunderbar, ECE hätte das geplant und noch einmal überprüft. Heute stellen wir fest, dass der Vertrag nicht wunderbar ist, er macht uns immer noch Kummer, wir müssen heute noch dafür bezahlen und wir müssen den Nachtrag 4 und diesen Vertrag noch einmal prüfen. Das gehört auch zu unseren Aufgaben und Herr Scholz muss diese Aufgabe wahrnehmen. Das ist der zweite Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der dritte Punkt ist, dass man aber auch nicht so mit der Öffentlichkeit umgehen kann. Herr Wan-kum hat es eben deutlich gezeigt nach dem Motto, man solle möglichst gar nichts sagen. Das ist doch Chaos. In dem Augenblick, wo der Senat der Öffentlichkeit nicht sagt, was die Problemfelder sind, die noch auf uns zukommen, und dies nicht öffentlich und transparent macht, werden wir doch in der Öffentlichkeit nie irgendetwas für Kulturpolitik richtig machen können. An dieser Stelle ist es doch nicht so, dass HOCHTIEF, wie Herr Kerstan uns in der letzten Legislaturperiode immer versuchte klarzumachen, der Böse ist und die Stadt das arme Lamm, das gefressen wird, sondern an dieser Stelle ist es doch eindeutig so, dass die Stadt Mist gebaut hat. Die Stadt hat es unheimlich lange liegen lassen,

(*Andy Grote SPD: Nicht die Stadt!*)

sie bringt das erst im Februar auf den Weg und HOCHTIEF kann das wunderbar ausnutzen. Das ist Dummheit der Politik, die Dummheit eines Senats. Dazu gehört Transparenz, dazu gehören die Problemfelder, die wir auf dem Tisch brauchen, und wir wollen im nächsten Kulturausschuss darüber diskutieren, dass die Kulturbehörde uns die Problemfelder nennt. Das bedeutet nicht, dass wir alle Auseinandersetzungen, die wir mit HOCHTIEF haben, transparent machen wollen; wir sind ja nicht dumm. Aber wir müssen die Problemfelder nennen, wir müssen der Bevölkerung gegenüber klarmachen, wo die Probleme sind. Wenn wir das nicht machen, geht es nicht nur um einige 100 Millionen Euro, die wir dort verloren haben und die wir zusätzlich vielleicht noch einmal verlieren, sondern insgesamt um die Glaubwürdigkeit von Politik. Dieser Aufgabe haben wir uns mit mehr zu widmen als mit diesen Beiträgen, die meine Vorredner hier kundgetan haben. Ich sage so etwas nicht häufig,

dass die meisten Beiträge mich eher geärgert haben, gerade auch die von der CDU; aber auch die anderen haben mir nicht sehr gefallen. Wir müssen uns mehr anstrengen und dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Und ich fordere Sie auf, Herr Hackbusch, beim nächsten Mal den parlamentarischen Sprachgebrauch etwas mehr im Auge zu haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Was hat er denn gesagt?*)

Nun erhält das Wort Frau Senatorin Kisseler.

Senatorin Barbara Kisseler: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Kostensteigerungen und Verzögerungen – Aufklärung ist wichtiger denn je. Mit dieser Überschrift haben Sie, leider durchaus zutreffend, meinen Arbeitsalltag in Sachen Elbphilharmonie beschrieben. Die Presse ist einmal mehr voll mit Berichten zu Kostenentwicklungen, zu Fehlern und Problemen bei diesem Projekt und die drei Themen, die aktuell im Fokus stehen, sind die Klage der Stadt gegen HOCHTIEF wegen der eingetretenen Bauverzögerungen, sind zunehmende Mehrforderungen von HOCHTIEF als Reaktion auf diese Klage und die Planungen zur Fassadenreinigung. Ich werde versuchen, Ihnen in drei Schritten die aktuelle Lage und die Haltung des Senats zu erläutern und so etwas wie einen Ausblick zu geben.

Zur aktuellen Lage: Anlass zu dieser Aktuellen Stunde war die Berichterstattung zur Fassadenreinigung, das ist jetzt mehrfach angeklungen, und den damit möglicherweise verbundenen Mehrkosten und Bauverzögerungen. Zum Sachstand dazu nur ganz kurz und knapp: Für einen ungestörten Bauablauf hätte eine realisierbare Planung des Reinigungskonzepts deutlich früher vorliegen müssen. Welche Folgen hat das? Nach Einschätzungen der ReGe – und es ist mir wichtig, das hier noch einmal zu sagen – hat dies keine Auswirkungen auf den Endtermin. Aber es besteht ein finanzielles Risiko, und zwar in dem Umfang, in dem möglicherweise Rückbaumaßnahmen erforderlich sein werden. Wie berichtet, ist seitens der ReGe Anfang Juni 2011 eine Einstellung der Bauarbeiten auf dem Dach verfügt worden, um Rückbaumaßnahmen sobald wie möglich zu vermeiden. Wenn dies nun zum Teil als Baustopp an der Elbphilharmonie betitelt wird, dann ist es mir sehr wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass dies nur einen ganz eng umgrenzten Bereich an der Dachumrandung betrifft. Und ob sich Rückbaumaßnahmen komplett vermeiden lassen, ist in der Tat noch in der Prüfung.

(Senatorin Barbara Kisseler)

Meine Damen und Herren! In der gestrigen Presse und auch hier bei einigen Abgeordneten war und ist eine gewisse Erregung hinsichtlich der Beantwortung einer Schriftlichen Kleinen Anfrage von Herrn Hamann zu beobachten. Den Kollegen von der CDU empfehle ich etwas mehr Zurückhaltung. Wie schon gesagt, die städtische Realisierungsgesellschaft geht davon aus, dass die Probleme beim Gebäudedach keine Auswirkungen auf den Endtermin haben werden. Insoweit war und ist die Schriftliche Kleine Anfrage auch richtig beantwortet.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es die beiden Vorgängersenate waren, die mit einer gewissen Chuzpe die These vertreten haben, dass alle städtischen Planungen abgeschlossen seien. Allerdings haben sie dabei geflissentlich den Nachsatz weggelassen, dass nur die Genehmigungen noch nicht vorlägen. Dieses Vorgehen war – und das zeigt das Beispiel Fassadenreinigung – bei einem Gebäude mit so vielen Superlativen und mit so vielen technischen Herausforderungen, um es einmal ganz zurückhaltend zu formulieren, ein bisschen gewagt.

(Beifall bei der SPD und bei *Anja Hajduk GAL*)

Meine Damen und Herren! Ich habe bei meinem Amtsantritt eine Bestandsaufnahme veranlasst, die noch nicht abgeschlossen ist. Und meinem Amtsverständnis entspricht es, das möchte ich sehr deutlich betonen, dieses Projekt in sehr engem und kontinuierlichem Austausch mit der Geschäftsführung und mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden zu führen. Ich muss sicherstellen, dass dieses Gebäude in der von der Stadt beauftragten Qualität und, sobald wie eben möglich, im vertraglich vereinbarten Kostenrahmen fertiggestellt wird. Um es auf ein konkretes Beispiel herunterzubrechen: Aus Sicht der Stadt gilt weiterhin, dass HOCHTIEF wichtige Ausführungsplanungen noch nicht geleistet hat und daher für Bauverzögerungen verantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dass HOCHTIEF wie ein Mantra die Klage vor sich her trägt, Entscheidungen der Stadt würden noch ausstehen, darf man vor allem als taktisches Instrument betrachten.

Aber mit der erwähnten Bestandsaufnahme richte ich den Blick natürlich auch nach innen. Hat die Stadt ihrerseits alle Aufgaben erledigt? Dass dieser Blick nach innen berechtigt, dass er notwendig ist, zeigt gerade die dann doch etwas befremdliche Planungsgeschichte der Fassadenreinigung.

Anders als die Vorgängersenate werde ich mich ganz sicher nicht dazu hinreißen lassen zu behaupten, dass alle Planungen zur Gänze abgeschlossen seien. Und ich werde auch nicht zu dem rhetorischen Kniff greifen, anschließend zu verkün-

den, dass nur noch die Genehmigung aussteht. Solche ultimativen Aussagen sollte man nur treffen, wenn man wirklich um ihre konkrete Belastbarkeit weiß.

Meine Damen und Herren! Wie wird der Senat weiter vorgehen? Es möge niemand, weder hier im Haus noch in der Stadt oder bei unserem Vertragspartner, Illusionen in Bezug auf meine Entschlossenheit hegen. Wir werden HOCHTIEF resolut, aber an der Sache orientiert entgegentreten. Die Haltung dieses Senats und auch meine war daher von Anfang an – ich möchte es noch einmal ausdrücklich betonen –, dass es keine Spielchen mehr geben soll.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir werden die Fragen, die mit HOCHTIEF im Austausch und im Verhandlungswege nicht zu lösen sind, gegebenenfalls einer Klärung durch Dritte zuführen. Das hat die SPD schon zu Zeiten ihrer Opposition gefordert und das hat dieser Senat auch umgesetzt. Der erste Schritt dazu war die im Juli von uns eingereichte Feststellungsklage. Wir haben HOCHTIEF einen Feststellungstermin vorgegeben. Wir lassen – dies ist entscheidend – gerichtlich bestätigen, dass die von HOCHTIEF reklamierten Bauverzögerungen überwiegend auch von HOCHTIEF verschuldet sind. Damit haben wir einen der größten Streitpunkte mit HOCHTIEF vor Gericht gebracht. Sollte HOCHTIEF für die Bauzeitverlängerung nunmehr, wie wir erwarten, Mehrkosten in deutlicher Höhe geltend machen, so wird dies letztlich das Gericht klären müssen. Aber nach den uns vorliegenden, internen Bewertungen ist die Position der Stadt in diesem Punkt äußerst gut und äußerst belastbar.

Was ist unsere Position in dem Rechtsstreit? Die Stadt geht davon aus, dass von den bisher gegenüber den Nachtragsterminen aus Nachtrag 4 eingetretenen 14 Monaten Verzug auf der Baustelle HOCHTIEF elf Monate zu vertreten hat. Dieser von HOCHTIEF verschuldete Verzug führt zu Strafzahlungen von HOCHTIEF an die Stadt in Höhe von mindestens 40 Millionen Euro. Bei den weiteren, von HOCHTIEF behaupteten Bauverzögerungen – insgesamt prognostiziert HOCHTIEF einen Verzug von 28,5 Monaten – sieht die ReGe aktuell überhaupt keine Hinweise für ein städtisches Verschulden. Die Position von HOCHTIEF ist erklärtermaßen diametral. Sie sehen das Verschulden für den eingetretenen Verzug und auch für zukünftige Verzüge ausschließlich bei der Stadt. HOCHTIEF wird daher natürlich auch entsprechende Forderungen geltend machen. Sollten sie diese Forderungen demnächst erheben, wird ihnen allerdings nichts anderes übrigbleiben, als sie im Rahmen des Gerichtsverfahrens geltend zu machen, und dem sehe ich ganz gelassen entgegen. Ich glaube – erlauben Sie mir diesen kleinen Ein-

(Senatorin Barbara Kisseler)

spruch einer Kultursenatorin –, hier gilt, wie vielleicht auch für manche politische Debatte in diesem Hohen Haus, das Wort Schopenhauers:

"Bei gleicher Umgebung lebt doch jeder in einer anderen Welt."

(Beifall bei der SPD)

Die große Frage, die mich umtreibt – und ich hoffe wirklich sehr, uns alle –, ist, wie es weitergeht, wie und wann das Gebäude vollendet wird, denn in einem sind wir uns alle sicher: Dieses Haus wird für das Hamburger Kulturleben, für die Stadt Hamburg und weit darüber hinaus eine herausragende Bedeutung haben, eine Bedeutung als architektonisches, als künstlerisches Signum und auch als Zeichen für eine kulturpolitische Willenserklärung.

Ich habe Ihnen eben erklärt, dass wir verfahrenere Situationen – davon gibt es einige – da, wo es sinnvoll ist, gerichtlich klären lassen. Aber wie wir alle wissen, werden Rechtsanwälte dieses Projekt nicht zu Ende bauen. Daher geht es zum einen darum, dass wir als Stadt unsere inhaltlichen Aufgaben erledigt haben und aus der Diskussion mit HOCHTIEF um vermeintlich ausstehende Entscheidungen endlich herauskommen. Dann geht es darum, HOCHTIEF zu qualitativem Bauen anzuhalten. Genau hier werden wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Meine Damen und Herren! Einvernehmlichen Lösungen, die auf diesem Wege nötig sein könnten, stehe ich nicht im Wege, nicht zuletzt, weil in diesem konkreten Projekt Streit auch immer Bauverzögerung bedeutet, und Bauverzögerung kostet Geld, wie wir alle schmerzlich erfahren haben.

Nachtrag 4 kalkulierte mit einer Baufertigstellung im November 2011. Ich habe das Projekt Ende März 2011 übernommen. Damals, es ist noch nicht so sehr lange her, prognostizierte HOCHTIEF die Fertigstellung auf Ende 2013, mittlerweile kündigen sie die Fertigstellung für April 2014 an. Dass aus diesen Bauverzögerungen auch gestiegene Managementkosten auf städtischer Seite folgen, ist offensichtlich. Natürlich werde ich vehement dafür streiten, dass jegliche städtischen Mehrkosten aus Bauverzögerungen von HOCHTIEF erstattet werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Robert Heine-mann CDU, Christa Goetsch und Jens Kerstan, beide GAL*)

Es ist aber nur ehrlich zu sagen, dass wir Mehrkosten zur Finanzierung unserer eigenen Strukturen nicht gänzlich ausschließen können.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, ich habe versucht, die Gelegenheit dieser Aktuellen Stunde zu nutzen und auch einen Blick nach vorn zu werfen. Aber ich will nicht im Geringsten verhehlen, dass ich den Blick nach hinten für dringend nötig halte, um aus den immensen Fehlern – dies hat

der erste Bericht des PUA nur andeuten können – auch wirklich zu lernen. Dass die Bürgerschaft sich mit den Fragen im Rahmen eines PUA beschäftigt, halte ich für mehr als nachvollziehbar. Ich denke, es ist sogar unumgänglich, wenn ein Parlament seine Budgethoheit verteidigen will.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Natürlich, das werden Sie nachvollziehen können, freut sich kein Senatsmitglied, wenn in seinem Zuständigkeitsbereich ein PUA aktiv ist, selbst dann nicht, wenn er nur die Fehler der Vorgängersenate beleuchtet. Mich als Kultursenatorin tröstet dabei ein bisschen, wirklich nur ein bisschen, ein Satz in Anlehnung an Peter Zadek, der, bezogen auf das angeblich schwierige Verhältnis der Stadt zu ihren Theatern, gesagt hat: Aber wer will es denn immer leicht haben.

Für einige scheint jetzt die Stunde der markigen Worte gekommen zu sein. Von Teilen der Opposition würde ich mir allerdings wünschen, dass sie in der Vergangenheit statt mit markigen Worten mit markigen Entscheidungen gegläntzt hätten, denn dann stünden wir jetzt nicht da, wo wir heute stehen. Dann müssten wir auch heute nicht immer noch die Fehler beheben, die das Konstrukt – nicht die Idee des Ganzen – von Anfang hatte. Daher gebe ich mich auch nicht der Illusion hin, an dieser Stelle das letzte Mal über Probleme berichtet zu haben.

Meine Damen und Herren! In einem Punkt allerdings bin ich mir und ist dieser Senat sich ganz sicher: Wir werden dieses für Hamburg zentral bedeutsame Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss führen. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Senatorin, die Welt der Abgeordneten in der Aktuellen Stunde teilt sich in kleine Zeiteinheiten von fünf Minuten ein. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie das Dreifache in Anspruch genommen haben. – Nun erhält Frau Dobusch das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine gewisse, sehr zu bedauernde Verdrossenheit der Hamburgerinnen und Hamburger gegenüber der Kultur allgemein, die man dieser Umfrage, auf die Herr Hackbusch schon hinwies, entnehmen konnte, ist zu verzeichnen. Es ist auch eine zulässige Überlegung, dass diese Verdrossenheit nicht unwesentlich mit den ewig wiederkehrenden Hiobsbotschaften zur Elbphilharmonie zusammenhängt und den ständigen Horrormeldungen über sich verzögernde Eröffnungstermine. Nicht wenige – ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist – haben mich im Wahlkampf darauf angesprochen, ob man nicht eventuell trotzdem et-

(Gabi Dobusch)

was dagegen tun könne. Der Bau selbst ist aber mittlerweile da, er ist überhaupt nicht mehr zu übersehen. Er ist bereits heute, so, wie er unfertig da steht, ein beliebtes Touristenziel und ist einfach Teil unseres Stadtbildes geworden. Er ist unübersehbar, egal, aus welcher Richtung man sich ihm nähert.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und schön ist es!)

Wenn wir aber wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Vision der Musikstadt Hamburg, deren Sinnbild der Bau schließlich ist und werden soll, wohlwollend gegenüberstehen – besser natürlich noch begeistert und entgegenfiebernd –, dann bleibt uns nichts anderes übrig als der Weg, der von uns und vom Senat jetzt bereits eingeschlagen wurde; der war überfällig.

Gut, dass wir den PUA, wie versprochen, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und nur gegen ihre Stimmen gleich wieder eingesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Gut, weil wir durch den PUA in einigen Punkten schon Klarheit darüber gewinnen konnten, welche Fallstricke wo noch lauern können. Gut auch, weil wir aus dem umfangreichen Anschauungsmaterial, das uns dort dargeboten wird, lernen können, welche Fehler von Schwarz-Grün wir absolut nicht wiederholen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Vieles von dem, mit dem wir heute zu kämpfen haben – danke für den Hinweis, Frau Hajduk –, sind Altlasten; das wollen wir nicht vergessen. Insofern ist die schnelle Entscheidung des Senats für die Einreichung einer Klage sehr zu begrüßen. Da wurde schnell und richtig gehandelt, genauso, wie wir es als Oppositionsfraktion auch schon lange gefordert hatten.

(Beifall bei der SPD)

Bestimmte Punkte – Frau Senatorin hat darauf schon hingewiesen – gehören nämlich in den Gerichtssaal und sollten nicht länger Verfügungsmasse in einem Katz- und Mausspiel sein, wo dann gegenseitige Schuldzuweisungen, hinter denen sich auch immer gleich Millionenforderungen verbergen, hin- und hergeschoben wurden und Sensations- und Horrormeldungen, die nicht zielführend sind, die Runde machen. Es ist gut, wenn wir weiter dranbleiben und es ist gut, wenn wir weiter beharrlich nach Verantwortlichkeiten fragen, denn wir wollen schließlich nicht, dass sich die Elbphilharmonie in eine Büchse der Pandora verwandelt, eine Investitionsruine oder etwas Ähnliches. Wir wollen eine stein- und glasgewordene Vision für unsere Metropole.

Meine Damen und Herren! Bei diesen Preisen wäre es dann auch nett, wenn es eine Vision mit sauberen Fenstern und einer sauberen Fassade werden könnte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Bläsing hat das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Senatorin, zunächst einmal möchte ich Ihnen durchaus danken, dass Sie noch einmal alles dargestellt haben. Sie haben wahrlich ein schweres Erbe angetreten, das ist unbenommen. Angesichts der letzten vier Tage müsste man im Bereich des operativen Kommunikationsmanagements schon überlegen, welche Optimierungspotenziale man noch hat, um noch etwas zu verbessern. Es ist nicht sehr zielführend,

(Andy Grote SPD: Geben Sie uns mal einen Rat!)

wenn sonntags der "Focus" – oder wer immer es war – vorab berichtet, dass es schon wieder Kostensteigerungen gäbe. Alle anderen Medien steigen dann darauf ein. Herr Schalthoff kommt und hält Herrn Leutner – natürlich zu Recht, das ist schließlich sein Job – ein Mikro hin und dann wird irgendwie das Ganze kommunikativ vermittelt. Hier würde ich mir wünschen, dass der Senat überlegt, wie man von sich aus frühzeitig, fortlaufend und auch umfassend die neuesten Entwicklungen der Öffentlichkeit darbietet, damit dies nicht so ein hysterisches Hickhack in den Medien wird, wie wir es jetzt erlebt haben. Man kann nun wirklich nicht sagen, dass die böse Opposition das alles aufbausche. Diesen Eindruck, der zum Teil vermittelt wurde, möchte ich für meine Fraktion wirklich mit aller Dezipiertheit zurückweisen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einigen Punkten sind wir uns einig und da will ich die Senatorin auch gern unterstützen. Es ist richtig, dass wir wieder einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss dazu haben und uns diese Fragen genauer ansehen, denn das ist absolut notwendig für diese Stadt. Es ist richtig, dass die Klage eingereicht worden ist, weil es notwendig ist, in eine harte Auseinandersetzung mit HOCHTIEF zu kommen. Es ist auch richtig, dass wir alle möglichen Anstrengungen machen, um nicht noch mehr Geld an dieser Stelle zu verlieren und dass wir auch alle möglichen Anstrengungen unternehmen, mit den Kosten vernünftig umzugehen – so weit, so gut.

(Norbert Hackbusch)

Soweit unterschied sich aber Ihr Vortrag – Sie haben es natürlich mit einem eigenen Akzent gemacht, das hat mir durchaus gefallen –

(Dr. Andreas Dressel SPD: Na, das ist aber schön! – Zuruf von Gabi Dobusch SPD)

nicht von dem, was ich in der letzten Zeit gehört habe, unter anderem auch von der CDU. Es ist meine Aufgabe, als Opposition aufzupassen und dann und wann Zensuren zu vergeben, das finde ich schon richtig. Die SPD hat unter anderem bei der Elbphilharmonie deutlich gezeigt, dass sie das mit der Opposition nicht konnte und gerade im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie damals ihren Schlaf der Gerechten oder Ungerechten geschlafen hat, denn Sie alle haben diesem Vertrag zugestimmt.

(Dirk Kienscherf SPD: Wo waren Sie denn, Herr Hackbusch? – Dr. Andreas Dressel SPD: Es ist gut, dass die LINKE immer recht hat!)

Das will ich jetzt aber nicht noch einmal diskutieren, darüber können wir uns gern ein anderes Mal streiten.

Aber was ist denn Ihre Schlussfolgerung im Zusammenhang mit den Problemen der letzten Tage? Es gibt auch Probleme, die Sie durchaus angesprochen haben, nämlich im Zusammenhang mit den Reinigungsangelegenheiten und den nicht vorliegenden Genehmigungen. Dies war ein Fehler dieses Senats und wie geht man mit einem Fehler dieses Senats um?

(Zurufe von der SPD: Welcher Fehler?)

Der Fehler muss zumindest darin gelegen haben, dass man von diesem Problem seit einiger Zeit wusste. Man sollte so ein Problem, nämlich dass die Genehmigung nicht vorliegt, als Regierung besser selbst benennen und nicht von der Presse aufdecken lassen, denn sonst wird man als Regierung von der Presse wie ein Tanzbär durch die Gegend geführt, so wie es Ihnen in den letzten Tagen passiert ist. Ihnen wurde nachgewiesen, dass doch noch bestimmte Probleme existierten. Da waren Sie kein Akteur – ich möchte gern, dass Sie das an dieser Stelle sind –, sondern da sind Sie der Getriebene gewesen. Dementsprechend liegt hier ein Problem vor und das ist ein Problem der mangelnden Transparenz.

(Beifall bei der LINKEN)

Dem müssen wir uns stellen. Hier fehlen mir Ihre selbstkritischen Worte, verglichen mit dem, was Sie sonst geäußert haben. Wie werden wir in der Lage sein, was sind die weiteren Problemfelder, die noch bestehen? Ich glaube, dass es im Interesse der Stadt ist, wenn der Senat diese Problemfelder transparent benennt, statt zu warten, dass der "Focus" oder "Der Spiegel" oder das "Hamburger Abendblatt" oder sonst jemand das nächste Pro-

blemfeld bearbeitet, Sie wieder damit vorführt und wir letztendlich dann alle die Gelackmeierten sind. Das möchte ich aber nicht sein und deswegen wünsche ich mir mehr Transparenz und wünsche mir auch das, was ich vorhin gefordert habe, nämlich dass Sie die Schwachstellen im Kulturausschuss darstellen. Dann ist man auch in der Lage, solche Aufgaben zu erledigen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Hakverdi.

Metin Hakverdi SPD: Herr Kollege Hackbusch, ganz kurz: Es ist keine Frage von mangelnder Transparenz, denn wir haben über 100 000 Seiten allein schon in den Akten des Untersuchungsausschusses. Wie in Gottes Namen wollen Sie es bewerkstelligen, da mal eben kurz durchzupflügen nach allen Mängeln, die vor fünf Jahren stattgefunden haben, sie transparent zu machen und dann sofort Ordnung auf der Baustelle zu schaffen. Die Wahrheit ist, ob es uns gefällt oder nicht: Es ist sehr viel schiefgelaufen in der Vergangenheit durch das Verfahren, für das sich die CDU entschieden hat, die Ausführungsplanungen während des Baus nachzuliefern; das muss man sich einmal vorstellen. Wer ein Einfamilienhaus baut, würde gar nicht auf die Idee kommen, geschweige denn so viel Geld dafür ausgeben. Wir haben die Ausführungsplanungen immer noch nicht komplett vorliegen. Die Wahrheit ist, dass es eventuell – wir hoffen alle, dass dies in sehr kleinem Rahmen stattfindet – dazu kommen könnte, dass es noch weiterhin hier und da hakt und zu Verzögerungen und Mehrkosten kommt.

Diese Tretmine, die vor fünf Jahren gelegt wurde, kann uns immer bis zur Zielgeraden erwischen. Wenn es dann bekannt ist, muss man anständig damit umgehen, da haben Sie vollkommen recht, aber man kann nicht erwarten, dass man jetzt Tabula rasa machen kann. Es ist eben kein Einfamilienhaus, es ist ein verdammt großes, kompliziertes Bauvorhaben und es ist vor fünf Jahren alles verkehrt gemacht worden, was man nur verkehrt machen kann. Das müssen wir jetzt ausbaden und das wird sich hier und da leider auch noch einmal so dokumentieren. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin! Wir werden sonst sicher nicht so häufig schnell wieder ans Mikrofon gehen, aber, Herr Hakverdi, es wäre schön, wenn das Problem nur in dem Maße, was Sie ansprachen. Wir haben doch die Information, dass Herr Leutner und die ReGe im Febru-

(Norbert Hackbusch)

an dieses Jahres erfahren haben, dass es an dieser Stelle Probleme gibt. Das heißt also, dass die bisherige Regelung nicht ging und man umständlich einiges verändern musste. Jetzt weiß ich nicht, wer im Februar regiert hat.

(Jan Quast SPD: Gar keiner! – Dr. Andreas Dressel SPD: Seit März regieren wir!)

Es war nicht so ganz klar, denn hier steht Februar, das hat sich doch ein bisschen verändert. Es waren immer die anderen, wenn ich die Sozialdemokraten höre, die zeigen jetzt wahrscheinlich in eine bestimmte Richtung. Aber wir sollten gemeinsam feststellen: Wenn das alles ein Problem ist, ist es doch besser, man sagt es auch im selben Augenblick. Lassen wir uns doch gemeinsam als Parlament der Regierung diesen Auftrag geben, uns vorher zu informieren und nicht durch die Presse, sodass die Angelegenheiten durch sie herauskommen und dann erst die Informationen bekannt werden. Das schadet nicht nur dieser Regierung – das ist nicht mein Hauptkümmernis –, sondern auch dieser Stadt

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis!)

und es kostet uns Geld. Dementsprechend bitte ich um Transparenz angesichts dessen, dass man im Februar dieses Jahres schon um dieses Problem wusste. Ich befürchte, dass es noch mehr von diesen Problemen gibt. Da ist es doch besser, wenn wir sie vom Senat erfahren in Form von Transparenz, statt durch die Presse. Wir gönnen denen sicher auch einmal etwas, aber man sollte die Vorgangsweise hier doch umkehren. – Tschüss.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Vermutlich dauert die Sitzung noch ein paar Stunden, Herr Hackbusch.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zum zweiten Thema, angemeldet

von der CDU-Fraktion:

Scheeles Schlingerkurs in der Arbeits- und Sozialpolitik zum Schaden Hamburgs!

Das Wort wird gewünscht. – Frau Wolff, Sie haben es.

Katharina Wolff CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider hat uns Herr Scheele in den letzten Monaten genügend Anlass gegeben, jetzt schon einmal eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen und über seine Verfehlungen zu sprechen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, können wir mal über die Verfehlungen von Herrn Wersich reden!)

Sie, Herr Scheele, haben durch diesen unglaublichen Schlingerkurs – so lautet auch unser Titel – die Stadt verunsichert, Planungsunsicherheit bei den Trägern und den Betroffenen geschaffen und jetzt zuletzt auch noch einen geschätzten Mitarbeiter entlassen. Angefangen hat das Ganze mit den Ein-Euro-Jobs, wie die meisten wissen. Sie haben dabei von Anfang sehr eindeutig gezeigt, dass Sie kein Freund dieser Maßnahmen sind. Sie wollten zuerst von 6150 Stellen auf 4500 Stellen reduzieren. Dann kam der Druck der Träger. Dann war es auf einmal nach zwei Wochen doch möglich, dass Sie alle Stellen erhalten. Jetzt, knapp vier Monate später, sind dann doch nicht mehr als 4000 Stellen möglich und selbst die können nicht ganz garantiert werden. Wie sollen die Träger mit diesen Informationen umgehen?

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Wolff, verzeihen Sie. Meine Damen und Herren! Es ist sehr unruhig. Wenn Sie der Rednerin etwas mehr Gehör schenken könnten, wäre es nett. – Vielen Dank.

Katharina Wolff (fortfahrend): An welcher Stelle soll die Planungsunsicherheit der Träger beruhigt werden, wo können Sie da mehr Planungssicherheit geben?

(Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Was würden Sie denn sagen, Herr Scheele, wenn man mit Ihnen so umgeht? Das spricht sicherlich nicht für ordentliches Regieren, was uns die Regierung zu Beginn der Legislaturperiode versprochen hat, sondern absolut für Unordnung und Unzuverlässigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Das war jedoch nur der Anfang, ich komme gleich noch dazu.

Danach kamen die Hausmeisterlogen, die Flüchtlinge und die Schulkantinen, bei denen genau dieser Zickzack-Kurs weiterging, frei nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Ihr letzter Coup war die Entlassung des Geschäftsführers von team.arbeit.hamburg. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben einen Mann entlassen, der sechs Jahre gute und erfolgreiche Arbeit gemacht hat, auch wenn Sie es nicht wahrhaben mögen,

(Beifall bei der CDU)

und der erst im Januar dieses Jahres von der Trägerversammlung wiedergewählt wurde.

(Katharina Wolff)

Uns ist schon vor einiger Zeit von Trägerseite zugetragen worden, dass Sie Herrn Bösenberg von Anfang an loswerden wollten. Das ist nicht nur kein ordentliches Regieren, sondern schlichtweg stillos.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie bitten, Herr Scheele, sich daran zu erinnern, dass Sie selber als SPD-Mann unter einem CDU-Bürgermeister Karriere gemacht haben.

Nun sind wir alle gespannt, wie der Posten neu besetzt werden soll. Ich habe schon so einiges munkeln gehört. Die Position soll zum einen anscheinend über die Bundesagentur für Arbeit ausgeschrieben werden, zum anderen habe ich aber auch gehört, dass es einen Kieler SPD-Kandidaten oder eine -Kandidatin gibt, die ins Auge gefasst wurde; das ist bisher nur Gemunkel.

(Jan Quast SPD: Sie hören aber ganz schön viel!)

Trauen Sie eigentlich keinem Hamburger Beamten diesen Job zu? Das einmal dahingestellt, würde dieser Wechsel für Hamburg auf jeden Fall bedeuten, dass kein kommunaler Akzent mehr gesetzt wird und Hamburg damit geschwächt wird.

(Zuruf von Andy Grote SPD)

Zum nächsten Punkt: Dann kam die Vorstellung des arbeitsmarktpolitischen Programms, ein netter Taschenspielertrick von Ihnen. Die Oppositionsparteien sollten an der Ausgestaltung mitwirken und einbezogen werden, dürften Änderungsvorschläge einreichen – dafür haben wir ganze fünf Tage bekommen inklusive Wochenende, Sie sechs Monate –

(Dirk Kienscherf SPD: Ich denke, Sie kennen sich aus?)

und Sie würden diese Änderungen dann gerne einarbeiten, wenn Sie aus Ihrer Sicht sinnvoll seien. Das machte auf den ersten Blick, auch auf mich, einen recht konstruktiven Eindruck. Doch dann überlegt man noch einmal, worin denn dabei die Motivation bestehen könnte. Da kann man nur mutmaßen.

(Andy Grote SPD: Aber Sie haben doch einen Fachmann, der jetzt viel Zeit hat!)

Fakt ist, dass wir Ihnen zuarbeiten sollten. Aber erst einmal sollten wir schweigen, bis die Träger, die Bezirke und die Gewerkschaften das Programm gesehen haben. Komischerweise liegt der letzte dieser Termine nach dieser Doppelsitzung der Bürgerschaft. Die nächste Sitzung ist allerdings erst am 14. September, sodass es vielleicht dann gar kein aktuelles Thema mehr wäre; vielleicht war auch das Ihre Hoffnung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie haben es doch angemeldet!)

Zudem muss man sich fragen, worüber man eigentlich schweigen sollte. In dem Programm stehen nicht viele Zahlen und wirkliche Schwerpunkte haben Sie auch nicht gesetzt. Vielleicht haben Sie gehofft, dass wir das für Sie übernehmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen! Sie haben es doch angemeldet!)

Wenn Ihnen die Ideen für gute arbeitsmarktpolitische Mittel fehlen, Herr Scheele, dann fragen Sie gerne erst einmal Ihre Kollegen von der SPD. Aber vielleicht trauen Sie denen das nicht zu.

Ich freue mich auf jeden Fall auf die Zahlen, die Sie uns vorlegen wollen – das haben Sie für Ende August zugesagt –, und vor allen Dingen auch auf die Schwerpunkte, die Sie dann setzen wollen. Dann können wir gerne noch einmal über Veränderungen sprechen und über eine konstruktive Zusammenarbeit. Aber bis dahin möchten wir ungern Ihren Job machen, denn dafür werden Sie zu gut bezahlt.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt ja wohl gar nicht!)

Eine kleine letzte Bemerkung noch an unseren Bürgermeister und eine kleine Erinnerung. Sie haben im März dieses Jahres noch gesagt – ich zitiere –:

"Detlef Scheele sei der beste Mann, den man in Deutschland für das Amt des Sozialsenators bekommen könne".

Ich wäre gespannt, ob Sie das nach dem Schlingerkurs immer noch behaupten würden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der Bürgermeister nickt!)

Ich könnte es in jedem Fall nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Herr Schwieger hat das Wort.

Jens-Peter Schwieger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kultursenatorin hat vorhin Schopenhauer zitiert. Ich bin nicht im Kulturausschuss, ich würde sagen, Frau Wolff, Sie trauen sich etwas. Ich finde es wirklich unglaublich, was Sie hier ohne Hinweis auf die unverantwortliche Kürzungspolitik von Frau von der Leyen, die gravierende Herausforderungen für die Hamburger Arbeitsmarktpolitik bedeuten, vorgetragen haben. Wo sind denn Ihre fleißigen Briefe, wo ist Ihr Einsatz bei der Bundesregierung dafür, für diese Maßnahmen mehr Geld zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der SPD)

(Jens-Peter Schwieger)

Und entschuldigen Sie, Frau Wolff, ich glaube nicht, dass es reicht, wenn Sie am 6. September nach Berlin fahren.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was?)

– Frau Wolff hat uns erzählt, sie sei am 6. September beim Bundesfinanzminister eingeladen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das muss doch Chefsache sein in der CDU!)

– Genau, das sollte Chefsache sein.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Das hätte ich auch gesagt, wenn es eine Fraktionsvorsitzende bei der CDU geben würde.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Kommen Sie zur Sache! – Bläsing: So gehen auch fünf Minuten vorbei!)

Es ist die CDU gewesen, die über Jahre hinaus die Hamburger Mittel für die Arbeitsmarktpolitik als Steinbruch genutzt hat. Im Ergebnis sind gerade einmal 13 Millionen Euro übriggeblieben. Was Schwarz-Grün in der letzten Legislaturperiode gemacht hat, kann man als eine Art Konkursverschleppung in der Arbeitsmarktpolitik bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich wirklich, wie man auf die Idee kommen kann, den Trägern eine Garantie für eine Bezahlung entsprechend einer 80-Prozent-Auslastung zu geben, unabhängig davon, wie viel Auslastung sie tatsächlich haben. Das muss man sich einmal vorstellen, der Träger hat eine Auslastung von 50 Prozent und bekommt Geld für eine Auslastung von 80 Prozent. Das ist eine echt gute Nummer. Bei uns wird gelten, dass nur tatsächlich besetzte Ein-Euro-Jobs bezahlt werden.

Sie haben statt der von Ihnen im letzten Jahr vereinbarten 6 150 Stellen im ersten Halbjahr dieses Jahres schon einmal 7 200 Stellen besetzt. Nach dem Motto: "nach mir die Sintflut" mussten die 6 150 Stellen gehalten werden. Dass dann für das zweite Halbjahr viel weniger übrigbleiben würde, haben Sie den Trägern und der Öffentlichkeit gar nicht erst erzählt.

(Beifall bei der SPD)

Genau mit diesen Maßnahmen haben Sie sich bei den Trägern für das zweite Halbjahr Ruhe erkaufte. Und dass Sie uns bei dem Trümmerfeld, das Sie hinterlassen haben, das jetzt vorwerfen, finde ich schon hart.

(Beifall bei der SPD)

Erstauslich finde ich, Frau Wolff, Ihre Meinungsänderung seit letztem Freitag. Freitagmittag haben Sie in dieser Veranstaltung bei Herrn Scheele gesagt, Sie könnten das alles unterschreiben.

(Zuruf von Katharina Wolff CDU)

Heute äußern Sie sich anders. Das war wahrscheinlich die Wochenendeingabe oder es waren Zuflüsterungen oder eine späte Erleuchtung.

Dass Sie von der CDU Senator Scheele jetzt einen Schlingerkurs vorwerfen, finde ich gewagt. Ich habe erklärt, warum.

(Dietrich Wersich CDU: Wem denn?)

Senator Scheele hat alles andere als einen Schlingerkurs gefahren, er steht für klare Aussagen, einen klaren Kurs und Berechenbarkeit.

(Dietrich Wersich CDU: Das hätte Olaf Scholz aber besser vorgetragen!)

Sie haben die Personalie Bösenberg angesprochen, ich hätte das gerne weggelassen.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

– Ich will gerne darüber reden.

(Dr. Till Steffen GAL: Eben wollten Sie es noch weglassen! – Robert Heinemann CDU: Das ist der Schlingerkurs!)

Wenn man sich die Geschichte der Berufung von Herrn Bösenberg einmal ansieht – Schatzmeister bei der CDU in Uhlenhorst, Freund von Herrn Peiner, ohne Ausschreibung von Ihnen berufen –, dann müssen Sie mit Ihren Äußerungen ein bisschen vorsichtig sein. Diese Personalie ist jedenfalls nachvollziehbar. Um in Ihrer Bildersprache zu bleiben:

(Jens Kerstan GAL: Genau, es geht um Rache!)

Bei einem Schiff, das keine Fahrt macht, kann man auch keinen Kurs erkennen. Das ist jedenfalls die Konsequenz aus dem, was ich von Ihnen gehört habe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Demirel.

Phylliss Demirel GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wolff, Sie haben gefragt, wo denn unsere Briefe und Anmerkungen an die Bundesregierung seien. Die LINKE und wir haben doch im Juni einen Antrag eingebracht, der genau in diese Richtung ging, nämlich dass Hamburg sich auf Bundesebene stark macht, damit diese Kürzungen von der Ministerin von der Leyen zurückgezogen werden. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, aber diese Hamburger Regierung muss auch ihren Anteil leisten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Kaum regiert die SPD allein, geht es mit den Zentralisierungsplänen los. Diese Alleinherrschermentalität spiegelt sich auch

(Phylliss Demirel)

in der Arbeitsmarkt- und insbesondere der Sozialpolitik wider. In der Öffentlichkeit, Herr Senator, legen Sie viel Wert auf Beteiligung, aber in der Realität sieht Ihre Politik so aus, dass Sie Ihre Pläne einfach durchziehen und die Vorschläge und Anregungen der Träger und der anderen Fraktionen und vor allem die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

So haben Sie monatelang Ihren Zickzackkurs in der Arbeitsmarktpolitik gefahren, Herr Senator. Sie haben die Träger ignoriert und die Sorgen der Betroffenen nicht ernst genommen. Die alten Menschen mit ihren Unterschriftenlisten haben Sie einfach vor dem Rathaus stehen lassen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das hat der Träger selber initiiert!)

Ihre Senatsrunde war Ihnen viel wichtiger als die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Die Früchte Ihres Zickzackkurses mit den Trägern haben Sie am ersten Schultag geerntet, Herr Senator. Da herrschte in vielen Schulkantinen der Notstand. Wir haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es zu Engpässen kommen würde, wenn Sie nicht rechtzeitig handeln.

(Dirk Kienscherf SPD: Deswegen gehen wir ja auch in die Qualifizierung!)

Und Sie haben gehandelt, Herr Senator, aber leider zu spät und dazu auch noch falsch.

(Beifall bei der GAL)

Als Lösung fiel Ihnen nichts anderes ein, als Herrn Bösenberg hinauszuerwerfen und immer wieder auf die IAB-Studie und das neue Arbeitsmarktkonzept zu verweisen. Auch Ihre groß angekündigte Vorstellung des Arbeitsmarktkonzeptes ließ am letzten Freitag ohne konkrete Zahlen leider wenig Diskussionsspielraum.

Ich möchte das Programm an zwei Punkten dennoch loben. Wir begrüßen ausdrücklich die Aufstockung der zentralen Anlaufstelle zur Anerkennung der ausländischen Abschlüsse. Das war nötig und dafür bekommen Sie auch ein Lob von uns. Und wir begrüßen es auch, dass der Schwerpunkt auf der Qualifizierung liegt. Dennoch ist in Ihrem Programm keine kreative Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose mit komplexen Profillagen zu finden. Die AGHs reduzieren Sie auf 4000 Stellen und wir konnten, Herr Senator, Sie mit unserem Vorschlag nicht begeistern, entsprechend den Modellprojekten, die in einigen Bundesländern jetzt gestartet werden, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Jobs einzurichten.

Obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt, steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen drastisch. Das ist auch den Gewerkschaften bekannt. Bei Ungelernten

und Älteren ist die Situation dramatisch. Hier muss der Senat handeln, hier muss die Politik auf individuelle Förderung, Stabilisierung und soziale Integration setzen.

(Beifall bei der GAL)

Es ist eine große Herausforderung, die Langzeitarbeitslosen zu fördern und die Infrastruktur in den benachteiligten Quartieren aufrechtzuerhalten. Viele Menschen sind auf diese Angebote angewiesen. Sie führen in dieser Woche weitere Gespräche, Herr Senator, mit den Gewerkschaften, mit Bezirken und Trägern, wenn auch nicht mit allen Trägern. Wir sind sehr gespannt, ob deren Anliegen bei Ihnen Gehör finden.

Bei der Neukonzipierung des Integrationsbeirats war Ihre Beteiligungsbereitschaft ebenso scheinheilig. Unsere Vorschläge und Anträge haben Sie im Ausschuss einfach abgelehnt. Auf der Pressekonferenz gestern haben Sie gesagt, Sie wollten den Integrationsbeirat durch Effektivität und Verbindlichkeit stärken. Das war aber nie Ihr Ziel, Herr Senator. Sie wollten ein Gremium schaffen, dessen Berichterstattung zuerst über Ihren Schreibtisch und dann in die Bürgerschaft geht. Wenn Sie wirklich auf Beteiligung setzen wollen, dann müssen Sie auch die Grundlagen dafür schaffen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Die völlig von der Opposition abgekoppelte Zusammensetzung des Beirats und ein Konstrukt ohne Verbindlichkeit

(Dirk Kienscherf SPD: Wie war es bei Ihnen?)

und ohne eigenes Budget führen nicht zu einer effektiven und sinnvollen Integrationsarbeit. In dieser Form ist der Integrationsbeirat nichts weiter als eine billige Beruhigungsspielle

(Jens-Peter Schwieger SPD: Und was war in der letzten Wahlperiode?)

für die Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Stadt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, dass die FDP-Bürgerschaftsfraktion ihre Kritik an dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Ein-Euro-Jobs in den vergangenen Debatten immer sehr deutlich gemacht hat. Seit Juli liegt uns nun das Gutachten der IAB-Arbeitsmarktexperten vor und es hat unsere Einschätzung nicht nur bestätigt, es übertrifft unsere Kritik sogar. Die Bilanz ist vernichtend. Wer einen Ein-Euro-Job annimmt,

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

dessen Chancen auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt steigen nicht, sie sinken.

Meine Damen und Herren! Wer erkennt, dass ein arbeitsmarktpolitisches Instrument keinen Effekt zeigt, der muss es abschaffen. Wer das nicht tut, der verschwendet Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP bekennt sich aus diesen Gründen dazu, das arbeitsmarktpolitische Instrument der Ein-Euro-Jobs möglichst rasch auslaufen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Warum sage ich das an dieser Stelle? Weil es auch richtig ist, dass bei vielen Menschen die Vermittlungsfähigkeit überhaupt erst einmal hergestellt werden muss. Chronisch Kranke müssen umgeschult werden, Lese- und Schreibkenntnisse müssen erworben werden, bestimmte Alltagsfertigkeiten müssen wieder eingeübt werden. Gerade für diesen Kreis nicht oder sehr schwer vermittelbarer Menschen hat Senator Scheele in einer der letzten Debatten in einer sehr ambitionierten Rede ein Konzept angekündigt. Ich sichere für meine Fraktion, aber auch für mich ganz persönlich zu, dass sich die FDP an der Erarbeitung eines solchen Konzeptes konstruktiv beteiligen wird. Aber leider ist es bislang bei der Ankündigung des Senators geblieben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Jens-Peter Schwieger SPD*: Nein, Sie waren zweimal nicht da!)

Ein weiterer Punkt: Ich denke, dass die Debatte um die Ein-Euro-Jobs nicht durch die Eigeninteressen der Träger bestimmt werden darf. Dennoch, Herr Scheele, haben auch Träger einen Anspruch auf Planungssicherheit und klare Ansagen. Und was Senator Scheele geboten hat, war in der Tat unterirdisch. Im April kündigte er noch die Streichung von 2000 Arbeitsgelegenheiten an, im Mai war alles nur ein Missverständnis, im Juli empfiehlt das IAB eine Reduktion auf 1200 Stellen, der Senator will sich hierzu nicht äußern, er will sich überhaupt nicht zu konkreten Zahlen äußern. Aus der Behörde hört man etwas von 3000 bis 4000 verbleibenden Arbeitsgelegenheiten, zwischenzeitlich wird Herr Bösenberg gefeuert. Das waren Chaostage in der Hamburger Straße, ordentliches Regieren sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ein dritter Punkt: Was wir aber in der Tat brauchen, ist ein verbessertes Monitoring und Benchmarking der Träger. Wenn die Eingliederungsquote bei Arbeitsgelegenheiten gerade einmal bei 12,8 Prozent liegt, dann ist das einfach zu wenig. Die IAB-Studie hat erhebliche Unterschiede bei der

Güte, Qualität und Integrationsleistung der Träger ergeben. Das gilt auch im Bereich der Jugendhilfe, wie wir heute zutreffend der Presse entnehmen konnten. Die Behörde selbst kann dies aber gar nicht beurteilen und warum nicht? Das hat eine Schriftliche Kleine Anfrage des Kollegen Bischoff ergeben. Ihr liegen überhaupt keine nach Träger differenzierten Angaben zu dieser Frage vor; das ist ein Unding. Herr Scheele, das muss sich ändern. – Vielen Dank.

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwieger, wenn Sie bei mir gleich den Zwischenruf machen wollen, dass ich auch nicht bei dieser Versammlung war:

(*Jens-Peter Schwieger SPD*: Sie waren entschuldigt!)

Ich bin mit Absicht nicht dorthin gegangen. Und ich will Ihnen das ganz deutlich sagen und wiederhole damit nur, was auch von anderen gesagt wurde: Unter Beteiligung und meinerseits auch kritischer Kooperation verstehe ich etwas anderes als das, was da abläuft.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Fegebank GAL*)

Diese Regierung muss nicht das ernst nehmen, was wir hier ein paar Mal gesagt haben; das respektiere ich, dann müssen Sie das so machen. Aber es kann nicht darum gehen, dass Sie die Opposition als Staffage benutzen, um hinterher zu sagen, wir haben Sie doch einbezogen. So geht es, aus meiner Sicht jedenfalls, nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Ich habe auch die Befürchtung, dass alles Weitere, was jetzt geplant ist – die Gespräche mit den Gewerkschaften und den Trägern –, nach demselben Muster abläuft. Herr Schwieger, man kann nicht – das hat auch Frau Wolff gesagt – Leute einladen, ihnen knapp 24 Stunden vorher eine belastbare Skizze vorlegen und dann noch in der Diskussion sagen, ich zeige Ihnen einmal etwas, aber das ist bitte vertraulich. Das macht keinen Sinn. Das haben Sie uns jetzt ein paar Mal vorgeführt. Wenn Sie die Opposition mit dabei haben wollen, dann müssen Sie sich an andere Regeln halten und diese Regeln haben nichts mit Transparenz und demokratischer Beteiligung zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Wenn Sie darauf setzen, die Opposition zum Statistenchor zu machen, dann haben Sie davon kei-

(Dr. Joachim Bischoff)

nen Effekt. Die Opposition hat die Aufgabe, das kritisch zu begleiten.

Wir reden nicht über vernachlässigbare Größen, wir reden über 54 000 Bürgerinnen und Bürger. Die Unterbeschäftigung in diesem Bereich beträgt 77 000. Noch vor zwei, drei Monaten hätte man sagen können, die Konjunktur wird es richten – das will ich gar nicht vertiefen –, aber das kann man heute nicht mehr sagen. Das heißt, es ist eine öffentliche Aufgabe, wie wir mit diesem Problemkreis fertig werden. Und es ist völlig klar, dass es eine Herkulesaufgabe ist, für diesen Personenkreis neue Perspektiven zu definieren. Unter diesem Kürzungsdiktat aus Berlin und mit den vorhandenen Restmitteln ist das unbestritten kaum zu bewältigen. Deswegen haben wir in der Diskussion immer gesagt, es sei richtig, wenn die SPD-Regierung sage, das bekomme man nur hin, wenn man alle Akteure auf diesem Sektor einbeziehe und ihre Potenziale zu wecken versuche. Frau Demirel hat darauf hingewiesen, was wir in der Sommerpause alles in Bezug auf die Schulkantinen gemacht haben. Das war grotesk und wir haben vor verschlossenen Türen gestanden. Das kann uns relativ egal sein, aber wenn der Schulbetrieb hinten und vorne nicht klappt, dann ist das ein Desaster. Das hätte man anders machen können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Insofern ist es richtig, von einem Trümmerfeld zu sprechen. Ich kann nach wie vor für die Fraktion der LINKEN sagen, dass wir das gemeinsam ändern wollen. Das ist kompliziert genug. Es kann nicht nur um Ein-Euro-Jobs gehen, da sind wir einer Meinung. Dass das kein taugliches Instrument ist, wurde noch einmal bestätigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir müssen darüber hinaus auch prüfen, wie wir die begrenzten Mittel für die Qualifizierung und Fortbildung gerade auch im Jugendbereich vernünftig einsetzen. Und wir müssen, ob uns das gefällt oder nicht, auch versuchen, möglichst viele der Träger mitzunehmen, weil man auf die Kompetenz, die sie jahrzehntelang entwickelt haben, nicht verzichten kann. Das wäre die Aufgabe und dann wird es immer noch sehr schwierig, etwas hinzubekommen. Aber so, wie Sie das jetzt angefangen haben und wenn Sie das Verfahren nicht ändern, werden Sie weiter in die Sackgasse laufen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Herr Stemmann hat das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir könnten, würden wir den Titel der Debatte erweitern, nämlich nicht nur

über Herrn Scheeles Schlingerkurs, sondern auch über Herrn Schwiegers Schlingerkurs debattieren. Das war wirklich bemerkenswert, was wir da alles gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

So hat uns Herr Schwieger vorgeworfen, dass die CDU Anfang des Jahres mehr Stellen im Bereich der Ein-Euro-Jobs besetzt hat als ursprünglich vereinbart. Ja, es waren Maßnahmen, die im Vorjahr beschlossen worden waren, und es war Geld vorhanden. Warum sollten die Mittel nicht in diesem Bereich ausgegeben werden?

(*Jens-Peter Schwieger* SPD: Die sind im zweiten Halbjahr weniger geworden!)

Es ist nach wie vor genug Geld da, rechnen Sie doch einfach einmal nach.

(*Jens-Peter Schwieger* SPD: Ich kenne aus Berlin andere Zahlen!)

Und warum sind für die Hausmeister wieder nur befristete Jobs eingerichtet worden? Warum werden sie nicht sozialversicherungspflichtig fest von der SAGA übernommen? Die SAGA hat echte Vorteile davon, dass diese Hausmeisterlogen besetzt werden. Hier könnte ein effektiver Übergang aus den Ein-Euro-Jobs in den ersten Arbeitsmarkt realisiert werden; tun Sie das.

(Beifall bei der CDU)

Und warum sind die Schulkantinen unterbesetzt? Warum werden auch die Schulkantinen weiter nur auf Ein-Euro-Job-Basis betrieben?

(*Dirk Kienscherf* SPD: Erzählen Sie uns das bitte mal!)

Seit September 2010 arbeiten das damals noch zuständige Amt in der BWA, das heute in der Behörde von Herrn Scheele angesiedelt ist, und die BSB an einem Konzept, wie dieses auf andere Füße gestellt werden kann. In fast einem Jahr, davon sechs Monate in der Verantwortung der SPD, wurde kein Ergebnis erzielt. Warum nicht? Herr Bürgermeister, heben Sie den Maulkorb auf, den Sie eben Herrn Scheele erteilt haben. Herr Scheele, präsentieren Sie endlich ihr Konzept. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Frau Bekeris hat das Wort.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wolff, wir haben von Ihnen wirklich keinerlei inhaltliche Vorstellungen gehört, wie sich die CDU-Fraktion in diesen ganzen Prozess einbringen möchte. Vielleicht lesen wir dazu bald einmal etwas von Ihnen. Zu der Personalie Herr Bösenberg, der übrigens

(Ksenija Bekeris)

auch dafür zuständig ist, dass dieses – und da möchte ich Ihnen ausdrücklich zustimmen – Desaster bei den Schulkantinen passiert ist: Dafür ist Herr Bösenberg und dafür ist team.arbeit.hamburg verantwortlich; das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD – *Roland Heintze CDU*: Hören Sie doch auf! – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Bekeris. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Müller?

Ksenija Bekeris (fortfahrend): – Im Moment nicht.

(*Robert Heinemann CDU*: Das würde ich auch nicht zulassen!)

Der Personalwechsel bei team.arbeit.hamburg fand im Einvernehmen mit der Agentur für Arbeit und der Trägerversammlung statt. Und ein Nachfolger für Herrn Bösenberg wird im Zuge einer Ausschreibung gesucht und dann auch gefunden werden. Wir besetzen die Stellen nicht nach Parteibuch, sondern im Wege einer Ausschreibung, anders als es bei Herrn Bösenberg gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Zu Frau Demirel möchte ich sagen: Herr Scheele hat im Bundesrat genau angesprochen, welche Konsequenzen die Kürzungen auf Bundesebene in Bezug auf die Arbeitsmarktmittel haben. Wir nehmen Einfluss darauf, was im Bundesrat und was auf Bundesebene passiert; wir machen das über den Bundesrat. Wir würden uns aber eine Unterstützung von Schwarz-Gelb aus Hamburg wünschen und dass sie wirklich, wie Herr Schwieger schon gesagt hat, Briefe schreiben und an diesem Punkt auch einmal aufmucken.

(Beifall bei der SPD)

Auch von der FDP haben wir keinen großen Beitrag gehört. Vor allen Dingen haben Sie das Angebot, das Herr Scheele Ihnen gemacht hat, dort mitzudiskutieren, nicht angenommen.

(*Robert Bläsing FDP*: Reißern Sie sich mal selbst zusammen! – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Stimmt doch gar nicht!)

Vielleicht finden auch Sie die Zeit, uns etwas zukommen zu lassen.

Die Aussage der LINKEN, dass der Eindruck entstanden sei, die Gespräche seien nur Staffage, ist ein ziemlich harter Vorwurf und auch populistisch. Ich habe in der letzten Legislaturperiode nicht eine einzige Einladung in irgendeine Behörde bekommen, um inhaltlich ein Thema zu diskutieren. Wir machen einen Anfang, wirklich alle mitzunehmen, und nehmen Sie das auch bitte in der nächsten Zeit und zu den nächsten Themen immer wieder gerne an. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird zum Ende noch einmal richtig heiß, und ich dachte, nach den Ankündigungen aus den Reihen der SPD, über die Personalie Bösenberg nicht zu sprechen, dass das Thema für heute erledigt wäre. Aber nach Ihren Äußerungen, Herr Schwieger, und jetzt auch von Ihnen, Frau Bekeris, kann man Herrn Bösenberg eigentlich nur raten, den rechtlichen Weg zu beschreiten, denn das, was ich heute höre, grenzt schon an echte Absurditäten.

(*Andy Grote SPD*: Ich bin nicht sicher, ob Sie das einschätzen können!)

Ich würde mich gern vertieft, vielleicht in einer anderen Runde, mit diesem Fall noch einmal auseinandersetzen. Eines wird sehr deutlich – und ich hoffe, dass mich mein Eindruck ein bisschen trügt –, dass die SPD sich gerade wieder auf den Weg macht, das zu tun, was sie über Jahre und Jahrzehnte ausgemacht hat, nämlich die alte SPD zu sein, die Stadt wieder in ihren Besitz zu nehmen und als Eigentum zu begreifen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und weshalb schreiben wir aus?)

Und das ist ein erster Hinweis darauf, was uns in anderen Bereichen vermutlich auch ins Haus stehen wird.

(Glocke)

Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Das Wort hat die Abgeordnete Frau Fegebank.

Katharina Fegebank (fortfahrend): Ich erinnere mich noch gut – und Sie wahrscheinlich auch alle – an die großen Wahlplakate unseres Bürgermeisters, für die er mit Sicherheit von einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewählt wurde: Klarheit, Vernunft, Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Danke, ich wollte eigentlich auch einmal ein bisschen Applaus aus Ihren Reihen haben.

Wenn das die Maxime des politischen Handelns des Bürgermeisters ist, so erwarte ich, dass das auch die Maxime des Handelns der Senatorinnen und Senatoren ist. Was wir in den letzten Wochen und Monaten, nicht nur im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch in der Sozialpolitik erleben – Stichworte Integrationsbeirat, ein Diffamieren und Unterdrücksetzen der Trägerlandschaft im Bereich der Jugendhilfe, Hilfen zur Erziehung –,

(Katharina Fegebank)

das hat einen Charakter, der in meinen Augen mit Klarheit, Vernunft und vor allem mit Verantwortung überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Sie haben die HzE-Mittel um 60 Millionen abgesenkt!)

Herr Schwieger, ich habe immer das große Vergnügen, nach Ihnen zu sprechen bei diesen sozialpolitischen Debatten. Was mir ganz gewaltig auf den Senkel geht

(Beifall bei *Robert Heinemann CDU*)

– ich glaube, da habe ich jetzt den parlamentarischen Sprachgebrauch verlassen –, ist, dass von Ihrer absoluten Mehrheit immer die Verantwortung entweder auf die Vorgängerregierung oder auf Berlin abgeschoben wird. Man ist nicht willens und in der Lage, mit dem, was vorhanden ist, zu arbeiten, zum Beispiel kreative Ansätze zu entwickeln und sich um diejenigen zu kümmern, die es am härtesten trifft. Das sind im Fall der Arbeitsmarktpolitik die Langzeitarbeitslosen, ältere Menschen und Geringqualifizierte.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Haben Sie sich das Programm eigentlich durchgelesen?)

Da fehlen mir vollends Lösungsansätze, da fehlen mir vollends kreative Ansätze, um genau mit dieser wachsenden Anzahl von Menschen umzugehen. Das finde ich für eine Sozialdemokratie, die sich den Anspruch gibt, eine soziale und solidarische Stadt zu gestalten, gelinde gesagt sehr schwach.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Andy Grote SPD*: Und der Kreativste war Bösenberg, oder was?)

– Nein, ich will nur noch einmal darauf eingehen, was die Verantwortung betrifft.

Uns hat es niemand leicht gemacht, als wir in Zeiten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise auch Entscheidungen treffen mussten.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

– Das muss man hier noch einmal ganz deutlich sagen.

Jetzt werden die Mittel auf Bundesebene gekürzt, was nicht schön ist, aber das heißt doch nicht, dass man sich dann aus dem Politikfeld verabschiedet und sagt, weil der Bund uns zu wenig Zuwendungen gibt, haben wir jetzt keinerlei Handhabe, damit umzugehen.

(*Andy Grote SPD*: Wer hat denn die Hamburger Mittel abgesenkt?)

Das finde ich einfach zu billig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich komme noch zu einem Argument, nämlich dem der Teilhabe, einer Politik des Hinhörens,

(*Andy Grote SPD*: Das können Sie immer nur in der Opposition!)

einer Politik des Dialogs und der Politik, gemeinsam etwas gestalten zu wollen. Herr Senator Scheele, ich würde mir wirklich wünschen, dass diesen Ankündigungen tatsächlich auch Taten folgen, denn sonst müssen Sie sich, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft, den Vorwurf gefallen lassen, eine Scheinteilhabe zu ermöglichen. Die Stadt hat sich verändert, die Stadt ist nicht mehr so wie vor zehn oder 20 Jahren, als Sie regierten.

(Zurufe von der SPD)

Die Träger, die gute Arbeit leisten, werden aufbegehren, die Menschen werden sehen, was Sie ihnen an Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten nehmen. Absolute Mehrheit heißt nicht, über die Köpfe hinweg einfach zu entscheiden und durchzuregieren.

(*Andy Grote SPD*: Macht kein Mensch! – *Gabi Dobusch SPD*: So beteiligt, wie wir bei Schwarz-Grün waren?)

Ich wünsche mir, sowohl was die Haltung als auch den Politikstil angeht, eine inhaltliche Auseinandersetzung in einer Arbeitsmarktpolitik, die sicherlich zwischen Zentralisierung und stärkerer Fokussierung auf Stadtteil und Kommune angelegt ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Damit ist die Aktuelle Stunde für heute zu Ende. Morgen werden wir das dritte, vierte und fünfte Thema aufrufen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 4, Drucksache 20/1023: Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drs 20/1023 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Artus und Herr Wanckum abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen

(Vizepräsident Frank Schira)

Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte Sie, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte nun Herrn Hakverdi, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe abgeschlossen ist. Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte, nun die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.47 Uhr

Wiederbeginn: 16.57 Uhr

Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt.

Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 114 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren null Stimmzettel ungültig und somit 114 Stimmzettel gültig.

Frau Britta Schlage erhielt 104 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist Frau Schlage zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

Ich bitte Sie nun, Frau Schlage, hier nach vorn in unsere Mitte zu kommen.

Frau Schlage, die Bürgerschaft hat Sie soeben erneut zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich frage Sie nun, ob Sie die Wahl annehmen?

Frau Britta Schlage: Ja, ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Frank Schira: Da Sie bereits vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind, haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft schon geleistet.

Eine erneute Vereidigung ist daher nicht erforderlich.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen als vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts weiterhin eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung bei Ihrer Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Nachdem Frau Schlage nun von den Mitgliedern des Hauses beglückwünscht worden ist, können wir mit den Wahlen fortfahren.

Wir rufen jetzt die Punkte 2, 3 und 5 bis 7 auf, die Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg

– Drs 20/367 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für Stadtentwicklung

– Drs 20/1022 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Richterwahlausschusses

– Drs 20/1114 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung

– Drs 20/1155 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung

– Drs 20/1228 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Alle fünf Stimmzettel liegen Ihnen in unterschiedlichen Farben vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln darf ich die Schriftführer nun bitten zu beginnen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schliesse ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll gebracht.*

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 91, 19 und 90, das sind die Drucksachen 20/1229, 20/801 und 20/1227. Antrag der SPD-Fraktion: Hamburg – Klar zur Energiewende! Eckpunkte für eine sichere, preiswerte und umwelt- sowie klimafreundliche Energieversorgung für Hamburg; Große Anfrage der CDU-Fraktion: Rückkauf der Netze – sinnvoll oder gewagtes Abenteuer? und Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bekanntgabe des Ablaufs der Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsnetz.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Hamburg – Klar zur Energiewende! Eckpunkte für eine sichere, preiswerte und umwelt- sowie klimafreundliche Energieversorgung für Hamburg
– Drs 20/1229 –]**

Zur Drucksache 20/1229 liegen als Drucksachen 20/1333 und 20/1348 Anträge der GAL- sowie der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Hamburger Energiewende: Kurs halten!
– Drs 20/1333 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburg – Klar zur Energiewende!
– Drs 20/1348 –]**

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Rückkauf der Netze – sinnvoll oder gewagtes Abenteuer?
– Drs 20/801 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bekanntgabe des Ablaufs der Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsnetz
– Drs 20/1227 –]**

Die FDP-Fraktion möchte die Drucksachen 20/1229 und 20/1333 an den Umweltausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Dr. Schaal, bitte.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das letzte

Atomkraftwerk wird im Jahr 2022 vom Netz gehen, Brokdorf im Jahr 2021 und die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel bleiben endgültig ausgeschaltet. Das ist gut so, denn das wollten wir hier so.

(Beifall bei der SPD und bei *Birgit Stöver* CDU und *Jens Kerstan* GAL)

Der Atomausstieg ist beschlossen, damit ist die Energiewende eingeläutet. Doch gelingen wird sie nur, wenn alle mitziehen. Darum muss es nun in Hamburg heißen: Klar zur Energiewende. Dieses Manöver startet die SPD-Fraktion nun mit klarem Kurs auf eine sichere, preiswerte, umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung für die Stadt. Dazu soll uns der Senat bis zum Jahresende ein Konzept vorlegen, das aufzeigt, wie Hamburg Energie sparen, effizient einsetzen und erzeugen kann und wie erneuerbare Energien, Netze und Speichertechnologien ausgebaut werden können. Das letzte Energiekonzept wurde vom CDU-Senat im Jahr 2005 vorgelegt und ging noch davon aus, dass Atomenergie unverzichtbar sei. Das war und ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen sind acht Meiler abgeschaltet und keiner sitzt im Dunkeln. Mit einer installierten Leistung von circa 93 Gigawatt bei einem Spitzenbedarf von etwa 80 Gigawatt werden auch im Winter Leistungen erbracht, die auch ohne Atomstrom Versorgungssicherheit garantieren.

Jetzt kommt es darauf an, die erneuerbaren Energien im Wärme- und Strombereich weiter auszubauen und den Anforderungen des Klimaschutzes, aber auch des Ressourcenschutzes gerecht zu werden, den Wettbewerb anzukurbeln und dadurch die Energiepreise stabil zu halten.

Meine Damen und Herren! Energiesparen muss Volkssport werden. Es reicht nicht, irgendwo Flyer auszulegen oder Plakate anzukleben, denn mit dem Energiesparen ist es genauso wie mit der Raucherentwöhnung: Die Bewusstseinsänderung reicht nicht, es muss eine Verhaltensänderung folgen, sonst bleiben die Informationen wirkungslos.

(Beifall bei der SPD)

Darum müssen wir mit den Menschen sprechen, um sie für das Energiesparen zu motivieren. Zum Beispiel könnte SAGA GWG zusammen mit der stadt eigenen Energieagentur Hamea die Mieter und Mieterinnen in die eigenen Räume der SAGA GWG einladen und mit ihnen besprechen, wie man im Haushalt Energie und damit Geld sparen und auch dem Klima helfen kann. Wichtig ist dabei, dass alle Zielgruppen, auch Ältere und vor allen Dingen auch Migrantinnen und Migranten, gezielt angesprochen werden.

Direkte Ansprache und Unterstützung beim Energiesparen gibt es auch bei dem Modell Stromspar-

* Siehe Anlage 1, Seite 797 bis 801

(Dr. Monika Schaal)

Checks für Haushalte mit kleinen Einkommen. Dieser Ansatz soll weiterentwickelt und ausgebaut werden, ebenso wie das erfolgreiche Programm "fifty/fifty" an Schulen.

Dreh- und Angelpunkt der Energiewende aber ist die Steigerung der Energieeffizienz. Hierher gehört auch das Thema Energiespeicherung, zum Beispiel über sogenanntes Windgas, und das Thema Smart Grids. Beides macht die erneuerbaren Energien erst effizient. Das brauchen wir, um im Jahr 2020 auch die Klimaschutzziele zu erreichen.

Im privaten, gewerblichen und auch im öffentlichen Gebäudebestand soll die energetische Sanierung unter Inanspruchnahme von Bundes- und Landesfördermitteln vorangetrieben werden, denn in diesem Bereich liegt ein enormes Potenzial mit hohem Nutzen für die Eigentümer und Mieter durch Senkung der Heizkosten, für das öffentliche Bauhandwerk – nicht zu vergessen – und für das Klima durch die Verringerung der CO₂-Emissionen. Auch hier, wie beim Wohnungsbau, muss die Stadt mit den Investoren sprechen, um sie für solche Investitionen zu gewinnen.

Allerdings wird es auch notwendig sein, dass endlich auf Bundesebene die Schularbeiten gemacht werden, die noch offen sind. Wir brauchen die Fördergesetze, damit die energetische Sanierung vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen uns bei der Förderung der energetischen Sanierung auf den Bereich der Wohngebäude konzentrieren. Ein städtisches Förderprogramm für Gewerbebauten ist, anders als bei der GAL, bei uns nicht vorgesehen.

(*Jens Kerstan GAL*: Das würde auch zuviel bringen!)

Aber Hamburger Unternehmen sollen im Rahmen der Umweltpartnerschaft und des Förderprogramms "Unternehmen für Ressourcenschutz" weiter zielgenau angesprochen und für energieeffizientes Wirtschaften gewonnen werden.

Meine Damen und Herren! Der Ausbau klimafreundlicher Energieversorgung auch durch HAMBURG ENERGIE sowie die Stadtreinigung muss weitergehen, denn Hamburg deckt noch nicht einmal 5 bis 10 Prozent seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen. HAMBURG ENERGIE hat im letzten Jahr eine sehr erfolgreiche Bürgeranleihe für Photovoltaik auf den Markt gebracht, um in Hamburg Ökostrom günstiger anbieten zu können. Der Senat soll jetzt die Voraussetzungen für die Auflage weiterer Bürgeranleihen durch HAMBURG ENERGIE schaffen. Anders als die GAL möchten wir aber trotzdem nicht darauf verzichten, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Hamburg zusätzlich durch Zusammenarbeit mit den etablierten Versorgern zu reaktivieren. Vat-

tenfall baut zum Beispiel mit den Stadtwerken München Offshore-Anlagen in der Nordsee und das ist doch eine gute Sache, zumal das Konsortium in Hamburg sitzt.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Super, toll, fantastisch! Toll, das unterschreiben wir!)

Unter dem Gesichtspunkt der Standortentwicklung für erneuerbare Energien, für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und sogenannte virtuelle Kraftwerke müssen Strom-, Gas- und Fernwärmenetze aus- und umgebaut werden. Insbesondere die Wärmeversorgung soll künftig flexibler auch mit Einspeisung von Wärme aus dezentralen Anlagen mit einer deutlich klimafreundlicheren und damit CO₂-ärmeren Erzeugung erfolgen als bisher; das dauert allerdings noch. Dabei muss man dann allerdings auch das Thema Kälteerzeugung mitdenken.

Meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hatte bereits im März vom Senat verlangt, mit dem Erwerb einer strategischen Beteiligung an den Verteilnetzen für Gas, Strom und Fernwärme sowie durch einen zusätzlichen Konsortialvertrag für die Stadt wieder energiepolitische Handlungsspielräume zu gewinnen. Dazu will der Senat nun Verhandlungen mit Vattenfall und E.ON aufnehmen. Die Partner in einer künftigen Netzgesellschaft, Frau Heyenn, müssen die Energiewende in Hamburg mittragen und unterstützen und den Klimaschutz weiter vorantreiben. Das hat die SPD dem Senat bereits vor Fukushima ins Pflichtenheft geschrieben. An die Adresse der FDP sage ich, wer das als Verstaatlichung bezeichnet, will bewusst Verwirrung stiften oder hat keine Ahnung von Daseinsvorsorge, denn das ist das Thema der Zeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Wir warten jetzt ab, was der Senat aushandelt. Darum haben wir diesen Punkt auch nicht noch einmal zur Abstimmung gestellt.

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, dass der Senat noch in diesem Jahr das Ende der Verträge für Strom und Fernwärme sowie für Gas bekanntmacht. Dem stimmen wir nicht zu. Die Bekanntgabe wird zeitlich und rechtlich korrekt erfolgen, muss aber auch sorgfältig vorbereitet werden, um eine transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibung zu gewährleisten. Die dazu erforderlichen Daten liegen, wie Sie wissen, nicht vor.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Die können ja auch noch gar nicht vorliegen!)

Die Stadt klagt deswegen gegen Vattenfall, aber es muss auch mit dem Unternehmen darüber geredet werden. Der Bürgermeister hat klargestellt, und ich sage das noch einmal, dass es bei einem möglichen Volksentscheid, den wir unter Umständen zu erwarten haben, auch tatsächlich um eine Ent-

(Dr. Monika Schaal)

scheidung gehen soll. Wir werden den Volkstentcheid nicht ins Leere laufen lassen. Volkstentscheid gelten und das ist und bleibt eine klare Zusage.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden aber weiter informieren und diskutieren, damit alle Hamburgerinnen und Hamburger sich eine Meinung über die unterschiedlichen Modelle und Vorstellungen von Senat und Volksinitiative bilden können.

Meine Damen und Herren! Abschließend bitte ich um Zustimmung zum SPD-Antrag: Hamburg – Klar zur Energiewende! Die Anträge der LINKEN und der GAL lehnen wir ab. Die Mitteilung des Senats über das Zustandekommen des Volksbegehrens "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" überweisen wir an den Haushalts- und den Umweltausschuss, um dort eine Anhörung der Initiatoren und weiterer Experten vorzunehmen. Auch der Sachstand der Senatsüberlegungen wird dann im Zuge der Anhörungen erörtert werden und die Hamburgerinnen und Hamburger sollen sich nicht zuletzt anhand eines umfassenden Faktenchecks, den wir vorhaben, selbst eine Meinung bilden, welcher Kurs bei der Energiewende der richtige ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau Dr. Schaal, Sie haben hoffentlich gemerkt, dass bei Ihren detaillierten Ausführungen kaum jemand zugehört hat

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt nicht!)

und dass selbst Ihre eigene Fraktion Mühe hatte zuzuhören. Die Debattenanmeldung der SPD stellt einen bunten Blumenstrauß von Themen dar, bunte Blumen, denen GAL und FDP noch weitere Farben hinzugefügt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist eigentlich Ihr Antrag?)

Es sind drei Drucksachen angemeldet, davon auch eine von unserer Fraktion. "Klar zur Energiewende!" heißt der Antrag der SPD, dann die Große Anfrage meiner Fraktion "Rückkauf der Netze – sinnvoll oder gewagtes Abenteuer?" und, last but not least, ein Antrag der LINKEN, der sich auch mit den Netzen beschäftigt. Das ist ein ambitioniertes Programm für nur eine einzige Debatte. Ich frage mich allen Ernstes, ob wir das heute schaffen.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Sagen Sie mal was zur Sache!)

Ich werde mich kurz fassen, wir sagen Ja zum Antrag der SPD. Wir brauchen natürlich ein neues

Energiekonzept, denn das alte aus dem Jahr 2005 ist längst überholt. Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Zum einen haben die schrecklichen Ereignisse in Fukushima zu der Energiewende geführt, die in einem breiten politischen Konsens am 30. Juni 2011 im Bundestag beschlossen wurde. Die schwarzgelbe Bundesregierung wird diese Energiewende zum Erfolg führen,

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Und Rot-Grün wird es zu Ende führen!)

und zwar in wirtschaftlicher, politischer und auch in gesellschaftlicher Sicht.

Hamburg profitiert bereits davon. Frau Dr. Schaal hat ausgeführt, dass die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel schon mit Beginn des Moratoriums abgeschaltet wurden und sie bleiben auch nach den Abstimmungen im Bundestag abgeschaltet.

Der zweite Grund, warum wir ein neues Energiekonzept für Hamburg brauchen, ist das Kohlekraftwerk Moorburg. Das ist ein neuer Aspekt, der noch nicht angesprochen wurde. Moorburg wird im nächsten Jahr, spätestens Anfang übernächsten Jahres den Betrieb aufnehmen und dann Hamburg versorgen. Damit wird Hamburg energiewirtschaftlich autark werden. Das ist eine große Neuigkeit, denn wir waren bisher zu 80 Prozent fremdversorgt.

(Beifall bei der CDU)

Dass Moorburg so groß dimensioniert wurde, ist ein Erfolg in zweierlei Hinsicht. Zum einen können wir damit das technologisch veraltete Kraftwerk Wedel abschalten und zum anderen haben wir die energieintensive Industrie, sprich Trimet, Aurubis und die Stahlhütte, dazu gebracht, auf ein eigenes Kraftwerk zu verzichten. Es ist gut, dass wir nicht zwei Kraftwerke auf Hamburger Boden haben werden.

Ich fasse zusammen: Moorburg und die Energiewende sind zwei wichtige Gründe, die geradezu nach einem neuen Energiekonzept schreien.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)

Wir wollen von der SPD eine Antwort haben; Frau Dr. Schaal ist die Antwort schuldig geblieben. Mit der GAL zusammen möchten wir Ihren Antrag an den Umweltausschuss überweisen, um dort mit Ihnen detailliert und konstruktiv zu beraten. Eine Antwort von Frau Dr. Schaal oder von der SPD im Laufe der Debatte wäre gut, denn wenn Sie sich dieser Debatte über Details und Eckpunkte allen Ernstes verweigern sollten, würden wir das mit großer Sorge betrachten.

Meine Damen und Herren! Dann bleibt noch das Thema der Großen Anfrage zum Rückkauf der

(Birgit Stöver)

Energienetze – sinnvoll oder gewagtes Abenteuer? Wir haben diese Große Anfrage nicht für eine Überweisung an den Umweltausschuss vorgesehen. Die Antworten des Senats reichen uns für unsere klare Positionierung. Der Kauf der Netze kostet Milliarden und er bringt nichts, keinen Einfluss und keinen Gewinn.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Netze sind lediglich ein Verbindungsstück zwischen der Erzeugung der Energie und ihrem Verbrauch. Und sie sind per Gesetz neutral zu halten, weil wir einen diskriminierungsfreien Zugang und Transport ermöglichen müssen und weil sie durch die Bundesnetzagentur staatlich reguliert werden.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Neue Erkenntnisse bei Frau Stöver!)

Die Milliarden Euro, die für den Kauf nötig wären, sind aus ökologischer Sicht wesentlich besser im Schulbau und im Straßenbau angelegt. Darüber sollten die Kollegen der SPD nachdenken. Eine energetische Sanierung von Schulgebäuden und die Verbesserung des Hamburger Verkehrsflusses bringen zigmal mehr CO₂-Reduzierung als der Rückkauf der Netze.

(Beifall bei der CDU)

Das sind unsere christdemokratischen Positionen zu diesen beiden Themen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das war ja üppig!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat stehen wir vor einer großen Herausforderung. Der Atomausstieg bedingt gleichzeitig eine Energiewende, wenn wir in Zukunft eine sichere, nachhaltige und auch nicht mehr die Gesundheit der Bevölkerung gefährdende Energieversorgung haben wollen. Insofern ist es wichtig, über die Energiewende in Hamburg zu reden. Allerdings wurden wichtige Weichenstellungen schon in der letzten Legislaturperiode vorgenommen, sodass der Titel des Antrags der SPD "Klar zur Energiewende!" eigentlich irreführend ist. Richtig müsste es eigentlich heißen: Hamburger Energiewende – Kurs halten, denn die wichtigen Grundlagen einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung in Hamburg sind bereits unter dem schwarz-grünen Senat in der letzten Legislaturperiode gelegt worden.

(Zurufe aus der SPD: Moorburg zum Beispiel!)

– Moorburg, wofür Sie vehement waren und das wir in der Tat gerne hätten verhindern wollen.

Aber was man in der Tat nach dieser Entscheidung noch hätte machen können, will ich an ein paar Punkten aufzählen: Unter Schwarz-Grün erfolgte die Gründung von HAMBURG ENERGIE als ein Versuch, den Fehler der Privatisierung der Hamburgischen Electricitäts-Werke rückgängig zu machen, mit der Gründung einer Hamburger Energie-Agentur, die der Bevölkerung durch neue Beratungsangebote und durch Programme das Energiesparen nahebringen soll, wurde ein bundesweit beispielloses Programm zur energetischen Gebäudesanierung eingeleitet, und natürlich sollte der "Masterplan Klimaschutz" dafür sorgen, dass die Stadt die CO₂-Ziele – bis 2020 40 Prozent, bis 2050 80 Prozent – einhält. Insofern sind wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden.

Wenn man sich die 22 Punkte des SPD-Antrags einmal genauer ansieht, dann stellt man fest, dass dieser Antrag in allen Punkten den Kurs der schwarz-grünen Koalition bekräftigt

(*Andy Grote SPD*: Den Kurs, den Sie gerne gefahren wären, Herr Kerstan!)

und keinerlei neue Akzente gesetzt, keinerlei neue Programme angekündigt und auch keine neuen Entwicklungen angestoßen werden.

(*Andy Grote SPD*: Sie haben ja genug Unerledigtes übrig gelassen!)

Insofern handelt es sich bei diesem Antrag um das Lob der SPD-Fraktion für die schwarz-grüne Energiepolitik unter einer grün geführten Umweltbehörde. Und darüber freuen wir uns,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Es ist schön, wenn Sie sich freuen!)

denn für uns ist es ein wichtiger Punkt, dass diese Politik weitergeführt werden soll.

(Beifall bei der GAL)

Aber wenn das so ist, dann fragt man sich doch, warum die SPD-Fraktion jetzt einen Antrag stellt, wenn sie in weiten Teilen dem schwarz-grünen Kurs zustimmt. Und wenn man ins Detail geht, stellt man auf einmal fest, dass in diesem Antrag ein deutlicher Widerspruch versteckt ist zwischen den Zielen der SPD-Fraktion und dem Kurs, den Olaf Scholz gerade verfolgt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt kommen noch einige Verschwörungstheorien!)

Das wird relativ eindeutig, wenn Sie sich den Punkt 9 des Antrags einmal ansehen – ich zitiere –:

"Entwicklung und Umsetzung eines Hamburger Standards für KWK-Anlagen mit besonders niedrigen CO₂-Emissionen;"

(Jens Kerstan)

Wenn man weiß, dass dieser Bürgermeister und auch die Umweltsenatorin, die für Energie zuständig ist, vehement dafür sind, dass Fernwärme in Zukunft durch ein Kohlekraftwerk erzeugt wird, nämlich im Kohlekraftwerk Moorburg, dann weiß man, dass damit jeder auch nur ansatzweise gesetzte Standard für niedrige CO₂-Emissionen bei der Fernwärmeerzeugung nicht eingehalten werden kann. Und daher macht dieser Punkt nur aus einer Sicht Sinn, nämlich dass die SPD-Fraktion nicht mehr möchte, dass Fernwärme in Hamburg über ein Kohlekraftwerk erzeugt wird. Insofern versuchen Sie hier, einem Bürgermeister, der in seinem Regierungsprogramm an dem Punkt sehr schwammig und unkonkret ist, eine ganz klare Richtung zu weisen, und das begrüßen wir durchaus.

Wenn Sie dann in Punkt 12 sagen, Sie wollten dafür sorgen, dass Fernwärme künftig stärker dezentral eingespeist wird und dass sie insbesondere durch erneuerbare Energien erzeugt werden soll, dann muss man feststellen, dass auch das mit dem Kohlekraftwerk Moorburg nicht geht. Insofern ist Ihnen klar, dass mit den großen Energieversorgern der notwendige Umbau zur Energiewende im Bereich Fernwärme nicht möglich ist. Und Sie geben mit diesem Antrag dem Senat, der an dem Punkt eine andere Linie verfolgt, eine veränderte Kursbestimmung.

(Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt nicht!)

Das begrüßen wir und dieser Schritt war schon längst überfällig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der GAL – Andy Grote SPD: Das sind ja sehr komplizierte Herleitungen!)

Und wenn Sie in Punkt 19 fordern, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze so umzubauen, dass insbesondere erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und sogenannte virtuelle Kraftwerke zur Förderung der regionalen Wirtschaft und als Voraussetzung für den Klimaschutz weiterentwickelt werden, dann ist das eins zu eins die Begründung der Initiative zur Rekommunalisierung der Netze, warum diese Netze in staatliche Hand genommen werden müssen – und im Übrigen auch die Argumentation der Grünen. Denn eines ist ganz deutlich: Die großen Energieversorger haben überhaupt kein Interesse an dezentralen und virtuellen Kraftwerken, weil sie das große Kraftwerk Moorburg haben und diesen Bereich zentral organisieren wollen. Auch hier ist offenkundig ein deutlich anderer Kurs der SPD-Fraktion zu erkennen, als ihn der Bürgermeister fährt. In der SPD finden große Debatten über diesen umstrittenen Kurs statt und mittlerweile fordern ganze Kreisverbände den Bürgermeister zu einem Kurswechsel auf. Die SPD-Fraktion schließt sich – in Teilen jedenfalls – einem kritischen Kurs an, traut sich allerdings

nicht, das deutlich zu sagen. Und darum müssen wir das erledigen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja völliger Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Wir finden den von Ihnen vorgeschlagenen Kurs richtig, aber Sie sollten schlicht und ergreifend auch den Mut haben, Ihrem Bürgermeister zu sagen, dass es so wie bisher nicht geht.

Herr Bürgermeister, Sie müssen doch feststellen, dass Ihr Kurs, hinter verschlossenen Türen mit den großen Energieversorgern zu reden, zu immer mehr Unmut in Ihrer Partei führt.

(Andy Grote SPD: Worum Sie sich alles sorgen! – Dirk Kienscherf SPD: Können Sie nachts noch schlafen?)

Sie sollten diese Gelegenheit nutzen, um diesen falschen Kurs zu beenden und endlich in Gespräche mit der Initiative einzutreten, denn das ist doch im Moment das Entscheidende. Das Entscheidende ist doch nicht irgendein Energiekonzept, das man irgendwann einmal braucht,

(Beifall bei Dora Heyenn und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

sondern wie der Senat mit dieser Initiative umgeht, die 116 000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt unterstützt haben. Ein Bürgermeister, der mit den Worten angetreten ist, er möchte nicht am Willen der Bürgerinnen und Bürger vorbeiregieren

(Dirk Kienscherf SPD: Tun wir auch nicht, im Gegensatz zu Ihnen bei der Bildungspolitik!)

– und das gilt für jede Regierung, die versucht, das zu tun –, muss aufhören, hinter verschlossenen Türen nur mit den großen Konzernen zu reden, sondern muss mit der Initiative als Vertreterin von mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt reden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der GAL und bei Dora Heyenn und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Deshalb ist es auch richtig, was die LINKE fordert, damit die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben, wenn die SPD wider besseres Wissen falsche Entscheidungen trifft. Und damit die Politik überhaupt noch die Zeit hat gegenzusteuern, haben Sie jetzt die Verantwortung, die notwendigen Schritte einzuleiten, wenn Sie die direkte Demokratie nicht aushebeln wollen.

(Zurufe von der SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

Wir haben dafür gesorgt, dass Volksentscheide verbindlich sind, und haben uns daran gehalten, als gegen unseren erklärten politischen Willen die Bürger anders entschieden hatten. Und Sie müssen jetzt zeigen, ob Sie auch dazu bereit sind. Ihr Bürgermeister ist das zurzeit nicht, meine Damen und Herren.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Denn wenn Sie warten, bis Vattenfall vor Gericht gezwungen wird, die Daten herauszurücken, bevor Sie die nächsten Schritte zur Rekommunalisierung der Netze überhaupt erst möglich machen wollen, dann wissen Sie auch selber, dass das zu spät sein wird und dass, egal, was die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, die Stadt bis zum Jahr 2014 gar nicht mehr die Zeit hat, die Netze in eigene Regie zu übernehmen. Reden Sie nicht über wolkige Energiekonzepte, versuchen Sie nicht, verdeckte Botschaften in Anträgen unterzubringen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Eben war es noch toll, dass wir der GAL gefolgt sind!)

– Das brauchen Sie doch gar nicht zu beschließen, das war doch die bisherige Linie des Senats.

Und wenn Sie wollen, dass der Bürgermeister sich daran hält, was er im Moment nicht will, dann sagen Sie das doch einfach einmal deutlich und verhandeln Sie mit der Initiative, die genau dasselbe will.

Das sind die entscheidenden Punkte und ich kann gut verstehen, dass Sie vor den Auseinandersetzungen in der SPD dieses wichtige Thema im Ausschuss nicht diskutieren wollen und eine Überweisung ablehnen. Aber das ist nicht nur nicht souverän, sondern auch noch falsch. Herr Bürgermeister, ich kann Sie einfach nur auffordern, Ihren falschen Kurs zu ändern und mit den Bürgerinnen und Bürgern über die zukünftige Energieversorgung dieser Stadt zu reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Das sind doch alles Märchen, was Sie erzählt haben!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir freuen uns heute wirklich darüber, mit Ihnen erneut über Energiewende und Rückkauf der Netze diskutieren zu können, denn Sie werden sich daran erinnern, dass sich die FDP in den Bürgerschaftssitzungen am 8. und 22. Juni als einzige Fraktion, und zwar glasklar, gegen eine Verstaatlichung der Energienetze oder eine städtische Beteiligung an einer Netzgesellschaft ausgesprochen hat.

(Beifall bei der FDP)

Seit gestern haben wir für unsere Position eine tolle Unterstützung,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

nämlich die Handelskammer, und darin sind immerhin 160 000 kleine, mittlere und große Unter-

nehmen mit etwa 850 000 Beschäftigten. Die Handelskammer hat gestern ein sorgfältig ausgearbeitetes Positionspapier vorgelegt

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ganz sorgfältig!)

und veröffentlicht. Die klare Botschaft dieses Positionspapiers lautet: Hände weg von einer Privatisierung der Energieversorgungsnetze, ganz gleich, ob vollständig oder mit einer 25-prozentigen Beteiligung an einer Netzbetriebsgesellschaft.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Begründung ist so einfach wie überzeugend.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, sie ist einfach!)

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass durch die Beteiligung der Stadt an den Energienetzen in Hamburg der Klimaschutz, die Verbraucherpreise oder die Versorgungssicherheit verbessert werden können.

(Beifall bei der FDP – *Matthias Albrecht SPD*: Aber mehr Transparenz!)

– Zum Thema Transparenz kommen wir auch noch, Herr Kollege.

Wir haben die Befürworter einer Verstaatlichung der Netze in der letzten Bürgerschaftssitzung aufgefordert, den Bürgern reinen Wein über die Folgekosten der Verstaatlichung der Netze einzuschenken, denn die Entschädigungsleistungen an die derzeitigen Betreiber ist nur die Hälfte der Wahrheit. Bereits hier sprechen wir von 1 bis 2 Milliarden Euro.

Wir haben konkret gefragt, was passiert, wenn die Stadt die Netze übernommen hat, wer dann die Kosten für den Ausbau und die Modernisierung der Netze oder für Elektromobilität trägt. Wie berechtigt diese Fragen waren, zeigt sich an der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Kollegen der CDU-Fraktion. Auf die Frage, welche klimapolitischen Ziele denn mit der Verstaatlichung der Netze verfolgt werden sollten, antwortet der Senat, dass es erstens der dezentrale Aus- und Umbau der Netze, zweitens die Steigerung der Netzeffizienz und Verfügbarkeit der Netze und drittens die Rahmensetzung für Energieerzeugungsanlagen oberhalb der gesetzlichen Mindeststandards seien. Aber welche technischen Maßnahmen für den Aus- und Umbau der verstaatlichten Netze oder die Steigerung der Effizienz und der Verfügbarkeit der verstaatlichten Netze notwendig sind, wie hoch der Investitions- und Finanzierungsbedarf für diese Maßnahmen ist oder wer diese Investitionen zahlen soll – die Stadt, ein städtisches Unternehmen oder die Kunden über die Strom- und Gasstarife –, darüber finden Sie in der Antwort des Senats kein Sterbenswörtchen.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Überhaupt schweigt sich der Senat über diese Frage aus. Wir gehen davon aus, dass auf den Netzbetreiber mindestens ein dreistelliger Millionenbetrag zukommen wird. Wer daher einer Verstaatlichung der Netze das Wort redet, ohne vorher den sich daraus ergebenden Investitions- und Finanzbedarf sauber zu klären, begibt sich auf einen finanzpolitischen Blindflug.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Meine Damen und Herren! Überhaupt lässt das Kommunikationsverhalten des Senats gegenüber dem Parlament mehr als zu wünschen übrig.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das stimmt!)

Über die Verhandlungen mit den Netzbetreibern und seinen eigenen Meinungsbildungsprozess verweigert der Senat in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU schlicht die Aussage. Begründung ist – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –, dass eine parlamentarische Debatte zu der politisch und wirtschaftlich bedeutsamen und sensiblen Netzproblematik die Unbefangenheit der weiteren Gespräche gefährden würde; so ein Unfug. Es liegt doch im ureigensten Interesse der derzeitigen Netzbetreiber, die Meinung des Parlaments zu kennen, bevor es zu weitreichenden Vereinbarungen kommt. Wir halten das in Wahrheit nur für einen Vorwand des Senats und den Hochmut der absoluten SPD-Mehrheit gegenüber der Opposition. Aber Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Genauso intransparent wie das Kommunikationsverhalten des Senats sind die Verhältnisse bei HAMBURG ENERGIE. Warum eigentlich hat man ein Unternehmen, das man zu den neuen Stadtwerken machen will, nicht als direktes Tochterunternehmen, sondern als Urenkel-Gesellschaft konzipiert und gegründet, nämlich unterhalb der HGV und von HAMBURG WASSER? Warum werden mögliche Geschäftsbereiche aus dem unmittelbaren Geschäftsgegenstand von HAMBURG ENERGIE auf ein Geflecht von Beteiligungsgesellschaften ausgelagert? Warum sitzen im Aufsichtsrat von HAMBURG ENERGIE, anders als bei anderen städtischen Unternehmen, ausschließlich städtische Bedienstete? Und schließlich: Warum kommt HAMBURG ENERGIE seinen gesetzlichen Offenlegungsverpflichtungen nach Paragraph 325 HGB nicht pünktlich nach, so, wie sie für jede noch so kleine GmbH gelten? Es gibt Fragen über Fragen, aber Transparenz sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Eines ist aber klar: Das Geschäftsmodell, die Energieversorgung der städtischen Abnahmestellen – etwa 2200 allein im Bereich der Gasversorgung – unter Ausschluss von Wettbewerb nach Gutsherrenart auf HAMBURG ENERGIE zu übertragen, ist spätestens seit der Entscheidung des

Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 14. Dezember 2010 mausetot. Was sagt das OLG? Es sei schlicht wettbewerbswidrig und damit rechtswidrig. So hat die Vergabekammer entschieden. Das ist kein Ruhmesblatt für ein öffentliches Unternehmen.

Und ein neues Geschäftsmodell ist nicht in Sicht. Bei mehr als 100 Stromanbietern, darunter viele Ökostromanbieter wie Greenpeace Energy oder LichtBlick, besteht nämlich überhaupt kein Bedarf, diesen auch noch einen 101. städtischen Anbieter hinzuzufügen,

(Beifall bei der FDP)

ganz abgesehen davon, dass dieser im Hinblick auf seine gegenwärtige Kundenzahl – Frau Schaal, die ist nämlich dürftig – und die Produktionsmenge ohne Dauersubvention ohnehin kaum überlebensfähig sein dürfte. Frau Schaal, schauen Sie sich in diesem Zusammenhang den Jahresabschluss von HAMBURG ENERGIE zum 31. Dezember 2010 vielleicht einmal etwas sorgfältiger an. HAMBURG ENERGIE ist danach – und das immerhin als städtisches Beteiligungsunternehmen – bilanziell überschuldet und wird nur durch ein Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt vor der Insolvenz bewahrt. Ein privates, mittelstädtisches Unternehmen ohne eine entsprechende öffentliche Unterstützung hätte längst den Weg zum Insolvenzverwalter antreten müssen. Die Zeche zahlen die Kunden von HAMBURG WASSER mit über 6 Prozent Preissteigerung nach vielen Jahren der Preisstabilität und die Hamburger Steuerzahler durch eine Vielzahl von Quersubventionierung.

(*Jens Kerstan GAL*: Soviel zur Wirtschaftskompetenz der FDP!)

Wir meinen daher, dass das schwarz-grüne Projekt HAMBURG ENERGIE möglichst schnell beendet werden sollte, bevor weiter Geld der Hamburger Wasserkunden und der Hamburger Steuerzahler verbrannt wird – je eher, desto besser.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Entsprechende Änderungsanträge zum SPD-Antrag haben wir zur Abstimmung gestellt. Werden diese angenommen, werden wir dem SPD-Antrag zustimmen, anderenfalls nicht. Den Änderungsantrag der LINKEN werden wir ablehnen,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das ist ja erstaunlich!)

und zwar aus zwei Gründen: Zum einen sind die Bekanntmachungspflichten ohnehin in Paragraph 46 Absatz 3 Energiewirtschaftsgesetz gesetzlich normiert. Überflüssige Beschlüsse sollte die Bürgerschaft nicht fassen. Und zum anderen, vielleicht das wichtigere Argument, nehmen wir die Volksgesetzgebung ernst, und das bedeutet auch, über das Vorgehen hinsichtlich der Netzverträge erst

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

dann zu entscheiden, wenn das Ergebnis des Volksentscheids bekannt ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für DIE LINKE ist der Dreh- und Angelpunkt der Energiewende, dass die Abhängigkeit von den großen vier Energiekonzernen abgebaut wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört die Verfügbarkeit über die Netze. Fast auf den Tag genau vor zwei Monaten endete das Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Netze in Hamburg erfolgreich mit insgesamt 116 197 Unterschriften. Am 2. August, also sechs Wochen danach, habe ich in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage gefragt – ich zitiere –:

"Beabsichtigt der Senat angesichts des erfolgreichen Volksbegehrens, Verhandlungen mit der Volksinitiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" aufzunehmen?"

Die Antwort:

"Der Senat hat sich hiermit noch nicht befasst."

Und das geschah sechs Wochen nach einem Volksbegehren.

Im Arbeitsprogramm des Senats kann man nachlesen, dass der Senat den Erwerb einer strategischen Mehrheit von mindestens 25,1 Prozent an den Verteilnetzen für Gas, Strom und Fernwärme anstrebe, um Handlungsspielräume in der Energiepolitik zurückzugewinnen. Und am 23. März beschloss die Bürgerschaft auf Antrag der SPD-Fraktion, dass der Senat ersucht werde, ein Konzept für eine Beteiligung an den Verteilnetzen für Strom, Gas und Fernwärme zu erarbeiten.

Als ich vier Monate später nachfragte, wie der Senat angesichts des Erfolgs der Volksinitiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" jeweils die Übernahme von 25,1 Prozent, das Scholz-Modell, 50,1 Prozent, das Runde-Modell, 75,1 Prozent oder 100 Prozent des Anteils an den Strom- und Gasnetzen beurteilt, da war die Antwort, dass der Senat sich grundsätzlich nicht zu den Vorbereitungen seiner Entscheidungen äußere. Das muss er aber,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Nein, muss er nicht!)

vor allem dann, wenn es einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss gibt, und das noch auf Antrag der SPD-Fraktion.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir machen noch mal einen Grundkurs in Verfassungsrecht!)

Das Parlament wird heute die Feststellung des Senats über das Zustandekommen des Volksbegehrens "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" an die zuständigen Ausschüsse überweisen. Bis zum 15. Dezember dieses Jahres muss die Bürgerschaft entscheiden, wie sie sich zu diesem artikulierten Bürgerwillen nach Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze in der Stadt verhalten will. Wir meinen, auch der Senat muss mehr tun, als dem Parlament die Drucksache 20/1064 zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Arbeitsprogramm des Senats ist explizit ausgeführt, dass er zügige Verhandlungen mit Vattenfall und E.ON aufnehmen wolle. Dafür hat er bereits eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe gebildet. Das ist zu wenig und vor allen Dingen ist es zu einseitig; Herr Kerstan hat darauf hingewiesen. Die Rechte der direkten Demokratie stehen nicht nur auf dem Papier, sie müssen auch in der täglichen Politik respektiert und praktiziert werden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sagen Sie uns eine Sache, die verletzt ist!)

Mir ist bei der Rede von Frau Dr. Schaal aufgefallen, dass Sie, wenn Sie von direkter Demokratie reden, immer nur vom Volksentscheid reden. Auch das Volksbegehren ist schon ein Instrument der direkten Demokratie, und deshalb muss dringend mit der Initiative gesprochen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Gestern habe ich mich extra noch einmal vergewissert, ich habe bei der Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" angerufen und erfahren, dass der Senat bis heute keinen Kontakt aufgenommen hat. Das halten wir für einen Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Ich mache dies zwar nicht häufig, aber da lobe ich mir doch die Vorgängerregierung von Schwarz-Grün, die gleich nach dem erfolgreichen Volksbegehren von "Wir wollen lernen!" Kontakte aufgenommen und versucht hat, einen Kompromiss zu finden. Davon können Sie noch lernen, liebe SPD.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Heute legt nun die SPD, die Regierungspartei, einen dreieinhalb Seiten langen Antrag mit 23 Punkten vor.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist ja zu viel für Sie!)

(Dora Heyenn)

– Ich kann lesen, Herr Kienscherf. Sie müssen ein bisschen vorsichtig sein mit Ihren Zwischenrufen.

In diesen 23 Punkten auf den dreieinhalb Seiten kommen Begriffe wie Volksbegehren, Volksinitiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" und Konzessionsverträge überhaupt nicht vor und das acht Wochen nach der Bekanntgabe. Dieser Antrag ist deshalb für mich und für uns der größtmögliche Eiertanz, um eine Stellungnahme zum Volksbegehren zu vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das beste Beispiel ist Punkt 19, den Herr Kerstan schon angesprochen hat. Hier geht es um die Weiterentwicklung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze. Ich will das nicht wiederholen, Sie haben es schon zitiert. Ich beurteile das aber anders als Sie, denn wenn man sich den Punkt 19 ansieht, dann stellt man auch fest, dass die Sozialdemokraten sich um eine Frage herumdrücken, nämlich wer denn die Energienetze ausbauen soll. Und darum geht es uns.

(*Andy Grote SPD: Hat DIE LINKE auch noch eine Meinung jenseits des Volksbegehrens?*)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist für uns ein einziges Ablenkungsmanöver von der Frage, wie man es mit den Netzen hält und der Initiative. Deshalb werden wir uns bei all Ihren Punkten enthalten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja eine wegweisende Entscheidung!*)

Wenn Sie es ernst meinten mit Ihrem Antrag, dann würden Sie die Angelegenheit, was GAL, FDP und auch wir befürworten würden, an den Umweltausschuss überweisen. Dann kann man über die einzelnen Punkte diskutieren. Aber 23 Punkte vorzulegen und zu sagen, dass man abstimmen sollte oder es lassen soll, zeigt ganz deutlich, dass es nichts anderes als ein Placebo für die Stadt ist, dass die SPD sich um die Energie kümmere.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Wir beantragen, dass so schnell wie möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 2011, vom Senat bekannt gegeben wird, dass die Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsnetz beendet werden. Und wir wollen, dass das Thema Rekommunalisierung der Energienetze vorangebracht wird. Erst nach Bekanntgabe müssen Vattenfall und E.ON Umfang und Zustand der Netze offen legen. Wenn Ihnen drei Jahre vor Ablauf zu früh sind, Frau Dr. Schaal, dann können Sie doch einen Zusatzantrag auf zwei Jahre vor Antragsablauf stellen. Aber in der Stadt ist natürlich das Gefühl und das Misstrauen gegenüber den Sozialdemokraten, dass das gar nicht gewollt wird. Wir gehen davon aus, dass die Bekanntgabe in den dafür vorgesehenen Medien so formuliert wird, dass sie

für alle infrage kommenden Interessenten offen ist, und das ist leider nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Zum Beispiel bei der öffentlichen Ausschreibung zur Stromversorgung der städtischen Abnahmestellen wurde von der BSU als Ausschlusskriterium angegeben, dass die Vorlage von drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gefordert werde, und das wohlwissend, dass HAMBURG ENERGIE erst zwei Jahre besteht. Trotzdem haben Sie HAMBURG ENERGIE ins Rennen geschickt und selbstverständlich hat Vattenfall den Zuschlag bekommen – welch ein Wunder. Dann ist es immer nur noch eine Pro-forma-Ausschreibung und das sieht auch die SPD in Eimsbüttel. Sie haben in einem Antrag, der auf dem Landesparteitag verhandelt werden soll, gesagt, soweit es zu einer Auswahlentscheidung unter mehreren Bewerbern komme, hätte die dafür zuständige Behörde Kriterien vorzulegen und ein Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot zu machen. Und wir glauben, dass dies nicht gewährleistet ist.

In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage acht Wochen nach dem erfolgreichen Volksbegehren habe ich gefragt, inwieweit es denn gewährleistet sei, dass der Senat vor Durchführung eines Volksentscheids keine Fakten schaffe, die dem Ziel der Volksinitiative, nämlich die vollständige Rücknahme der Energienetze in die öffentliche Hand, zuwiderlaufen. In der Antwort stand, man solle sich die Antwort auf die Punkte 3 bis 4d ansehen. Und dort steht, dass der Senat sich grundsätzlich nicht zu den Vorbereitungen seiner Entscheidungen äußere; das kennen wir schon.

Wir lesen zwischen den Zeilen, dass es keineswegs gewährleistet ist, dass der Senat nicht vorher Fakten schafft. Es ist schon mehrfach betont worden, dass die Gespräche mit Vattenfall und E.ON laufen und nicht mit der Volksinitiative. Das sieht auch die SPD in Eimsbüttel-Nord so. Sie hat nämlich für den Landesparteitag beantragt, dass in den zurzeit laufenden Vorgesprächen zwischen Senat und Altversorgern keine verbindlichen Vereinbarungen getroffen werden dürften, die einen dem Volksbegehren eventuell nachfolgenden Volksentscheid ins Leere laufen ließen, und dass die Verträge nicht vorzeitig verlängert werden dürften. Deshalb bitten wir die Bürgerschaft zu beschließen, den Senat aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass keine vorzeitige Verlängerung der Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsnetz sowie das Fernwärmenetz erfolgt.

Nun legt die Handelskammer pünktlich zur heutigen Debatte ein Papier vor. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Analyse, wie es auf dem Deckblatt steht. Aus meiner Sicht ist es ein Pamphlet aus einer Mischung von Daten, Vermutungen, falschen Behauptungen und Meinungsmache, die mit der Angst der Menschen spielt. Es handelt sich – das hat die FDP noch einmal bestätigt – um

(Dora Heyenn)

einen konzertierten, neoliberalen Angriff auf den Gestaltungsspielraum der Politik.

(Beifall bei *Jens Kerstan GAL*)

Die Handelskammer Hamburg nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der Hamburger Unternehmen zu vertreten. Das tut die Handelskammer Hamburg aber nur sehr bedingt. Es gibt nämlich nicht in allen Fällen ein Gesamtinteresse von Vattenfall und Kioskbesitzern, die alle in der Handelskammer Zwangsmitglieder sind. Was dem einen hilft, schadet dem anderen. Ein Verbleib der Energienetze in privater Hand oder ein Kohlekraftwerk mögen nützlich sein für Unternehmen wie Vattenfall, RWE oder E.ON, aber nicht unbedingt für alle Mitglieder der Handelskammer.

In seiner Bewertung – damit komme ich zum Schluss – vermischt Herr Schmidt-Trenz ständig Energieversorgung und die Nutzungsrechte für Netze. Problematisch wird es, wenn er ständig von Wettbewerb redet – was Sie von der FDP auch so gern machen –, denn eine Konzession bedeutet gerade den Ausschluss von Wettbewerb und die Erteilung eines Netzmonopols und das für 20 Jahre; das ist kein Wettbewerb.

Helmut Schmidt schrieb in einer Kolumne in der "Zeit" mit dem Titel "Schluss mit dem Schwachsinn": Nehmen wir alle diese Zwangsmitgliedschaften in Industrie- und Handelskammern. Obendrüber thront der Deutsche Industrie- und Handelstag und macht große Wirtschaftspolitik und große Steuerpolitik und das alles im Namen derjenigen, die Zwangsmitglieder seiner Kammern sind. Und er sagt zum Schluss: Das ist die Fortsetzung des Mittelalters.

Das werden sich die Mitglieder der Handelskammer Hamburg auch nicht gefallen lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Die rote Karte! – Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Im Bereich von 160 000!*)

Ich hatte heute bereits drei Anrufe von Zwangsmitgliedern der Handelskammer Hamburg, die mir mitteilen wollten – sie kommen nicht aus der Volksinitiative, es sind Zwangs-Mitglieder der Handelskammer –, dass Herr Schmidt-Trenz, der Hauptgeschäftsführer, und die Handelskammer in Sachen Rekommunalisierung nicht in ihrem Namen sprechen. Ich vermute, dass es in den nächsten Tagen noch viel mehr werden.

Bis zum Volksentscheid hat der Senat die Gestaltung darüber noch in der Hand, wie er mit der Initiative und dem Volksbegehren umgeht. Wir können nur sagen: Nutzen Sie die Zeit, Herr Bürgermeister, und fangen Sie endlich Gespräche an.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Heyenn, auch Helmut Schmidt hätte ich ermahnt, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren. – Das Wort bekommt Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute eine energiepolitische Diskussion führen,

(*Dora Heyenn DIE LINKE und Christiane Schneider DIE LINKE: Nur zu!*)

die in die Zukunft schaut und nicht, wie in jeder Bürgerschaftssitzung der letzten Wochen, das Thema Netze zum Inhalt hat.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Ist das keine Zukunft?*)

Die Themen sind ausdiskutiert. Sie wiederholen Ihre Position und Sie kennen unsere Position. Wenn Sie sich nämlich den beschlossenen Antrag der SPD-Fraktion aus dem Frühjahr genauer anschauen würden, dann würden Sie wissen, was wir denken und wie wir uns auf den Weg machen im Bereich der Netze.

Herr Kluth – Frau Heyenn hat eben die Handelskammer noch einmal zitiert –, dass Sie nie wollten, dass eine städtische Beteiligung bei den Netzen stattfindet, ist bekannt. Insoweit hätte ich mich tatsächlich gefreut, wenn man sich mit der Großen Anfrage der CDU und den Antworten auseinandergesetzt hätte, Herr Kerstan. Da standen nämlich viele Punkte, die auch im Antrag der SPD-Bürgerchaftsfraktion noch einmal aufgegriffen werden, und dieser Antrag kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben – Frau Stöver hat es erwähnt – eine energiepolitische Wende gehabt. Es ist schön, dass Schwarz-Grün das zu Ende führt, aber im vergangenen Jahr hatten wir auch schon eine energiepolitische Wende unter Schwarz-Grün, und das war eine andere Wende, die voll in die Atomkraft hineingelaufen wäre.

(Zurufe von der CDU)

Insofern ist es schön, dass viele Bundesländer die Denkwende der schwarz-grünen Regierung nach dem tragischen Ereignis in Fukushima unterstützt haben.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Kriegen Sie da was durcheinander, Frau Senatorin?*)

– Ja, schwarz-gelb. Aber ich weiß, dass Sie gern mit Grün zusammengearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Und was meinten Sie jetzt?*)

(Senatorin Jutta Blankau)

Wir sind hier auf einem guten Weg. Im Frühjahr habe ich, bezogen auf die bevorstehende Energiewende, die gesetzlich doch sehr rasant abgeschlossen worden ist, sehr deutlich gemacht, dass wir dann ein neues energiepolitisches Konzept nicht nur für den Bund, sondern auch für das Land brauchen, und die Zeit ist jetzt gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Forderungen im Antrag der SPD-Fraktion werden von uns in der Entwicklung des energiepolitischen Konzepts für Hamburg berücksichtigt und viele Anregungen werden geprüft, inwieweit wir sie umsetzen können. Herr Kerstan, es wird viele Veränderungen geben,

(Jens Kerstan GAL: Das passiert doch alle Stunden!)

weil es uns insbesondere darum geht, aus den politischen Entscheidungen heraus, die jetzt erfolgen, auch Veränderungen herbeizuführen. Wo wir Schwächen erkennen, wollen wir jetzt auch Stärken herausarbeiten. Frau Schaal hat beispielsweise Hamea und die Funktionen, die Hamea als Energieagentur übernehmen könnte, dargestellt. Es geht darum, Menschen zu beraten und zu sehen, mit welchen Institutionen man es gemeinsam machen kann, und nicht darum, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Richtig!*)

Es geht auch darum, beispielsweise Unternehmen für Ressourcenschutz auszubauen, weil das erfolgreiche Programme sind bei der CO₂-Reduktion.

(Jens Kerstan GAL: Das ist doch alles alter Käse!)

– Ihr alter Käse vielleicht nicht, vielleicht ist es unser alter Käse, aber der wird uns weiterbringen.

Jetzt gilt es für uns festzustellen, wie wir zu dieser Energiewende kommen, und da will ich Ihnen ein paar Punkte benennen, auf die es uns vor allen Dingen ankommt. Dann wird auch der Unterschied, den Sie, Herr Kerstan, immer einfordern, auch in den Ausschüssen deutlich. Es geht darum, klare Ziele zu formulieren, um die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, die die Energiewende nachhaltig gestalten lassen. Das bedeutet, dass wir sowohl die umweltpolitischen als auch die ökonomischen und sozialen Aspekte im Blick behalten müssen. Das ist nämlich die Herausforderung von Nachhaltigkeit, alle drei Bausteine sind Bestandteil der Nachhaltigkeitsdebatte.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus müssen wir die Energiewende konkret voranbringen und den Umstieg auf erneuerbare Energien fördern. Wir brauchen mehr Flexibilität bei der Wärmeversorgung, wir brauchen Speichertechnologien und wir müssen die energetische Sa-

nierung von Gebäuden weiter vorantreiben. Natürlich arbeiten wir am Masterplan Klimaschutz, der im nächsten Jahr in der Bürgerschaft auch eine wesentliche Rolle spielen wird und über den wir dann zu diskutieren haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte diese Gelegenheit noch einmal nutzen, um deutlich zu sagen, dass ich beim Klimaschutz und bei der Energiewende immer im Auge behalten werde, dass wir Steuergelder, die die Hamburgerinnen und Hamburger aufbringen, mit Bedacht, Augenmaß und Effizienz einsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Klimapolitische, teure Prestigeveranstaltungen, die vielleicht Zeitungsseiten füllen, aber keine Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß haben, gehören der Vergangenheit an.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!* – *Jens Kerstan GAL: Was meinen Sie denn damit?*)

Es geht nicht nur darum, die Umweltfragen im Blick zu haben, sondern auch die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Energiewende mitzudenken; das tun wir. Es geht auch um Beschäftigung, im Übrigen auch bei der Frage der Netze, und um Sozialstandards. Es geht um bezahlbare Energiepreise und es geht vor allem

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

auch darum, Hamburg zur norddeutschen Hauptstadt der erneuerbaren Energien zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns Gedanken über unsere energiepolitischen Ziele machen und dazu haben wir mit dem Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion einen guten Aufschlag vorliegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein paar Punkte möchte ich doch noch ansprechen, weil uns natürlich das Thema Netze beschäftigt. Ich freue mich, Frau Heyenn, dass Sie unsere Parteitagsanträge so genau lesen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Macht ja sonst keiner!)

Aber es wäre gut, wenn Sie schon zu allem Möglichen eine genaue Position haben, wenn Sie sich dann bei unserem Antrag nicht enthalten würden. Das zeigt nämlich, dass Sie nicht wirklich bereit sind, sich für die Energiewende einzusetzen und

(Dr. Andreas Dressel)

sich politisch zu positionieren, wenn wir etwas vorgelegt haben. Sie müssten sich schon klar dazu bekennen, was Sie davon wollen und was nicht.

(Beifall bei der SPD)

An die Adresse der FDP und auch der CDU: Ich glaube, es wäre an der Zeit, dass Sie noch einmal Ihre Positionen überdenken, denn das Volksbegehren – das muss man auch anerkennen – hat 116 000 Unterschriften zustande bekommen. Wir haben jetzt einen bestimmten Weg vorgeschlagen, wie wir damit politisch umgehen wollen – darüber wird gleich noch zu sprechen sein –, aber der Weg ist Ihnen auch bekannt. Was man angesichts dieser Botschaft sehr klar festhalten kann, ist, dass die Variante, in der Hamburg sich ganz heraushält, definitiv politisch nicht durchkommen wird in der Stadt. Das heißt, Sie müssten eigentlich hinterfragen, ob die Variante ist, dass das die anderen machen sollen, dass Hamburg sich da heraushält und wir bei der Energiepolitik keinen Fuß in die Tür bekommen wollen. Diese Variante ist demokratisch in dieser Stadt nicht gewollt und wir müssen hier über einen anderen Weg nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

An den Kollegen Kerstan: Bei Ihrem Beitrag eben war wieder eine große Portion Verschwörungstheorie dabei, aber es ist doch gar nicht schlecht, dass es bei diesen Eckpunkten, die wir benannt haben, viele Dinge gibt, bei denen wir in der Zielsetzung politisch einer Meinung sind. Wir können zwar noch diskutieren, wann das wer schon einmal wie wo auch vertreten hat, aber dass wir in der Frage, wie wir die Energiewende weiter ausgestalten wollen, einen politischen Konsens haben, ist doch im Prinzip nicht schlecht. Das kann man an der Stelle weiterführen und muss das nicht in Zweifel ziehen.

(Jens Kerstan GAL: Das haben wir auch nicht gesagt!)

Es geht jetzt um die Frage, wie man bestimmte Instrumente ausgestaltet und welche Wege man in der Umsetzung geht, aber dass man in der Zielsetzung einer Meinung ist, das ist richtig. Und deshalb stellt sich jetzt die Frage, wie man weiter vorgeht. Da haben Sie gesagt – diese Litanei kommt auch immer von der LINKEN –, wir sollten doch nicht mit den Atomkonzernen reden, sondern mit der Volksinitiative.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist auch richtig!)

Wir haben während des gesamten Verfahrens auch mit der Initiative geredet, und zwar als Politik, als Partei, als Fraktion schon vor Erstellung unseres Konzepts. Während der Volksinitiative und auch jetzt während des Verfahrens war man miteinander im Gespräch; ich habe mit Herrn Braasch gerade am letzten Montag gesprochen. Die Frage

ist nur, ob es um Gespräche oder um Verhandlungen geht.

(Jens Kerstan GAL: Genau!)

Es ist richtig, dass man, wenn man viele politische Zielsetzungen sogar miteinander teilt, dann auch miteinander sprechen und Argumente austauschen muss. Die Frage ist, ob für Verhandlungen ein vernünftiger realer Raum da ist, und den sehen wir nicht, weil zwischen der Minderheitsbeteiligung mit den ganzen Zusatzoptionen, die wir benannt haben, und einer Mehrheitsbeteiligung beziehungsweise einem Komplettkauf nicht wirklich ein Kompromiss sichtbar ist. Das ist ein Unterschied und deswegen sind wir mit allen Beteiligten im energiepolitischen Dialog, aber für Verhandlungen auf der Grundlage sehen wir keinen Raum. Das ist auch eine vernünftige Position, die man dazu einnehmen kann.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch, dass wir uns selbstverständlich buchstabengetreu an die Regeln unserer Volksgesetzgebung halten. Hier schwingt immer so mit, wir wollten das aushebeln und hintergehen; nichts davon wird passieren. Frau Schaal hat es schon benannt: Das geht jetzt in den Ausschuss, wir werden die Anhörung durchführen und den Faktencheck dazu machen und da wird sich die Initiative auch noch einige Fragen zu den Kosten und der Finanzierung gefallen lassen müssen; das gehört im Moment dazu. Über die Frage der Finanzierung haben Sie natürlich nichts gesagt, obwohl das aktuell die Kardinalfrage ist. Diese ganzen Diskussionen und Fragestellungen wird man angehen. Und was nachher den Volksentscheid betrifft, haben wir eine ganz wichtige Klarstellung des Bürgermeisters und des Senats bekommen, die wir als SPD-Fraktion noch einmal bekräftigt haben. Der Volksentscheid wird nicht ausgehebelt, sondern wir haben die Zusicherung gegeben, dass er nicht leerläuft und wir am Schluss die Situation haben werden, wenn nicht noch irgendetwas anderes passiert, eine Entscheidung zwischen dem Modell einer Minderheitsbeteiligung mit allen möglichen Zusatzoptionen, die Sie eigentlich kennen müssten, weil wir sie in der Bürgerschaft im März beschlossen haben, und der Variante eines Rückkaufs von 100 Prozent zu treffen. Das ist eine transparente Entscheidung und diese Regelung wollen wir ganz konsequent umsetzen. Volksentscheide gelten, diese Zusage gilt, und darauf kann man sich an dieser Stelle verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Und es ist wirklich nicht in Ordnung, wenn Sie die demokratische Legitimation für diesen Weg in Zweifel ziehen, denn wir haben in unserem Wahlprogramm glasklar gesagt, dass wir diesen Weg beschreiten wollen, und diese demokratische Legi-

(Dr. Andreas Dressel)

timation von 48,4 Prozent kann man jetzt nicht wirklich in Zweifel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir machen, und das setzen wir jetzt auch Punkt für Punkt um.

Es wäre bei der Sache auch ganz hilfreich, wenn wir uns nicht nur über diese Prozente unterhalten würden, sondern wenn Sie gelegentlich einmal einen Blick in die Beschlusslage werfen, die wir im März dazu gemacht haben und die sich auf unsere politische Beschlusslage bezieht, was wir mit unserem Eckpunktepapier wollen. Darin stehen eben nicht nur die 25,1 Prozent, sondern darin steht die klare Vorgabe, dass jeder Partner die Ziele der Energiewende unterstützen muss – Frau Schaal hat es eben noch einmal gesagt –; das ist quasi auch politische Geschäftsgrundlage der Veranstaltung.

Dann wollen wir uns über einen Vertrag mit den jeweiligen Mitgesellschaftern, den es begleitend dazu geben soll, die Möglichkeit zusichern lassen, im Falle der Planung und Errichtung neuer Erzeugungsanlagen auf die eingesetzten Brennstoffe Einfluss zu nehmen, um künftig eine umwelt- und klimafreundliche Erzeugung von Energie durchsetzen zu können. Das steht exakt in unserer politischen Maßgabe drin; auch deswegen sollte man das nicht in Zweifel ziehen.

Auch das Thema Preisgestaltung und Transparenz ist ein Eckpunkt, den wir in das Pflichtenheft mit aufgenommen haben. Der entscheidende Punkt ist, weil immer gesagt wird, mit 25 Prozent könne man gar nichts machen, dass wir uns zusichern lassen wollen – es gibt auch bundesweit Vorbilder, wenn man sich das anschaut –, dass wir eine Mehrheitssituation in den Aufsichtsgremien erreichen. Das ist auch unsere politische Maßgabe und auch das haben wir so festgelegt. Insofern lesen Sie bitte die Anträge, die wir dazu als Bürgerschaft beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt zu den Kosten und Risiken, wozu Sie hier heute wieder einmal gar nichts gesagt haben. Die Stellungnahme der Handelskammer hat für die Kostenseite 2 Milliarden Euro genannt; das wollen wir jetzt nicht im Einzelnen nachvollziehen, aber es ist schon eine erhebliche Größenordnung. Dazu habe ich bisher von Ihrer Seite noch nichts gehört.

(Birgit Stöver CDU: Allgemein anerkannt!)

Da gibt es Überlegungen von Herrn Kerstan, man könne auf die Rücklagen der Stadtentwässerung zurückgreifen, die übrigens einmal von den Gebührenzahlern angelegt wurden. Die Gebührenzahler haben diese Rücklagen angelegt und da kann man nicht einfach sagen, mit dieser Kriegskasse könne man bestimmte energiepolitische Zielsetzungen

verfolgen. So einfach geht das nicht und deshalb wird es Zeit, dass Sie und die Partner, die Sie in der Volksinitiative haben, der Stadt an dieser Stelle reinen Wein einschenken, was das kostet und wer dafür die Zeche zahlen muss.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb baut unser Modell darauf auf – und das ist der entscheidende Unterschied –, eine Garantiedividende festzulegen in einem entsprechenden Vertrag, der sicherstellt, dass wir die Finanzierung eines solchen Anteilerwerbs auch völlig unabhängig von anderen Situationen darstellen können. Das ist der entscheidende Punkt und deshalb ist es richtig, die energiepolitischen Anliegen, die diese Stadt hat – das ist auch die Botschaft des Volksbegehrens –, ernst zu nehmen und aufzugreifen. Das wollen wir tun, aber wir müssen in einer Zeit, in der wir finanzpolitisch unter Druck stehen, bis 2020 die Schuldenbremse zu erfüllen, gemeinsam dafür sorgen, dass es machbar und finanzierbar ist. Das ist der Weg, den wir gehen wollen, und wir werden damit in der Stadt auch gut überzeugen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Punkt ist heute deutlich geworden. In der Tat brauchen wir über Inhalte mit der SPD anscheinend nicht mehr zu reden, denn Herr Dressel hat deutlich erklärt, man habe vor dem Volksbegehren mit den Initiatoren geredet, man habe während des Volksbegehrens mit ihnen geredet und warum solle man jetzt hinterher mit ihnen reden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir reden ständig mit der Initiative!)

Auf die SPD macht es inhaltlich anscheinend überhaupt keinen Eindruck, dass 116 000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt – wohl wissend, dass die SPD nur eine Minderheit erwerben will – gesagt haben, dass sie das nicht wollen, sondern dass sie eine Mehrheitsbeteiligung haben wollen. Und da hilft Ihnen auch nicht der Verweis auf eine Wahl, die deutlich vor diesem Termin lag und bei der Sie beachtliche 48 Prozent für ein Gesamtprogramm bekommen haben. 116 000 Hamburgerinnen und Hamburger haben gesagt, dass sie Ihnen in diesem Punkt, auch wenn Sie die absolute Mehrheit haben, nicht folgen. Und was sagt die SPD dazu? Sie sagt, für sie sei direkte Demokratie wichtig, aber das interessiere sie nicht und man werde mit denen reden, aber nicht verhandeln. Das, meine Damen und Herren von der SPD, ist nicht Sinn und Zweck der direkten Demokratie, das ist eine Missachtung der direkten Demokratie.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann dürfte es ja nie Volksentscheide geben!)

Und es ist doch eine Botschaft dieser neuen SPD mit ihrer absoluten Mehrheit

(*Andy Grote SPD*: Das ist ein richtiges Trauma für Sie!)

an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu sagen: Was ihr denkt, das interessiert uns nicht, wozu sollen wir mit euch verhandeln? Weil es in der Verfassung steht, müssen wir notgedrungen mit euch reden, aber wir sagen euch vorher schon, dass dabei nichts herauskommen wird.

(*Jan Quast SPD*: Was ist denn demokratischer als abzustimmen?)

Aber mit denjenigen, die sich mit Zähnen und Klauen gegen die Energiewende wehren, die die Bundesregierung verklagen wollen, weil sie aus der Atomenergie aussteigen will,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ganz billige Rhetorik!)

die hier gegen die Stadt auf 2 Milliarden Euro Schadensersatz geklagt haben, weil sie europäisches Umweltrecht anwendet, werden wir verhandeln. Das ist Nichtbeachtung direkter Demokratie, das ist die Arroganz der Macht, die diese Stadt seit Jahrzehnten leidvoll erfahren hat.

(*Andy Grote SPD*: Wie oft wollen Sie das in den nächsten Jahren noch bemühen?)

Auch das ist etwas, was wir uns nicht gewünscht hätten nach der letzten Wahl. Deshalb ist es wohl sehr richtig, dass mit dieser SPD und diesem Bürgermeister eine inhaltliche Debatte nicht mehr notwendig ist, sondern dass wir jetzt über das Verfahren reden müssen.

Ich komme zum Schluss: Wenn Sie die direkte Demokratie nicht aushebeln wollen, dann können Sie gerne mit den Konzernen verhandeln. Aber wenn Sie den Vertrag abschließen und schon in Gang setzen und dann die Bürger dazu zwingen, das im Nachhinein wieder zurückzudrehen, dann ist das in der Tat eine ungleiche Situation, die nur das Ziel hat, den Willen der Bürgerinnen und Bürger auszuhelmen. Lassen Sie von solchen Trickereien die Finger im Sinne der Demokratie und der Akzeptanz von Politik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD*: Sagen Sie mal was zur Finanzierung!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Dressel, wenn die SPD tatsächlich eine neue Konzession für die Netze ausschreiben will, dann können Sie unserem ersten Punkt zustimmen. Und wenn die SPD tatsäch-

lich behauptet, sie wolle keine Fakten schaffen, bevor der Volksentscheid komme, dann können Sie auch ohne Probleme unserem Antrag zustimmen; das ist das Erste.

Zweitens zu den Finanzen: Sie treiben gemeinsam mit der Handelskammer, der FDP und der CDU die Preise in die Höhe. Als die Diskussion in dieser Stadt anging, wurde gesagt, dass die Netze 1 Milliarde Euro kosten, dann waren es 2 Milliarden Euro, jetzt sind einige schon bei 2,5 Milliarden Euro. Wir haben überhaupt noch keine Endschäftsregelung, der Umfang und der Zustand der Netze liegen nicht vor. Und wenn Sie sich das anschauen, dann brauchen E.ON und Vattenfall sie erst dann vorzulegen, wenn eine Bekanntgabe für eine Neuvergabe der Netze da ist. Keiner von Ihnen, der hier behauptet, es koste 2 Milliarden Euro und mehr, weiß, wie überhaupt der Zustand der Netze ist. Und die Frage, die dann geklärt werden muss, ist doch, ob man den Zeitwert oder den Ertragswert nimmt. Dann liegt man irgendwo zwischen 500 000 Euro und vielleicht 2 Milliarden Euro. Wir haben es im Verfassungsausschuss und im Umweltausschuss angesprochen und auch die Initiative hat immer wieder gesagt, dass diese Rekommunalisierung, so wie in anderen Ländern auch, umgesetzt werden kann, indem man ein städtisches Unternehmen gründet, das dann kreditär den Kauf der Netze finanziert und das durch die Erträge langsam wieder abbaut. Das ist nur eine Frage des Willens. Die Menschen in dieser Stadt wollen eine Rekommunalisierung,

(*Thomas Völsch SPD*: Sie wollen keine weiteren Schulden!)

also muss es auch eine geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde gerade oft von Volksgesetzgebung gesprochen und von dem Willen der Hamburger. Wir sollten doch daran denken, dass wir eine Volksgesetzgebung haben und die Bürgerinnen und Bürger letztendlich in einem Volksentscheid entscheiden. Es geht nicht darum, obwohl es sehr anschaulich ist, dass über 100 000 Hamburgerinnen und Hamburger ein Anliegen mit Unterschriften unterstützt haben. Wie Frau Heyenn davon auszugehen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger für ein Ziel sind, halte ich doch für sehr gewagt. Also sollten wir in dieser Stadt ideologiefrei über die Energiepolitik reden und diskutieren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das müssen Sie gerade sagen! Ausgerechnet!)

Es ist sehr wichtig, dass diese Entscheidung, die nicht nur finanziell sehr weitreichend ist, auch

(Dr. Kurt Duwe)

energiepolitisch in einer Diskussion in der Stadt geführt wird. Und auch, wenn es sehr beeindruckend ist, von 116 000 Unterschriften unterstützt zu sein, geht es hier nicht um einen Kompromiss zwischen vielleicht einer Minderheit und dem Senat. Wir müssen darauf achten, dass das Parlament auch dem Allgemeinwohl dient. Und diese Diskussion nach dem Motto, wir wissen sowieso besser, was für die Stadt richtig ist,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Vattenfall ja!)

ist für keine Partei und auch für keine Initiative gut zum Wohl dieser Stadt. Ich möchte daran appellieren, dass wir in dieser Diskussion doch demokratischer miteinander umgehen und nicht davon ausgehen, dass eine Initiative mit 116 000 Menschen die Meinung der Hamburger vertritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Silke Vogt-Deppe* und *Ekkehard Wysocki*, beide SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zur Drucksache 20/1229.

Wer möchte diesen Antrag und die Drucksache 20/1333 an den Umweltausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, hier zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/1348. Diesen möchte die FDP-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 5 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 6 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 6 abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/1333. Diesen möchte die Fraktion DIE LINKE ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffern 1 bis 3 des GAL-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 4 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/1229. Die GAL-Fraktion und die FDP-Fraktion haben hierzu ziffernweise Abstimmung beantragt, zunächst zu den Ziffern 1 bis 6 des SPD-Antrags aus Drucksache 20/1229.

Wer möchte diese annehmen? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern angenommen.

Wer möchte sich den Ziffern 7 bis 10 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 7 bis 10 angenommen.

Wer möchte den Ziffern 11 bis 13 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Ziffern einstimmig angenommen.

Wer möchte Ziffer 14 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 14 ist damit angenommen.

Wer stimmt den Ziffern 15 und 16 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Sie sind einstimmig angenommen.

Wer möchte Ziffer 17 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 17 angenommen.

Wer möchte sich den Ziffern 18 bis 23 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Ziffern einstimmig angenommen.

Des Weiteren stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/801 Kenntnis genommen hat.

Schließlich zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/1227. Die Fraktion DIE LINKE hat hierzu gemäß Paragraf 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Herr Hakverdi und Herr Wankum werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/1227 annehmen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen möchten, mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)¹

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle aufgerufen wor-

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

den sind und erkläre die Abstimmung für beendet. Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Die Sitzung ist so lange unterbrochen.

Unterbrechung: 18.27 Uhr

Wiederbeginn: 18.31 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Uns liegt ein Ergebnis der Abstimmungen vor.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/1227 gab es 22 Ja-Stimmen und 96 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 86 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/1220, Antrag der SPD-Fraktion: Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen
– Drs 20/1220 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/1310, 20/1331 und 20/1349 Anträge der Fraktion DIE LINKE, der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen
– Drs 20/1310 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Seniorenbeteiligung in Hamburg – Einführung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes
– Drs 20/1331 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Generationenfreundliches Hamburg: Seniorenmitwirkung in Hamburg stärken – Seniorenmitwirkungsgesetz schaffen
– Drs 20/1349 –]**

Alle vier Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Timmermann, bitte.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorinnen und Senioren auf Gesetzesniveau gebracht und damit die Verbindlichkeit der Seniorenmitwirkung in Ham-

burg erhöht und die Arbeit der Seniorenbeiräte gestärkt werden. Wir wollen damit die sehr gute und engagierte Arbeit der Bezirks- und Landesseniorenbeiräte auf eine verbindliche und rechtliche Grundlage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Schaffung eines solchen Gesetzes soll die Mitwirkung der älteren Generationen am gesellschaftlichen Leben nachhaltig gefördert werden. Seniorinnen und Senioren dürfen nicht länger primär als Hilfeempfänger wahrgenommen werden. Wir haben in Hamburg mehr als 430 000 Hamburgerinnen und Hamburger, die über 60 Jahre alt sind. Das ist eine wesentliche gesellschaftliche Gruppe von Menschen mit Fähigkeiten und Lebenserfahrung sowie Wissen, die wir für ein generationen- und altersfreundliches Hamburg nutzen sollten. Wir müssen Wege finden, wie wir noch mehr ältere Menschen für das bürgerliche Engagement in ihrem Wohn- und Lebensumfeld gewinnen können. Wir werden immer älter, und was das Gute dabei ist, bei zunehmend besserer Gesundheit.

Die bisherige Senatsanordnung zur Einrichtung von Seniorenvertretungen orientiert sich nicht mehr ausreichend an der Lebenswirklichkeit älterer Menschen in Hamburg und an der Bedeutung ihrer aktiven Teilhabe. Der demografische Wandel und die Veränderungen in unserer Gesellschaft müssen sich in diesem neuen Gesetz widerspiegeln. Wir folgen mit unserer Initiative Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, die die Seniorenbeteiligung schon in Gesetzesform gebracht haben. Erste Erfahrungen aus Berlin zeigen, dass die gesetzlichen Bestimmungen als eine politische Aufwertung des bürgerlichen Engagements gesehen werden und sich motivierend auf die Aktiven ausgewirkt haben.

Uns ist es sehr wichtig, einen breiten Diskussionsprozess zum Thema Partizipation mit der älteren Generation für ein generationsfreundliches Hamburg zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Grundlage der zurzeit gültigen Senatsanordnung, die 1980 unter Bürgermeister Hans-Ulrich Klose erfolgte, soll uns ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Wir haben in unserem Antrag einige Eckpunkte formuliert, die aus unserer Sicht im Gesetz Berücksichtigung finden müssen. Es muss geklärt werden, auf welche Weise die Partizipation der Beiräte gestärkt werden kann. Es muss darauf geachtet werden, dass die Vertreterinnen und Vertreter in den Beiräten die ältere Generation möglichst in ihrer Gesamtheit widerspiegeln. Die Repräsentanz beider Geschlechter und wichtiger Gesellschaftsgruppen sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die Gewerkschaften und Sportvereine, um nur einige zu nennen, müssen berücksichtigt werden. Der Dialog zwischen dem Landesseniorenbeirat, dem Senat und der Hamburgischen

(Karin Timmermann)

Bürgerschaft muss intensiviert und die Beratung in seniorenpolitischen Fragen weiter ausgebaut werden.

Mit der Übermittlung des jährlichen Tätigkeitsberichts des Landesseniorenbeirats an die Hamburgische Bürgerschaft kann gewährleistet werden, dass eine ausgiebige Beratung in den zuständigen Fachausschüssen stattfinden kann. Die Struktur der Beiräte auf Bezirks- und Landesebene soll vom Grundsatz her beibehalten werden. Es muss aber geprüft werden, ob die zurzeit gültigen Zugangsregelungen für die Beiräte noch zeitgemäß sind. Der heutige Trend, möglichst lange in der Wohnung und mit der Nachbarschaft alt zu werden, muss bei der Besetzung der Gremien eine Rolle spielen. Bei der Anhebung der Altersgrenze reflektieren wir die gängige Altersdefinition 60 Jahre.

Ich habe mich sehr gefreut, dass fast alle Fraktionen mit ihrem Antrag deutlich machen, dass sie sich für ein Seniorenmitwirkungsgesetz aussprechen. Von daher ist es ein sehr positives Signal, das wir an die richten, die sich heute schon in der Seniorenarbeit engagieren und mit diesen Themen auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dem Wunsch nach Überweisung an den Ausschuss möchten und können wir nicht entsprechen, und zwar vor dem Hintergrund, dass wir heute dem Senat den Auftrag geben werden und müssen, sich mit einer Gesetzesvorlage an die Bürgerschaft zu wenden. Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses haben wir dann die Möglichkeit, im Ausschuss die eine oder andere Frage, die in dem einen oder anderen Antrag noch aufgeworfen wird, mit zu berücksichtigen.

Ich möchte noch eine kurze Anmerkung machen. Im Antrag der LINKEN wird darauf hingewiesen, dass man in den Bezirksversammlungen auf die Mitwirkungsrechte in den Ausschüssen Einfluss nehmen sollte. Vielleicht ist es Ihnen nicht bekannt, aber es gibt mittlerweile in den Bezirksversammlungen und den Fachausschüssen die Möglichkeit der Redebeiträge und der Beteiligung und Beratung; von daher ist das gängige Praxis.

Ich möchte auch kurz darauf hinweisen, dass wir uns vorstellen können, in dem Moment, wo uns der Gesetzentwurf vorliegt, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Fachausschuss mit allen anderen betroffenen Gruppen diesen Gesetzentwurf zu diskutieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Prien, Sie haben das Wort.

Karin Prien CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich die Aufnahme parlamentarischer Beratungen zur Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen der Seniorenvertretungen in Hamburg auf Landes- und Bezirksebene. Dass wir nun endlich eine verbindliche Regelung brauchen, führt ein wenig am Thema vorbei, denn wir haben eine gesetzliche Regelung, wenn auch nicht auf Ebene des Landesgesetzes, sondern auf Ebene der Senatsanordnung.

Vielmehr muss es uns allen doch darum gehen, endlich dafür zu sorgen, dass es mehr aktive, unabhängige, parteipolitisch neutrale, aber vor allem eine breitere Teilhabe von älteren und alten Menschen am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu erreichen gilt. Dabei muss es darum gehen, eine größtmögliche demokratische Legitimation zu erreichen und eine bessere und zeitgemäßere Bestimmung der Seniorenbeiräte zu verwirklichen.

Was wir hingegen nicht befürworten – und das lässt der SPD-Antrag schon wieder vermuten –, ist die Schaffung neuer Gremien, in denen wieder geschlossene Verbände mit starkem Gemeinschafts- und Machtbewusstsein – mit anderen Worten, die Parteien und die Gewerkschaften – das Sagen haben. Solche Gremien haben wir in Hamburg genug.

(Beifall bei der CDU)

Gefragt hingegen wäre aus unserer Sicht ein stärker bürgerschaftlich ausgerichtetes Modell, das geprägt ist von Teilhabe und Engagementbereitschaft, das basisorientiert ist von unten nach oben, aber nicht ein weiteres Gremium, das von Parteien und Verbänden von oben durch Funktionäre dominiert wird.

Wir wollen daher eine offene, unvoreingenommene Debatte führen unter Beteiligung eines breiten Expertenkreises, aus unserer Sicht sinnvollerweise aus dem In- und Ausland. Man sollte überlegen, ob die von Ihnen angenommene Vorlage der so hochgelobten Modelle aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wirklich der richtige Weg für Hamburg ist. Frau Timmermann, da gibt es durchaus angebrachte Zweifel. Sie werden die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kennen, die mit dem Berliner Modell im November letzten Jahres recht hart ins Gericht gegangen ist. Ich finde es sehr bedenklich, dass Sie dieses Berliner Modell jetzt so loben, wo Ihre Kollegen von der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass dieses Modell nicht die Zielsetzung erreicht, die sich auch der Berliner Senat damals zum Ziel gesetzt hat.

Das Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt sehr deutlich, dass eine stärkere Beteiligung von Senioren mit diesem Teilhabe-Modell nicht zu erreichen ist. Eine Wahlbeteiligung bei den Senio-

(Karin Prien)

renbeiräten von unter 1 Prozent ist nicht das Ziel, das wir in Hamburg erreichen wollen.

(Karin Timmermann SPD: Das steht auch nicht drin!)

Deshalb kann ich Sie nur noch einmal auffordern, offen an die Beratung dieses Themas heranzugehen und sich nicht von vornherein auf das Gesetz Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns festzulegen

(Andy Grote SPD: Wir sind so offen, wie Sie nie wären!)

– Herr Grote, Sie hören jetzt auch besser einmal zu.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Das tue ich!)

Es geht hier darum, gerade die Dominanz der Parteien zu verhindern und eine Closed-Shop-Mentalität zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Unter diesem Gesichtspunkt würden wir uns zum Beispiel darüber freuen, auch einmal Kollegen und Kolleginnen oder Experten aus Dänemark zu befragen, die mit einem ganz anderen Modell an die Seniorenvertretungen herangehen und dort offensichtlich deutlich erfolgreicher sind.

(Karin Timmermann SPD: Österreich!)

– Österreich eben nicht, denn die machen genau das Funktionärsmodell, das Sie offensichtlich jetzt im Sinn haben.

Aus diesem Grunde halten wir nach wie vor eine Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuss für nicht nur sinnvoll, sondern geboten. Wir dürfen Sie bitten, unter diesem Gesichtspunkt noch einmal darüber nachzudenken, ob Ihre Haltung in diesem Punkt wirklich angemessen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva GümbeL: Frau Fegebank, Sie haben das Wort.

Katharina Fegebank GAL:* Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung angesprochen haben. Ich habe Sie Ihnen auch mitgebracht, Frau Timmermann.

(Karin Timmermann SPD: Ich kenne sie, ich habe sie gelesen!)

Ich denke auch, dass sie den Kolleginnen und Kollegen hier im Hause bekannt ist. Es ist in der Tat so, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung, eine SPD-parteinaher Stiftung, tatsächlich zu dem Ergebnis kommt, dass das Berliner Modell an der einen oder anderen Stelle wirklich noch verbessere-

rungswürdig ist. Das sollte man in den Beratungen, wenn es in die Gesetzesvorlage geht, auf jeden Fall mit berücksichtigen.

Von daher begrüßen wir es als GAL-Fraktion, und ich denke, da sind wir uns in diesem Hause einig, dass das, was an Senatsordnungen und an Gremien und Mitwirkungsmöglichkeiten besteht, auf eine gesetzliche Ebene gehoben wird. Wir müssen aber sehr genau darauf achten, dass es hier erstens nicht wieder zu Schein-Teilhabeverfahren kommt, dass es zweitens ausreichend Menschen gibt jenseits des parteipolitischen Spektrums, die bereit sind, sich zu engagieren, und dass sich drittens auch der Zuschnitt dessen, was eigentlich seniorengerechte Politik ist, in Zukunft wandelt, denn auch das Bild des Alters wandelt sich momentan extrem. Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch aktiver und fitter im Alter. Und eines möchte ich betonen: Es ist nicht so, dass es bisher nichts gegeben hat. Sie und Frau Prien haben selbst erwähnt, dass sowohl auf bezirklicher als auch auf Landesebene verschiedene Beiräte existieren.

Wir müssen unseren Respekt und unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass es diverse andere Möglichkeiten gibt für ältere Menschen, sich als freiwillige Helfer, als Ehrenamtler einzubringen, auch als Einzelperson. Das wird auch verstärkt genutzt und deshalb gibt es nicht nur eine Einbahnstraße über die Beteiligungsformen einer Seniorenmitwirkung auf gesetzlicher Ebene, sondern es gibt viele andere, vielfältige Möglichkeiten, sich hier einzubringen. Dies erfordert der demografische Wandel, die veränderte Altersstruktur und auch die Themen, die zunehmend wichtiger werden, wie zum Beispiel Altersarmut, Altersdiskriminierung, aber auch Lebensgestaltung im Alter.

Sehr wichtig sind die einzelnen Punkte, die auch von allen Fraktionen – ich habe ein bisschen schmunzeln müssen über die diversen Zusatzanträge, weil sie sich teilweise nur in Halbsätzen und einzelnen Wörtern unterscheiden – begrüßt werden, nämlich dass es eine größtmögliche demokratische Legitimation gibt und dass Migrantinnen und Migranten stärker berücksichtigt werden. Auch eine ausgewogene Mischung von Männern und Frauen ist wichtig und eine stärkere Beratung des Senat in seniorenpolitischen Fragen. Wichtig ist auch, dass die Überprüfungen der Aufwandsentschädigungen auf jeden Fall zu Buche schlagen, ebenso die Anhebung der Altersgrenze und dass es eine Evaluation gibt.

Angesichts der verschiedenen Impulse jedoch – da bin ich mit Frau Prien einer Meinung – finde ich es außerordentlich schade, dass wir diese Vorlage nicht an den Ausschuss überweisen, weil ich an der einen oder anderen Stelle eine unterschiedliche Stoßrichtung spüre, und auch vor dem Hintergrund dessen, was in Berlin falsch läuft. Ich glaube, dass aus jeder Partei ein entsprechender An-

(Katharina Fegebank)

satz kommen kann, um das Gesetz gemeinsam zu verbessern. Es legt ein bisschen die Vermutung nahe, dass man jetzt einen Schnellschuss machen will, um dann im nächsten Jahr zum Seniorentag in Hamburg mit einem Gesetz aufzuwarten. Hier sind etwas mehr Ruhe und vor allem auch etwas mehr Sorgfalt angebracht. Sie sehen doch, dass alle Fraktionen bereit sind, daran mitzuarbeiten, und ich finde es schade, dass uns da die Ausschussdebatte verlorengeht.

Frau Prien hatte es schon erwähnt: Die Legitimationsfrage ist wichtig und bedeutend. Man hat in Berlin älteren Menschen ab dem 60. Lebensjahr das aktive und passive Wahlrecht gegeben, aber die Beteiligung ist nicht nur bei Migranten gering, sondern bei allen anderen auch. 0,1 Prozent sind es in Charlottenburg und Wilmersdorf und die Spitze wird in Spandau erreicht mit 0,63 Prozent. Das ist wirklich sehr schwach. Wenn das das Resultat aus einer gesetzlichen Mitbestimmung ist für Seniorinnen und Senioren in Hamburg, dann haben wir nicht viel gewonnen. Das sind sicher kein Desinteresse und keine Lustlosigkeit, sondern fehlende Information und fehlende strukturelle Erwägungen, die jedoch wichtig sind. Daran müssen wir arbeiten und wir würden Ihnen das gern mit auf den Weg geben, wenn wir es schon nicht an den Ausschuss überweisen. Ich denke, dass die Erhöhung der Wahlbeteiligung erreicht werden könnte.

Ich nenne noch drei bis vier Punkte, bevor ich zum Schluss komme. Einmal sollte man es tatsächlich an Wahlen koppeln, seien es Bezirksversammlungswahlen, Europawahlen oder Bundestagswahlen, und hier möglicherweise auf Briefwahl setzen. Auch Abstimmungen im Internet wären denkbar. Man sollte auch Menschen, die keinen großen Geldbeutel haben, eine Möglichkeit geben, sich zu beteiligen, indem beispielsweise über die Erhöhung von Aufwandsentschädigungen oder Umstrukturierungen nachgedacht wird, damit diese Menschen nicht vollständig ausgeschlossen werden vom ehrenamtlichen Engagement.

Also Frau Timmermann, liebe SPD-Fraktion: keinen Schnellschuss, um zur Zielmarke fertig zu werden, sondern eine ausgewogene Debatte. Dann sind wir gern bereit, uns entsprechend einzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Karin Prien* und *Christoph de Vries*, beide CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es lohnt sich manchmal, genau zu lesen, was in so einem Antrag steht, und gerade die ersten Worte sind von Interesse. Das erste Wort ist "generationenfreundlich". Richtig, wir müssen generationenfreundlich

sein nicht nur bei Senioren, aber auch bei Senioren. Dann wird dieses Thema schon eingegrenzt. Im übernächsten Wort reduziert es sich schon auf "Seniorenmitwirkung". Das wird noch einmal eingegrenzt durch "Einrichtung von Seniorenvertretungen". Die Beteiligung von Senioren an der Gesellschaft ist ein wichtiges und riesiges Thema. Ich habe ein bisschen die Sorge, dass dieses Gesetz über Mitwirkung und Beteiligung auf die Gremien reduziert wird; das wäre schade.

Frau Timmermann hat ansatzweise richtig beschrieben, dass sich das Seniorenbild und das Leben von Senioren in den letzten Jahren deutlich geändert hat und noch ändern wird. Menschen sind mit 65 Jahren leistungsfähig. Wer uns sagt, mit 65 müsse man zwangsweise in Rente gehen, der liegt falsch. In meiner Praxis hat bis vor wenigen Jahren eine Dame gearbeitet, die kurz vor ihrem 70. Geburtstag in Rente ging.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Meine Kolleginnen gehen mit 60 in Rente, das ist doch Quatsch!)

Vom ersten bis zum letzten Tag hat sie hervorragende Leistungen gebracht. Wir sollten solche Menschen nicht ausgrenzen.

Das nächste Vorurteil lautet, dass Alte nicht mehr arbeiten und in Rente gehen wollten. Nein, schauen Sie sich einmal an, dass Hunderttausende, gerade Ältere, ehrenamtlich tätig sind; sie wollen also noch etwas arbeiten.

Das nächste Vorurteil ist, dass Ältere ein überholtes Wissen hätten. Stimmt, Facebook ist meistens nicht deren Thema. Aber gerade im Bereich der nicht-technischen Kommunikation sind Ältere manchmal besser als Jüngere. Sie sind noch daran gewöhnt, von Mensch zu Mensch zu reden und nicht, sich eine E-Mail zu schicken.

Das nächste Vorurteil: Ältere seien häufiger krank. Das stimmt nicht. In den letzten zwei, drei Lebensjahren ist das tatsächlich so, aber noch nicht mit 65.

Ein weiteres Vorurteil: Ältere seien politisch nicht interessiert. Dann schauen Sie sich einmal die Wahlbeteiligung an, nicht beim Berliner Modell, sondern bei den Wahlen. Ältere haben meistens eine viel größere Wahlbeteiligung als Jüngere.

Es ist ein kapitaler Fehler, Vorurteile gegenüber Senioren zu pflegen, denn die Welt ist ganz anders. Ältere sind heute leistungsfähig, sie wollen sich aktiv beteiligen und sie wollen auch selbst über sich entscheiden.

Das ist eigentlich der einzige Fehler am SPD-Antrag. Lesen Sie Punkt 2 des Petitums, Sätze 2 und 3. Das Petitum fängt gut an:

"Es sollte ein Verfahren mit größtmöglicher demokratischer Legitimation zur Bestim-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

mung der Mitglieder des Landesseniorenbeirats gefunden werden."

Gut so, aber dann kommen über zwei Sätze hinweg Einschränkungen und Bevormundungen. Es müssten Sportvereine dabei sein, es müssten Gewerkschafter dabei sein, die Migranten müssten auch berücksichtigt werden. Senioren, wie sie heute sind, wie ich sie vorhin beschrieben habe, brauchen solche Ratschläge nicht. Wenn Senioren Gewerkschafter im Beirat haben wollen, dann werden sie sie wählen. Wenn Senioren Mitglieder von Sportvereinen dabei haben wollen, dann werden sie sie wählen. Wenn Senioren Migranten haben wollen, dann werden sie sie wählen. Sie brauchen von keinem Gesetzgeber nahegelegt zu bekommen, wen sie wählen sollen.

Meine Damen und Herren! Das ist der Grund, warum wir die Sätze 2 und 3 in Punkt 2 des Petitions streichen lassen wollen.

(Beifall bei der FDP – *Christiane Schneider*
DIE LINKE: Von Diskriminierung haben Sie noch nie was gehört, nicht!)

Den Änderungsantrag der CDU werden wir ablehnen, da aus unserer Sicht der SPD-Antrag besser formuliert ist, wenn man die vorgeschlagene Änderung vornimmt. Der Änderungsantrag der LINKEN ist natürlich die Steigerung all dessen, was ich bei der SPD kritisiert habe. Sie wollen die Senioren erst recht bevormunden. Sie wollen zwangsweise Migranten vorsehen als Mitglieder der Beiräte und sie wollen die Bezirksversammlungen bevormunden, indem Senioren da ein Rederecht bekommen sollen.

Das ist wieder einmal das klassische Bild: Ältere sind schutzlos und hilflos und man muss für sie eine Bresche schlagen. Das haben Ältere nicht nötig und darum sind wir natürlich gegen den Antrag der LINKEN.

Zum Schluss ein Lob an die SPD und auch an die Links-Partei. Beide haben in ihrem Entwurf als letzten Punkt eine Evaluation nach fünf Jahren vorgesehen. Das findet den ausdrücklichen Beifall der FDP-Fraktion. Der einzige Fehler ist, dass das nicht nur in diesem Gesetz passieren sollte, sondern bei allen anderen Gesetzen auch. Evaluation nach fünf Jahren ist das Gebot der Stunde bei allen Gesetzen.

Ein letzter Punkt: Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, werden wir dem Gesamtantrag zustimmen, ansonsten würden wir wegen dieser grundsätzlichen Bedenken Ihren Antrag ablehnen. Wir können uns auch gern im Ausschuss darüber unterhalten, das sagten meine Vorredner ganz richtig. Nehmen Sie das Angebot offenbar aller Fraktionen an, konstruktiv mitzuarbeiten, und nutzen Sie nicht Ihre Mehrheit für einen Schnellschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Wir unterstützen das Anliegen der SPD-Fraktion, für Hamburg ein Seniorenmitwirkungsgesetz zu schaffen. Hamburg ist zwar vor allem durch den Zuzug jüngerer Menschen eine relativ junge Stadt im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere im Vergleich zu den neuen Bundesländern. Dennoch steigt auch in Hamburg der Anteil älterer Menschen; Frau Timmermann hat darauf hingewiesen. Die erfreulich längere Lebenserwartung stellt entsprechende Herausforderungen an die Politik beziehungsweise Politikgestaltung. Die Veränderungen der Alters- und Bevölkerungsstruktur haben nicht nur Auswirkungen auf die notwendige Infrastruktur zur Unterstützung und Pflege bei Hilfsbedürftigkeit. Notwendig ist, dass die Interessen und Belange älterer Menschen in allen Ressorts, auf Bezirks- und Landesebene, als Querschnittsaufgabe verstanden und verankert werden. Und hierzu müssen endlich gesetzliche Regelungen geschaffen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben einen Alternativantrag zur Drucksache 20/1220 vorgelegt, denn widersprüchlich sowohl im SPD-Antrag wie auch im Antrag der CDU ist, dass die Gesetze von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Vorbild sein sollen. Wenn Sie es sich tatsächlich angesehen hätten, dann wüssten Sie, dass es nicht möglich ist, sich an dem einen und gleichzeitig an dem anderen zu orientieren. Die demokratischen Rechte der Senioren und Seniorinnen von Berlin sind breiter gefasst und nicht, wie meine Vorredner dies zum Teil darstellten, enger. Mecklenburg-Vorpommern folgte dem Beispiel Berlins eben nicht, wie Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen der SPD-Fraktion, dies in Ihrer Antrags-einleitung beschreiben. So ergibt sich meine Frage zum Antrag, was die SPD eigentlich will, mehr oder weniger gesellschaftliche Teilhabe und Mitwirkungsrechte für Hamburger Senioren und Seniorinnen?

Mehr Mitwirkungsrechte bedeutet für die Fraktion DIE LINKE, dass Seniorenvertreter- und -vertreterinnen auf Bezirksebene an den Ausschüssen und den Bezirksversammlungen teilnehmen können und Rederecht erhalten und dass dies auch gesetzlich festgeschrieben wird.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Entschuldigung, Frau Artus. Könnten Sie vielleicht ein bisschen leiser sein und Ihre Gespräche abseits des Plenarsaals führen und der Red-

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

nerin zuhören? – Bitte, Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus (fortfahrend): – Danke schön, Frau Präsidentin.

Dann fehlt dem SPD-Antrag leider ein wirklich sehr wichtiges Signal, nämlich die festgeschriebene Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen. In Hamburg leben 515 000 Menschen mit Migrationshintergrund; das sind 28 Prozent. Wir möchten, wie dies in Punkt 2 unseres Alternativantrags zum Ausdruck kommt, dass die Teilhabe von Migranten und Migrantinnen verbindlich festgeschrieben wird, sehr geehrte Herren und Damen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Partizipations- und Integrationsgesetz, das Regelungen enthält, welche die Beteiligung von Seniorenvertretern- und -vertreterinnen mit Migrationshintergrund gesetzlich vorschreibt, wäre für Hamburg, das sich mit seiner Integrationspolitik noch auf Entwicklungshilfeniveau befindet, ein Riesenschritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem hat der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen sich mit dem fünften Bericht Deutschlands über die Umsetzung des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte befasst und Deutschland aufgefordert, Menschen mit Migrationshintergrund – ich zitiere –:

"[...] bei der Ausübung ihrer Rechte zu helfen."

Die Bundesregierung wurde sogar aufgefordert, in ihrem nächsten Bericht über die Arbeit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zu informieren. Daher muss die Bürgerschaft dies heute einfach mit beschließen, wenn sie es ernst meint mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz.

Der Links-Fraktion geht es noch um einen weiteren, sehr wichtigen Aspekt. Das Bild von älteren Menschen wird häufig über Defizite im Alter definiert. Auch dieses Bild können und müssen wir mit einem modernen Seniorenmitwirkungsgesetz ändern. Ältere Menschen besitzen Wissen und Lebenserfahrung, die von unschätzbarem Wert sind. Dies an die jüngere Generation weiterzugeben halten wir für ebenso unverzichtbar, wie das ehrenamtliche Engagement für die Weiterentwicklung einer Solidargemeinschaft zu nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ziel des Gesetzes muss es sein, die aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Senioren und Seniorinnen zu fördern. Dabei sollen die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert werden, der Prozess

des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung erfolgen. Das Bild älterer Menschen in dieser Gesellschaft ist leider überwiegend ein ganz anderes, und dies wirkt sich oft diskriminierend aus. Das muss dringend geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztlich ist uns die Formulierung in Punkt 6 des SPD-Antrags zu schwammig, nach der eine Aufwandsentschädigung und Fahrtkostenerstattung nur geprüft werden sollen. Gestern lasen wir in der "Hamburger Morgenpost", im "Hamburger Abendblatt" und anderen Tageszeitungen, dass immer mehr Rentner und Rentnerinnen jobben und staatliche Grundsicherung beantragen müssen, weil die Rente nicht reicht. Die Große Anfrage der Links-Fraktion zur Gesundheit älterer Menschen hat zudem vor wenigen Wochen die aktuelle Armutssituation in Hamburg für diese Bevölkerungsgruppe zutage gefördert. Daher ist auch hier ein deutlicheres Signal erforderlich. Teilhabe muss auch finanziert werden können, sehr geehrte Herren und Damen, sonst nützen die schönsten Gesetze nichts.

Unser Antrag ist alles in allem seniorenpolitisch der weitestgehende und sollte daher auch von allen Fraktionen unterstützt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden selbstverständlich das Gesetzgebungsverfahren aktiv mitgestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/1220, 20/1310, 20/1331 und 20/1349 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/1310.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/1331.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Weiter zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/1349.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Ich komme schließlich zum SPD-Antrag aus Drucksache 20/1220. Diesen Antrag möchte die Fraktion DIE LINKE ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffern 1, 4, 5 und 7 des SPD-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Ziffern angenommen.

Wer möchte sich den Ziffern 2 und 3 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffern angenommen.

Wer Ziffer 6 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 6 angenommen.

Ich rufe Punkt 89 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/1226, Antrag der CDU-Fraktion: Bekämpfung der Seepiraterie.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bekämpfung der Seepiraterie
– Drs 20/1226 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/1358 und 20/1359 Anträge der SPD- und der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Schutz deutscher Schiffe vor Seepiraterie
– Drs 20/1358 –]**

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Seepiraterie
– Drs 20/1359 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Ohlsen, Sie haben das Wort.

Olaf Ohlsen CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Anlass dieses Antrags ist in erster Linie, den Senat, aber auch die Fraktionen sensibel zu machen für die besondere Situation, die sich am Horn von Afrika abspielt.

Der zweite Punkt ist natürlich, dass Hamburg der Standort der Reeder ist; wir haben über 120 Reedereien. Mehr als die Hälfte der Gesamttonnage aller Schiffe werden von Hamburger Reedern betreut.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Mit oder ohne deutscher Flagge?)

– Wir können nachher noch über die deutsche Flagge reden, damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber Sie sollten zunächst einmal meinen Kurzbeitrag zum Thema Piraterie abwarten, vielleicht werden Sie dann ein bisschen schlauer.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Es geht hier, das wird mir Herr Rickmers bestätigen, nicht nur um vitale wirtschaftliche Interessen, sondern es geht auch um Leib und Leben unserer Seeleute vor Ort. Insofern macht es Sinn, dieses Thema zu debattieren. Es macht auch Sinn, dieses Thema zu transportieren. Zu den drei Anträgen werde ich nachher noch kommen, damit wir uns in sachlicher Form darüber auseinandersetzen, denn dieses Thema ist sehr ernst.

Im Moment sieht es so aus, dass die Marine mit zwei Fregatten vor Ort ist, jeweils in Ablösung, eine Fregatte vor Ort und eine wieder im Heimathafen oder in der Werft. Sie sind im Rahmen der Atalanta-Mission ganz besonders dafür eingesetzt, Versorgungsgüter der UNO-Hilfsorganisationen Richtung Somalia zu begleiten, damit diese Schiffe dort ankommen und ihre Ladung löschen können, um den Menschen zu helfen. Sie ist ausschließlich dafür zuständig, Konvois und Zusammenstellungen von Frachtschiffen zu begleiten, wobei wir allerdings auch feststellen müssen – das wird Herr Rickmers nachher noch bestätigen –, dass nicht im Konvoi befindliche Schiffe, die langsamer fahren, die aber auch weniger Freibord haben, natürlich sehr schnell von Piraten gekapert werden können.

Ich möchte auch nicht auf die Situation an Land eingehen. Es gibt keine demokratischen Verhältnisse, liebe Frau Möller, das wissen Sie vielleicht genauso gut wie ich. Insofern bestehen hier rechtsfreie Räume, die natürlich von den Piraten genutzt werden, um zu kapern. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Marinesoldaten sehr herzlich für ihren Einsatz bedanken – sie sind immerhin ein halbes Jahr vor Ort und von den Familien entfernt – für die Reedereien, für uns, für die Parlamente und die deutschen Reeder insbesondere.

(Beifall bei der CDU)

Um dies alles zu verdeutlichen, sind einige Zahlen sicher recht hilfreich. In 2008 hatten wir 111 Angriffe zu verzeichnen, in 2009 217 Angriffe und in 2010 445 Angriffe. Das zeigt schon deutlich die Zunahme. Es sind insgesamt 49 Schiffe der internationalen Schifffahrt gekapert worden, und zwar sind in 2010 1016 Seeleute durch somalische Piraten entführt worden, acht Seeleute wurden ermordet. Diese Zahlen sollten uns schon sehr nachdenklich stimmen.

Im ersten Halbjahr 2011 wurden bereits 166 Attacken gezählt, die Lösegelder bewegen sich zwischen einer und mehreren Millionen Euro. Die Reeder beziehungsweise die Wirtschaft haben insgesamt Mehrkosten von 400 Millionen Euro zu tragen in Form von Erhöhungen der Seetransportversicherungen. Die gesamte Schadenshöhe durch Seepiraterie wird auf 7 Milliarden Dollar geschätzt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich. Ich möchte kurz eingehen auf Ihren Antrag, denn ich glaube, dass es sich in

(Olaf Ohlsen)

erster Linie – da gebe ich Ihnen recht – um hoheitliche Aufgaben handelt; da sind wir d'accord. Nur hat die Praxis gezeigt, dass diese hoheitlichen Aufgaben durch diese beiden Fregatten nicht wahrgenommen werden können, weil die Kaperung am Horn von Afrika auch vor dem Hintergrund der Größe dieses Seegebiets zunimmt. Insofern ist heute in praxi festzustellen, dass es private Sicherheitsdienste englischer Art, aber auch französischer und amerikanischer Herkunft gibt, die heute schon Schiffe begleiten und an Bord der Schiffe gehen. Also war unser Gedanke, ob die Marine das in Zukunft noch leisten kann oder ob es andere Hoheitsträger leisten können. Wenn das gewährleistet ist, dann kann man den Reedern auch deutlich signalisieren, dass die Freiheit der Seewege dort gegeben ist. Aber im Moment sieht es nicht so aus.

Von daher ist unser Antrag nachdenkenswert und prüfenswert, ob man vielleicht Sicherheitsdienste an Bord bringen kann und ob es dafür eine rechtliche Grundlage gibt. Die rechtliche Grundlage wird man erst schaffen müssen; das ist unzweifelhaft. Es muss auch bestimmte Ausbildungskriterien geben. All diese Dinge würden wir gern dem Senat anhand geben zu prüfen. Der Hintergrund ist hier auch, dem Hilferuf der Reeder nachzukommen, aber nicht nur der Reeder, sondern natürlich auch der Marine. Die Marine fühlt sich in ihrer Haut dort unten nicht sehr wohl, weil sie sehr eingeschränkt manövrierfähig ist durch gesetzliche Vorgaben. Von daher macht es Sinn, hier einen Vorstoß zu machen, um den Reedern und anderen Akteuren am Horn von Afrika Rechtssicherheit zu geben. Es ist ein wichtiger Punkt, dass man rechtssicher arbeiten kann.

Wir würden gern die handelnden Akteure der Bundesregierung in einer gemeinsamen Aktion mit den norddeutschen Küstenländern auffordern, zügig zu arbeiten, damit diese Rechtssicherheit und die Freiheit der Meere wieder gewährleistet sind. – Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Rickmers, Sie haben das Wort.

(*Dietrich Wersich CDU:* Als Abgeordneter oder als Reeder?)

Erck Rickmers SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, bin ich noch nicht sehr lange in der Politik und von daher hier und da einigermaßen überrascht über bestimmte Abläufe. Dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nun das Problem der Seepiraterie für sich entdeckt haben, ist für mich eine dieser politischen Überraschungen, die mir, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, ein Schmunzeln entlockt haben.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Da sind Sie nicht alleine!)

Denn es ist doch ziemlich absurd, dass ausgerechnet Sie sich mit einem Antrag, der ausschließlich – und ich wiederhole: ausschließlich – die Bundesgesetzgebung betrifft, hier zu Wort melden und einen von uns Sozialdemokraten geführten Senat auffordern, gewissermaßen für Sie auf Bundesebene tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Nur zur Erinnerung: Für die Bundesgesetzgebung in Deutschland ist, und das erlaube ich mir hier einzufügen – derzeit noch – eine CDU-geführte Regierung verantwortlich. Wenn es Ihnen also tatsächlich um die Sache ginge, bräuchten Sie in Hamburg keine diesbezüglichen Anträge zu stellen. Sie könnten nämlich viel zielführender arbeiten, indem Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin die Angelegenheit eindringlich näherbrächten und sie aufforderten, im Sinne der betroffenen Menschen,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das tun wir ja auch!)

die auf Schiffen zusätzlich zu einer harten Arbeit noch der Gefahr für Leib und Seele ausgesetzt sind, endlich zur Seite zu stehen.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD ist das Thema Piraterie eines von übergeordneter Bedeutung. Zum einen geht mit der Piraterie eine humanitäre Katastrophe einher. In Somalia befinden sich derzeit 18 Schiffe mit rund 400 Menschen in der Hand der Piraten. Und selbst diejenigen, die die Torturen der Überfälle und der Gefangenschaft überstanden haben, kommen oftmals traumatisiert und bisweilen arbeitsunfähig zurück.

Zum anderen können und wollen wir nicht akzeptieren, dass eine der Haupttrouten des Weltseehandels, nämlich der Verkehr zwischen Asien, dem Persischen Golf und Europa, durch ein paar entschlossen handelnde Kriminelle mit hohem Organisationsgrad ernsthaft bedroht wird. Von daher ist das Thema Piraterie eines, mit dem wir uns schon lange auseinandersetzen.

So geschehen in Berlin, wo die SPD-Bundestagsabgeordneten der Küstenländer, die sogenannte "Küstengang", seit Monaten fordern, die Bundesregierung möchte endlich Maßnahmen ergreifen, die einen wirkungsvollen Schutz der Schiffe und ihrer Besatzungen garantieren.

So geschehen wiederum in Berlin, wo ich selbst am 1. Juli zusammen mit dem geschäftsführenden Präsidiumsmitglied des VDR und dem Reeder Alfred Hartmann aus Leer im kleinen Kreis Bundesinnenminister Friedrich auf dessen Wunsch die Situation erläutern konnte, weil Herr Dr. Friedrich gern aus erster Hand hören wollte, wie die Situati-

(Erck Rickmers)

on in der Praxis gesehen wird und was die Bundesregierung tun sollte.

So geschehen am 15. Juli in Hamburg, als Wirtschaftssenator Frank Horch und Innensenator Michael Neumann gemeinsam Vertreter Hamburger Reedereien in das Gästehaus des Senats einladen, um sich bei den betroffenen Unternehmen zu informieren und gemeinsam Maßnahmen zu diskutieren und zu entwickeln.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Rickmers, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Heinemann?

Erck Rickmers (fortfahrend): Nein.

Dies alles natürlich auch, weil Hamburg Deutschlands mit Abstand größten und wichtigsten Schifffahrtsstandort darstellt und wir alles tun müssen, um die Hamburger Unternehmen und ihre Mitarbeiter optimal zu unterstützen.

Dass Ihnen, liebe Kollegen von der CDU, unsere Aktivitäten nicht verborgen geblieben sind, ist nachvollziehbar, dass Sie sich nun entschlossen haben, etwas zu tun, ebenso. Herausgekommen ist dabei allerdings ein Forderungspaket, das an der Realität vorbeigeht, und zwar an der Realität der Verfassung unseres Landes.

Deshalb sind die Forderungen, die wir an die von Ihnen geführte Bundesregierung herantragen sollen, schlichtweg unerfüllbar. Denn sie stellen im Wesentlichen darauf ab, private Sicherheitsunternehmen auf deutschen Schiffen zuzulassen, damit diese hoheitliche Aufgaben übernehmen mit all den faktischen und rechtlichen Problemen, die dies mit sich bringt. Damit fordern Sie de facto nicht weniger als die Aufhebung des Gewaltmonopols des Staates auf Schiffen unter deutscher Flagge. So sehr uns das Leben und die Sicherheit der Seeleute ernsthaft berühren, über dieses Stöckchen, das Sie uns hinhalten, springen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Hier ist vielmehr gefordert, dass der Staat seinen hoheitlichen Aufgaben verantwortungsbewusst nachkommt und dafür sorgt, dass Marine und Bundespolizei verstärkt zum Einsatz kommen, um das Problem zu lösen. Wir sehen drei wesentliche Bereiche, die angegangen werden müssen.

Erstens: Die deutsche Marine hat im Rahmen des Atalanta-Projekts ein Mandat des Deutschen Bundestags zur Entsendung von bis zu 1400 Soldaten erhalten. Tatsächlich jedoch ist nur ein einziges Schiff vor Ort, nämlich die Fregatte "Bayern" mit rund 270 Soldaten. Wenn nun die Bundesregierung beklagt, ihr fehle das Personal bei der Marine, um ihren hoheitlichen Aufgaben nachzukommen,

dann fragt man sich, warum sie kurz zuvor die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber so oder so ist die Bundesregierung aufgefordert, die militärische Präsenz am Horn von Afrika deutlich auszuweiten und präventiv und gegebenenfalls aktiv für mehr Sicherheit zu sorgen.

Zweitens: Sie muss weiterhin ihren Einfluss im Nordatlantischen Bündnis sowie im Weltsicherheitsrat verstärkt auf diese Bedrohung ausrichten und darauf hinwirken, die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Piraterie zu verstärken. Dazu gehört auch, dass eine langfristige Perspektive für die Region und insbesondere für Somalia geschaffen wird. Der Hintergrund für diese Missstände, so unentschuldig sie auch sein mögen, ist letztlich doch die instabile Lage des Landes, die Armut, der Hunger, die Anarchie und die Perspektivlosigkeit der Menschen. Hier müssen die großen Industrienationen langfristig helfen und Konzepte entwickeln, die auf eine Verbesserung und Stabilisierung der Lebensumstände der Menschen abzielen. Und deshalb wird unsere Fraktion den hierauf abgestellten Zusatzantrag der GAL auch mit unterstützen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Letztlich muss es die Bundesregierung ermöglichen, dass bestimmte Schiffe mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf den Schutz durch die Bundespolizei anfordern können, und zwar insbesondere kleine Schiffe, langsame Schiffe und Schiffe mit geringem Freibord, also Massengutfrachter und Tanker, die voll beladen nur wenig aus dem Wasser ragen und leichte Beute für die Piraten darstellen. Dies dient in erster Linie der Prävention, denn Piraten sind zwar Kriminelle, aber sie agieren mit hoher ökonomischer Logik. Es ist von ihnen noch kein Schiff erfolgreich überfallen worden, das über Sicherheitskräfte an Bord verfügte. Und da reichen drei Mann mit entsprechender Qualifikation pro Schiff, die tätig werden, wenn Piraten auftauchen. Die Piraten wissen dann, dass sie einen schwierigen bis unmöglichen Kampf vor sich haben und drehen ab.

Es geht hier übrigens nicht – ich hörte so einige wenig qualifizierte Zwischenrufe –

(*Heino Vahldieck CDU*: Selbstgespräche!)

um die Abwälzung der Kosten der Sicherheit auf die öffentliche Hand. Die Reeder haben mehrfach erklärt, dass sie bereit wären, einen Teil der Kosten der Beauftragung der Bundespolizei selbst zu tragen. Dabei sollte man sich eigentlich fragen, warum sie das tun sollten. Stellen Sie sich einmal vor, auf der Bleichenbrücke würden einmal pro Woche Menschen, die sie überqueren wollen, von organisierten Banden entführt und erst nach Zah-

(Erck Rickmers)

lung eines hohen Lösegelds und dem Erleiden körperlicher Gewalt und schwerer Traumata wieder auf freien Fuß gesetzt. Und der Bürgermeister und der Innensenator würden den Bürgerinnen und Bürgern empfehlen, sich doch bitte schön einmal nach einem privaten Sicherheitsdienst umzuschauen, wenn sie denn ausgerechnet diese Brücke überqueren wollten. Was für ein Aufschrei ginge – völlig zu Recht – durch unsere Stadt. Dies würden alle Betroffenen empört zurückweisen. Denn der Staat hat in unserem Land das unangefochtene Gewaltmonopol und die Fürsorgepflicht für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Daran wollen und werden wir nichts ändern.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir Sozialdemokraten den Antrag der CDU ablehnen und bitten Sie alle herzlich, stattdessen unseren eigenen Antrag zu unterstützen, der auf meinen vorgenannten Ausführungen aufbaut und sie entsprechend berücksichtigt.

Wir freuen uns in jedem Fall, dass wir in der Sache einen breiten Konsens zu haben scheinen und weder ein Erkenntnisproblem noch ein Zielkonflikt vorliegt. Wir alle erkennen die Piraterie als ein Übel, das es entschlossen und mit den verfassungskonformen Mitteln des Rechtsstaats zu bekämpfen gilt. Wir gehen davon aus, dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, alles unternehmen werden, um Ihre Berliner Kollegen aktiv werden zu lassen.

Der Schutz der deutschen Schiffe und ihrer Besatzung ist Aufgabe des Staats. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass dieser seiner Verantwortung und seinen Pflichten in der gebotenen Art und Weise nachkommt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass durch Herrn Rickmers der rein deutsche Fokus, der leider in dem Antrag der CDU zu finden ist, ein bisschen ausgeweitet wurde. Dieses Problem der Bekämpfung der Piraterie und des Umgangs mit ihr in internationalen Gewässern ist mitnichten ein nationales Thema, sondern ein internationales. Es gibt keine einseitigen Lösungswege, es gibt keine einfachen Lösungswege und wir können in der Kürze der Redezeit kaum ansatzweise alle Aspekte benennen, die in dem Zusammenhang diskutiert werden müssen. Nicht umsonst diskutieren auf UN- und EU-Ebene ständig Gremien miteinander, um verschiedene Lösungswege zu entwickeln.

Was schlicht und einfach überhaupt nicht geht, ist unsere Unterstützung darin, dass Kriegswaffen an

private Sicherheitsdienste gelangen und diese sie dann auch einsetzen können.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Diese Sicherheit, Herr Rickmers sagte es, ist Kern des staatlichen Gewaltmonopols. Private Sicherheitsfirmen sind weder kontrollierbar noch unterliegen sie zum Beispiel den völkerrechtlichen Regelungen. Niemand kann verbindliches Handeln von ihnen einfordern. Da hilft auch leider keine Zertifizierung, denn diese Zertifizierung kann weder überprüft werden noch ist sie in irgendeiner Weise zu verfolgen, wenn ihr nicht nachgekommen wird.

Wenn dem gefolgt wird, was die Bundesregierung jetzt offenbar vorsieht, nämlich private Sicherheitsdienste, mit Kriegswaffen ausgerüstet, auf deutsche Schiffe zu schicken, dann kommen wir zu einer gegenseitigen Aufrüstung. Das ist doch das Einzige, was dann passieren wird. Ich sehe deshalb im CDU-Antrag überhaupt keinen Ansatz, der die Handelsschiffahrt vor dem Horn von Afrika auch nur ein bisschen sicherer macht.

Die Wege werden bisher beschritten über die UN, die die institutionelle Basis für die internationalen Lösungen bietet, denn wir reden über Gebiete außerhalb der nationalen Hoheitsgebiete und viele internationale Maßnahmen, die gleichzeitig laufen. Es läuft mitnichten nur die Mission Atalanta, sondern auch die NATO ist vor Ort. Genau das ist vielleicht das Problem, es gibt zu wenige EU-koordinierte Missionen, militärische Missionen, aber vor allem auch Missionen, die humanitär und zivilgesellschaftlich arbeiten.

Das Problem, das Ursache und Kern der Piraterie ist, müssen wir angehen, damit man von der ständig zunehmenden Seepiraterie wegkommt. Es geht doch darum, dass ein Land in völliger Armut versinkt. Die Armut entsteht auch dadurch, dass Fischereirechte gnadenlos ausgebeutet werden und Fischgründe vor Somalia überhaupt nicht mehr zu befischen sind. Kein Fischfang bedeutet aber mehr Armut und Hunger, und mehr Armut bedeutet die Suche nach lukrativen Geschäften. Die Traumatisierung, die wir einerseits bei den Schiffsbesatzungen erleben, die den Piraten in die Hände fallen, erlebt man andererseits auch bei der Bevölkerung Somalias.

Wir brauchen keine nationale Lösung, schon gar nicht eine, die bedeutet, dass Kriegswaffen, die ohnehin schon in der Regel auf den Schiffen vorhanden sind, in die Hände von privaten Sicherheitsdiensten gelangen. Wir brauchen stattdessen eine Initiative, die – das sagt auch der SPD-Antrag – noch einmal deutlich macht, dass auf internationaler Ebene zusammengearbeitet werden muss. Natürlich werden wir in einem Gebiet, das ungefähr die Fläche der Bundesrepublik umfasst, weder mit Marine noch mit Bundespolizei oder an-

(Antje Möller)

deren polizeilichen Maßnahmen flächendeckend der Piraterie ein Ende setzen können.

Deswegen fasse ich noch einmal kurz zusammen: Das gleichzeitige Weiterentwickeln eines Gesamtkonzepts, vor allem auch zum Aufbau der Zivilgesellschaft und der Verwaltungsstrukturen in Somalia, ist wichtig. Die Menschen dort müssen aus der Armut herausgeholt werden, nur das ist ein präventiver Ansatz, der auch erfolgversprechend ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, uns eint in dieser Debatte über alle Fraktionen hinweg in großer Ernsthaftigkeit die Sorge über die zunehmende Piraterie, die Sorge um Leib und Leben und die Gesundheit deutscher Seeleute.

Herr Rickmers, ich finde es schon bedauerlich, dass Sie einen großen Teil Ihres Redebeitrags darauf verwendet haben, ein relativ kleinteiliges, parteipolitisches Scharmützel zu führen.

(Beifall bei der FDP – *Heino Vahldieck CDU:* Er hat schnell gelernt!)

Herr Rickmers, mich befremdet an dieser Debatte noch etwas anderes, nämlich dass sich hier jemand wie Sie zu Wort meldet, der von den politischen Entscheidungen in dieser Angelegenheit, wie immer sie ausfallen werden, ob man sagt, man setzt die Bundespolizei ein oder private Sicherheitsdienste, unmittelbar wirtschaftlich betroffen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber das ist eine Frage des politischen Stils, der parlamentarischen Gepflogenheiten, das müssen Sie letztlich für sich allein entscheiden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Ich würde sagen, klare Befangenheit!)

Meine Damen und Herren! Es ist nur wenige Wochen her, dass wir die Schlagzeilen über die Geiselnahme der Seeleute auf einem niederländischen Containerschiff verfolgen konnten. 70 Tage lang befanden sich die Seeleute in Gefangenschaft von Piraten, beendet wurde ihr Martyrium durch eine hohe Lösegeldzahlung der Reederei. Glücklicherweise blieben alle Seeleute am Leben und unverletzt. 15 deutsche Schiffe wurden in den letzten Jahren von Piraten gekapert, 69 im vergangenen Jahr angegriffen. Schiffe unter deutscher Flagge waren damit am häufigsten im Visier der Piraten. Deshalb ist es richtig und auch wichtig, dass die Bundesregierung unter der Führung des maritimen Koordinators, Staatssekretär Joachim Otto, das

Thema Piraterie nach ganz weit oben auf ihre politische Agenda gesetzt hat.

Es geht um die Gefahr für Leib und Leben von Seeleuten, die im Einsatz sind, um Waren schnell und sicher von Hafen zu Hafen zu bringen, und es geht um eine ernsthafte Bedrohung internationaler Handelsströme. Uns als Hamburger müssen diese Tatsachen besonders aufmerksam machen und bewegen, denn als Zentrum des Handels, der Seeschifffahrt und der Reedereien sind wir besonders betroffen.

Der Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion greift dieses wichtige Thema auf und wirft einen Blick auf die Herausforderungen, vor denen wir angesichts der Piraterie stehen. Wir glauben, dass es richtig ist, alle Möglichkeiten zu prüfen, um Seewege wieder sicher zu machen. Auch der Einsatz privater Sicherheitskräfte auf Schiffen könnte hier unter strengen Auflagen als Ultima Ratio in Betracht kommen, jedoch nur dann, wenn es dafür eine klare rechtsstaatliche Grundlage gibt, auf deren Basis private Sicherheitsdienste arbeiten können, denn im Grundsatz gilt, dass das staatliche Gewaltmonopol auch auf deutschen Seeschiffen gelten muss.

Nicht zu Unrecht äußerte sich selbst der Bundesverband deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen noch sehr skeptisch gegenüber einem Einsatz sogenannter "Vessel Protection Teams" an Bord von deutschen Seeschiffen. Mit der rechtsstaatlichen Grundlage muss auch eine solide Ausbildung von Sicherheitskräften einhergehen, die auf die speziellen Gefahren des Einsatzes zum Schutz vor Piraten auf hoher See vorbereitet werden müssen. Auch die Aufklärung in den Reedereien selbst ist ein wichtiger Faktor, auf den stärker als bisher geachtet werden muss.

Auf internationaler Ebene brauchen wir eine bessere rechtliche Handhabe gegen Piraterie. So ist es ein Unding, dass zurzeit noch rund 70 Prozent der somalischen Piraten wieder freigelassen werden müssen, weil sich kein Land für die Strafverfolgung findet und für diese bereiterklärt. Hier muss dringend im Rahmen internationaler Verträge und Organisationen gehandelt werden.

All diese Einzelmaßnahmen sollten sich einfügen in ein Gesamtkonzept der Bundesregierung zum besseren Schutz deutscher Schiffe vor Piraterie. Hamburg kann dafür einen wichtigen Beitrag leisten. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Initiative der Bundesregierung, schnellstmöglich Lösungsansätze zum besseren Schutz vor Piraterie zu schaffen, und wir begrüßen ebenso den vorliegenden Antrag der CDU, den wir unterstützen und für den wir stimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Piraterie am Horn von Afrika für die Handelsschifffahrt ein wirklich ernstes Problem ist. Dieses Problem hat sich in den letzten Jahren zu einem noch ernsteren Problem entwickelt, denn es ist entstanden aus der Not, aus der Notwehr lokaler Fischer, deren Gewässer durch die Hochseeflotten der Industrieländer illegal – Frau Möller, illegal, da sind keine Fischrechte überstrapaziert worden –

(*Antje Möller GAL:* Ja, das wollte ich gesagt haben!)

leer gefischt und durch illegale Giftmüllverklappung verseucht wurden. Es handelt sich heute um organisierte Kriminalität, die von internationalen Akteuren ausgeht. Diese machen sich skrupellos die Not der lokalen Bevölkerung zunutze, die sie hierfür rekrutieren können.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass das Problem der Piraterie am Horn von Afrika angegangen werden muss. Aber wir lehnen den Antrag der CDU und auch die anderen Anträge ab. Insbesondere der Antrag der CDU führt auf einen Holzweg. Sicherheit, und das gilt auch für die Sicherheit der Seewege, ist eine öffentliche Aufgabe. Ihr Antrag dagegen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung, diese Aufgabe zu privatisieren.

Derzeit prüft die Bundesregierung die Änderung der bestehenden Gesetzeslage, insbesondere die Zertifizierung privater deutscher Sicherheitsdienste. Schon heute können auch unter deutscher Flagge fahrende Schiffe – das sind übrigens 600 von 3600, wie ich gelesen habe – Sicherheitsdienste anheuern. Doch bisher unterliegen private deutsche Sicherheitsfirmen, zum Beispiel was die Bewaffnung und den Einsatz von Gewalt angeht, noch sehr restriktiven Bestimmungen. Sollte es zu der von der Bundesregierung betriebenen Zertifizierung kommen, dann heißt das – Frau Möller hat es gesagt –, dass sie mit Kriegswaffen ausgestattet werden können. Das bedeutet, dass ihnen polizeiliche Aufgaben übertragen werden, denn eines muss völlig klar sein: Piraterie wird unter anderem in dem völkerrechtlich relevanten Seerechtsübereinkommen eindeutig als privater krimineller Akt definiert und nach deutschem Recht ist ausschließlich die Polizei für die Bekämpfung von Kriminalität zuständig. Deswegen werden wir den Antrag der SPD und den Antrag der GAL, weil sie auch den Einsatz militärischer Gewalt befürworten, ablehnen.

Der Weg, den Sie von der CDU uns hier vorschlagen, bedeutet die Preisgabe des staatlichen Gewaltmonopols mit allen drohenden Folgen. Ich will

hier nur auf die drohenden Folgen für die Handelsschifffahrt eingehen. Bisher wurde zwar – Herr Rickmers, Sie haben es gesagt – noch kein Schiff entführt, auf dem sich bewaffnete Sicherheitskräfte befanden. Nach Warnschüssen drehten die Angreifer in der Regel ab. Aber die jüngste Vergangenheit, und auch das werden Sie wissen, zeigt, dass sich die Piraten darauf einzustellen beginnen und sich neulich bei einem russischen Handelsschiff einen Schusswechsel von über einer Stunde geliefert haben. Was ist, wenn sie sich auf die bewaffnete Gegenwehr an Bord einstellen und immer weiter aufrüsten? Es besteht die Gefahr, dass Entführungen deutlich blutiger enden als bisher. Davor warnt auch die internationale Transportarbeitergewerkschaft, die befürchtet, dass die Spirale der Gewalt sich nach oben dreht.

Und dann nur ein paar Nebenaspekte: Was ist mit der öffentlichen Kontrolle der privaten Sicherheitsfirmen? Was ist mit der Qualität der Ausbildung der privaten Sicherheitsleute? Wie wird kontrolliert, ob sie bei ihren Einsätzen auf hoher See die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Menschenrechte wahren? Wie wollen Sie eigentlich verhindern, dass die hohe See wirklich umfassend zu einem rechtsfreien Raum wird, in dem sich Piraten und bezahlte Private oder – sagen wir es deutlicher – moderne Söldner gegenseitig bekämpfen?

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Verzeihen Sie bitte, Frau Schneider. Ich bitte das Plenum um mehr Aufmerksamkeit oder führen Sie Ihre Gespräche draußen. – Danke schön.

Christiane Schneider (fortfahrend): Aus all diesen Gründen lehnt DIE LINKE diesen Weg entschieden ab, Sie wollen nämlich den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Dann fällt an Ihrem Antrag noch eines auf: Auf eine politische Lösung des Problems der Piraterie – Frau Möller hat darüber gesprochen – verwenden Sie nicht ein einziges Gramm Gehirnschmalz.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber dieses Problem bedarf der politischen Lösung, die zuallererst die zivile politische Unterstützung für die Beendigung des Bürgerkriegs in Somalia im Blick haben muss. Eine zentrale Forderung ist für uns deshalb auch der Stopp der deutschen Waffenexporte, die auch den Bürgerkrieg in Somalia befeuern helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Wiederaufbau des Fischereisektors und die Entgiftung der Gewässer wären neben der Unterstützung für die Landwirtschaft gerade angesichts der furchtbaren Dürrekatastrophe wesentliche Beiträge zur Regeneration der wirtschaftlichen Lage in

(Christiane Schneider)

den Küstenregionen Somalias. Im Gegensatz zu Ihnen fordern wir eine konsequente Ahndung illegaler Fischerei und von Giftmüllverklappung, auch durch EU-Flotten und EU-Unternehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da diese Maßnahmen nicht unmittelbar und kurzfristig greifen und die konkrete Bedrohung der Seeleute – es ist darüber gesprochen worden, das ist wirklich nicht lustig – durch Piratenangriffe zumindest bis zu einer Verbesserung der regionalen Situation weiter bestehen bleibt, müssen Reeder und Unternehmen ihre Maßnahmen zum Schutz der Seeleute und Schiffe weiter ausbauen: die defensive Bewaffnung, die das Entern von Schiffen erschwert, technische Innovationen als Präventionsmaßnahmen an deutschen Schiffen, Umfahrten des Seegebiets, wo immer möglich, und die strikte Einhaltung aller empfohlenen Schutzmaßnahmen. Wenn ich aus einer Quelle der Bundeswehr, und zwar des Kommandanten der Fregatte Schleswig-Holstein, erfahren muss, dass viele Kaperungen überhaupt nur deshalb stattfinden, weil die Ausgucke schlecht gewählt sind, weil es nur mangelnden Schutz entlang der Bordwand gibt und weil die Schiffe durch das Gefahrengebiet aus Kostengründen langsam fahren statt mit Höchstgeschwindigkeit, wie es dringend geraten wird, dann stimmt doch etwas nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/1226. Die FDP-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte die Ziffer 1 des Antrags der CDU-Fraktion annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte der Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 4 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 6 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 6 abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 7 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 7 abgelehnt.

Wer möchte schließlich Ziffer 8 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 8 abgelehnt.

Nun zum GAL-Antrag aus Drucksache 20/1359.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Schließlich zum SPD-Antrag aus Drucksache 20/1358. Den ersten Spiegelstrich dieses Antrags möchte die GAL-Fraktion separat abstimmen lassen.

Wer den im ersten Spiegelstrich der Drucksache 20/1358 enthaltenen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Spiegelstrich angenommen.

Wer möchte den übrigen Spiegelstrichen seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Spiegelstriche angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 80, Drucksache 20/892, Antrag der GAL-Fraktion: StadtRAD auch in Harburg stationieren.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
StadtRAD auch in Harburg stationieren
– Drs 20/892 –]**

Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Steffen, Sie haben es.

Dr. Till Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten kurz vor der Sommerpause eine Debatte, in der es ganz allgemein um die Perspektiven für den Hamburger Süden ging. In der Debatte hatte Frau Blankau betont, dass sie den Süden allein schon deswegen nie vergessen könne, weil wesentliche Teile ihrer Kindheit und Jugend sich südlich der Elbe abgespielt hatten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die von Herrn Horch auch!)

Es begab sich dann, dass Frau Blankau zwei Tage nach dieser Bürgerschaftsdebatte ein kleines Poster vorstellte – wunderbar. Es ging um die Umwelthauptstadt und darum, was alles so passiert in Hamburg. Man sieht dann hier, da ist die Süderelbe und da ist Hamburg zu Ende.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sind doch auf Hamburger Seite!)

Mein Kollege Jens Kerstan hat dann einmal gefragt, wie es denn sein könne, dass Harburg da gar nicht abgebildet werde. Daraufhin sagte der Senat, im Bildvordergrund auf dieser Seite sehe man die Harburger Berge und insoweit sei der Bezirk Harburg sehr wohl mit abgebildet auf diesem

(Dr. Till Steffen)

Poster. Der Senat scheint also die Harburgerinnen und Harburger als eine Art Bergvolk zu betrachten, das man ansonsten nicht weiter berücksichtigen muss. Wir als GAL-Fraktion möchten, dass das beim StadtRAD nicht so ist.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Thomas Völsch SPD*: Das ist ganz etwas Neues!)

Wir halten es deswegen für wichtig, weil das StadtRAD-System ein ausgesprochen großer Erfolg gewesen ist. Es ist weit erfolgreicher gewesen, als wir zu hoffen gewagt hatten. Tatsächlich wurde es in sehr großem Maße angenommen. Wir haben über 100 000 registrierte Nutzerinnen und Nutzer bei diesem System. Es ist auf alle Fälle ein großer Beitrag zur Steigerung des Radverkehrsanteils und es hat auch noch eine Wirkung, die ich als eingefleischter Radfahrer vorher gar nicht so gesehen habe. Es macht nämlich bei denjenigen Werbung für das Fahrradfahren, die sich nicht vorstellen können, alle ihre Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen, die aber ein bisschen auf den Geschmack kommen, wenn sie einmal eine kurze Strecke mit dem StadtRAD machen, dann vielleicht eine mittellange Strecke und dann vielleicht auch größere Wegstrecken in ihrem Alltag mit dem Fahrrad zurücklegen.

Es ist außerdem ein ganz wichtiger Beitrag dazu, intelligente Lösungen für die Verkehrsprobleme der Zukunft zu finden, und diese intelligenten Lösungen werden darin liegen, die Leute dazu zu bringen, unterschiedliche Verkehrsmittel zu nutzen, je nachdem, was in welcher Situation gerade sinnvoll ist, dass man vom Auto auf die Bahn umsteigt, dass man von der Bahn auf das Fahrrad umsteigt und dass man hier die bestmögliche Kombination sucht, um mit möglichst geringen Belastungen durch die Stadt zu kommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Wenn man sich die Karte ein wenig anschaut und sieht, dass wir jetzt die Station auf der Veddel und künftig Stationen in Wilhelmsburg haben, dann muss man sich natürlich noch einmal vor Augen führen, wie das StadtRAD funktioniert. Das funktioniert eben nicht als Ein-Punkt-Ausleihe, sondern das funktioniert als Netz. Man kann das Fahrrad an einer beliebigen Station entleihen und es an einer beliebigen anderen Station zurückgeben, das heißt, man kann es wirklich für Strecken benutzen. Und das funktioniert natürlich besonders gut, wenn das Netz als solches auch ausgestaltet ist. Da ist es besonders absurd, an der Süderelbe stehen zu bleiben und die Ausweitung auf die Veddel und nach Wilhelmsburg, was wir mit dem letzten Senat gemacht haben, nicht weiterzutreiben in Richtung Harburg, damit es möglich ist, mit in Wilhelmsburg ausgeliehenen Rädern nicht nur durch den Freihafen in die Innenstadt zu fahren – das ist die eine Möglichkeit, um von dieser Netzfunktion Gebrauch

zu machen –, sondern, was deutlich näher liegt, mit dem Fahrrad von Wilhelmsburg nach Harburg fahren zu können und dort das Fahrrad wieder abzugeben.

Wir meinen, dass die dafür erforderlichen rund 50 000 Euro gut angelegtes Geld sind. Das wird auch daran deutlich, dass die Nachfrage nach einem solchen System schon so groß ist, dass ein privater Anbieter, nämlich das "channel bike", ein entsprechendes Alternativangebot gemacht hat, das allerdings diesem Netzgedanken nicht Rechnung tragen kann. Es ist wunderbar, dass es möglich ist, Räder zu leihen, um in Harburg herumzufahren, aber es wäre natürlich noch viel besser, sowohl für die Bürgerinnen und Bürger in Harburg als auch für die in Wilhelmsburg, wenn es möglich wäre, von einem Stadtteil zum anderen zu fahren, so wie das StadtRAD in der gesamten Stadt selbstverständlich auch genutzt wird.

(Beifall bei der GAL)

Ich würde mir also wünschen, dass auch im Hinblick auf das Radfahren die Harburgerinnen und Harburger nicht als Bergvolk angesehen werden, sondern wir ihnen auch das zugutekommen lassen, was in den anderen verdichteten Stadtteilen Hamburgs ganz selbstverständlich ist. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir heute eine Mehrheit für diesen Antrag zum StadtRAD in Harburg bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Wiesner, Sie haben das Wort.

Frank Wiesner SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD ist für die Erweiterung des StadtRAD-Netzes auch bis nach Harburg. Die SPD-Bezirksfraktion hat dies bereits 2009 in einem Antrag in die Bezirksversammlung Harburg eingebracht. Darin hatten wir, Frau Sudmann, zehn Standortideen formuliert. Es war eine etwas zäh fließende Diskussion, wie ich mir gerade noch einmal bestätigen lassen konnte. Der vorderste Vertreter, der das nicht so toll fand, war nun ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende der Harburger GAL.

(*Thomas Völsch SPD*: Na, so etwas aber auch!)

Als Prüfungsantrag wurde er dann doch beschlossen und als Antwort kam von der BSU, da war Frau Hajduk auch nicht ganz unbeteiligt als Senatorin, dass Harburg in keinem direkten Zusammenhang zum bestehenden StadtRAD-Netz gesehen werde und eine – ich zitiere das einmal – relativ disperse Siedlungsstruktur und eine für ein eigenes Fahrradverleihsystem zu geringe Einwohnerzahl habe.

(Frank Wiesner)

(Beifall bei *Dr. Melanie Leonhard SPD*)

Solche Antworten regen nicht nur auf, sondern in Harburg zumindest auch an. Deswegen gibt es mittlerweile ein sogenanntes "channel bike". Dort sind innerhalb des Radius von der Harburger Universität bis in den Channel Harburg 50 Fahrräder zu leihen. Jetzt kommt die Hamburger GAL, muss man sagen, in der Opposition an und möchte noch schnell ein bisschen Konkurrenz schaffen. Dabei beachten sie noch nicht einmal ihre eigenen Beschlüsse. Bei der Einführung dieses StadtRADs ist nämlich ein Bedienungsgebiet definiert worden und im Süden endet es, wie Sie richtig gesagt haben, Herr Steffen, im Stadtteil Wilhelmsburg, was jetzt umgesetzt wird mit den Stationen am Bürgerhaus und am S-Bahnhof, wenn der wieder nutzbar ist.

Kommen wir noch einmal zu Ihrem Antrag. Der dort aufgelistete Finanzierungsvorschlag ist viel zu niedrig. Fragen Sie die Experten in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und die werden Ihnen sagen, wenn man das machen wollte, bräuhete man mindestens 100 000 Euro und nicht 50 000 Euro, die Sie ansetzen.

Der zweite Punkt ist aus meiner Sicht noch viel interessanter und schlimmer: Diese Finanzierung ist doch sehr fragwürdig. Sie wollen nämlich vom Neu-, Um- und Ausbau des Straßennetzes Geld wegnehmen. Dann sagen Sie doch einmal, wo es herkommen soll. Das würde uns sehr interessieren.

(Beifall bei der SPD)

Dann stellen wir uns natürlich noch die Frage, warum die GAL gerade jetzt ihre lang versteckte Liebe zu Harburg entdeckt. Sie hatten doch drei Jahre lang Zeit, im Senat für Fahrradstationen in Harburg oder sonst wo zu sorgen. Das haben Sie nicht hinbekommen.

(*Jens Kerstan GAL*: Wir haben gerade angefangen! Jetzt kommt der zweite Schritt vor dem ersten!)

– Herr Kerstan kann sich gerne auch noch einmal melden.

Wir fragen uns natürlich, warum Sie nun ausgerechnet mit Harburg ankommen. Es gibt noch viele andere Stadtteile, die außerhalb dieses Bedienungsgebiets liegen. Und einen Grund dafür, warum man nun ausgerechnet Harburg nimmt – bei aller Sympathie, ich wohne da selbst –, kann ich nicht entdecken. Ich frage mich wirklich, ob jetzt in jeder Bürgerschaftssitzung ein Antrag kommt, das in Bergedorf, Poppenbüttel oder Blankenese zu machen. Wir finden Ihren Antrag daher völlig unausgegoren und werden ihn bei aller Sympathie in der Sache heute ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn für die CDU-Fraktion sagen, dass wir eine große Sympathie für diesen Antrag haben und auch für die Idee, StadtRAD nach Harburg auszuweiten. Wir haben große Sympathie, für Harburg mehr zu tun. Wir haben kein Verständnis dafür, was Herr Dr. Steffen hier gerade vorgehalten hat, nämlich dass die SPD anscheinend in vielen Bereichen vergesse, dass es Harburg auch noch gebe. Perspektivisch werden wir dazu kommen, dass StadtRAD auch in Harburg angeboten wird.

Aber es ist nicht so einfach, wie die Grünen es sich vielleicht vorstellen, man muss schon ein bisschen schauen. Senatorin Hajduk und ich haben uns in der letzten Legislaturperiode sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt, welche Komponenten erfüllt sein müssen, damit StadtRAD auch erfolgreich funktioniert. Das heißt natürlich, dass wir ein kompaktes Bedienungsgebiet brauchen, dass wir eine hohe Dichte an Leihstationen brauchen und dass wir auch ausreichend Zielgruppen brauchen, die StadtRAD benutzen. Es müssen zum Beispiel auch die betriebliche Komponente Wartung und Ähnliches erfüllt sein und rechtlich und finanziell ist es so, dass wir zurzeit einen Betreibervertrag mit der Deutschen Bahn haben mit zwei starren Realisierungsstufen, die flexible Anpassungsoptionen nur im innerstädtischen Kern haben.

Das sind die Tatsachen, das ist die Realität und jetzt können wir natürlich, lieber Herr Dr. Steffen, sagen, dass uns das alles nicht interessiert, dass das für uns ganz wichtig sei und wir politisch den Beschluss fassen wollten, Harburg mit einer StadtRAD-Station anzuschließen. Aber das ist zu kurz gesprungen. Ob und wann Harburg drankommt, darüber müssen wir etwas länger diskutieren, darüber müssen wir genauere Untersuchungen anstellen. Und erst wenn wir die Ergebnisse haben, ob es sich denn tatsächlich finanziell und auch von den Nutzerzahlen her rentiert, sollten wir entscheiden, StadtRAD nach Harburg auszuweiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Erfolgsmodell StadtRAD ist auf einem guten Weg. Das hat auch die jetzige Behörde für Wirtschaft und Verkehr erkannt, denn sie schreibt in der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, dass zurzeit keine Ausdehnung des StadtRAD-Systems angedacht sei. Zurzeit heißt, dass man es sich vorstellen kann, und ich würde mir, lieber Kollege von der SPD, wünschen, dass Sie nicht grundsätzlich ausschließen, dass wir StadtRAD auch nach Harburg ausweiten.

Die CDU-Fraktion hat mit der Entscheidung, dem Überweisungsantrag der GAL zuzustimmen, um

(Klaus-Peter Hesse)

einmal etwas ausführlicher im Verkehrsausschuss zu diesem Thema zu reden, einen richtigen Weg gewählt. Wir können dort überlegen, wann der richtige Zeitpunkt sein wird, und wir können dann auch schauen, wie es mit Bergedorf und anderen Bereichen aussieht. Da StadtRAD ein so erfolgreiches System ist, bin ich überzeugt davon, dass Harburg kommt, wenn auch vielleicht nicht so schnell, Herr Dr. Steffen, wie die Grünen sich das jetzt in ihrem Antrag wünschen. Ich wünsche mir auf jeden Fall von der SPD-Fraktion, dass Sie sich einer Diskussion im Ausschuss nicht verweigern, sondern dass Sie da mit uns gemeinsam diskutieren, wann der richtige Zeitpunkt für Harburg ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinzenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinzenburg FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein Geschäftsführer freut sich, denn ich kann Redezeit sparen, weil Herr Wiesner sehr vieles zum Verhalten der GAL schon völlig richtig gesagt hat. Nur kleine Ergänzungen, die Sie noch nicht dabei hatten, etwa die Äußerungen der BSU: Wilhelmsburg liegt quasi vor den Toren der Innenstadt, aber für Harburger Bürger ist das schon zu weit weg. Die Art und Weise, wie die GAL in den letzten drei Jahren, wo sie die Möglichkeit hatte, mit Harburg umgegangen ist, ist schon ziemlich übel. Noch übler ist es, nun zu sagen, jetzt wollen wir es aber besser machen; Sie hatten Zeit dazu.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aber, liebe Harburger, das hat auch immer einen kleinen Vorteil. Wenn die Grünen einen nicht beachten, wenn sie einen nicht einmal als Bergvolk ansehen, sondern eher als Diaspora, dann hat das seine Vorteile.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und bei *Dr. Melanie Leonhard SPD, Dr. Walter Scheuerl CDU und Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die Grünen wollen ihren Bekehrungseifer da ausgießen, wovon sie etwas wissen, und in Gegenden, die sie kennen. Harburg kennen sie offenbar nicht und darum sind Sie auch von der Stadtbahn verschont geblieben, meine Damen und Herren. Nehmen Sie es als positives Zeichen, dass die Grünen Sie einfach vergessen haben.

Es gibt im Antrag der Grünen auch eine erstaunliche Formulierung, die die Verkehrspolitik der GAL ein bisschen kennzeichnet. Da steht ernsthaft drin, Sie wollten erreichen, dass Fahrgäste vom ÖPNV auf das StadtRAD umsteigen, also von einem umweltfreundlichen Verkehrsmittel auf das andere.

(*Jens Kerstan GAL:* Sie sollen beides nutzen können, doch nicht alternativ!)

Unser Ziel ist es doch, möglicherweise bei der SPD auch, Menschen von nicht so umweltfreundlichen Verkehrsmitteln wie dem Auto auf den ÖPNV und von mir aus auch auf das StadtRAD umzulenken. Das war der Grund, warum wir uns dafür eingesetzt haben, die Bundesmittel für die S-Bahn nach Ahrensburg zu investieren, um Leute vom Auto auf die Schiene zu bringen, und nicht vom Bus auf die Schiene, wie Sie das mit Ihrer Stadtbahn vorhatten, wofür Sie das Geld ausgegeben wollten.

(*Jens Kerstan GAL:* Beides!)

– Das stimmt nicht, Herr Kerstan. Ich gehe davon aus, dass Sie auch wissen, dass Sie hier wieder einmal etwas Falsches erzählen.

(*Jens Kerstan GAL:* Mit der Bahn nach Harburg fahren und dann mit dem StadtRAD weiter!)

Sie haben über Jahre das ganze Geld, das der Bund Hamburg zur Verfügung gestellt hat, für Ihre Bimmelbahn ausgegeben wollen. Das war das Problem und für alle anderen Dinge wäre kein Geld mehr vorhanden gewesen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zum Thema StadtRAD nach Harburg: Das ist sinnvoll, die BSU hätte es längst machen sollen, aber dann machen wir es eben jetzt. Das Problem ist – das wurde von Herrn Wiesner schon angesprochen – die Finanzierung. Unabhängig von der Frage, ob es nun 50 000 Euro oder 100 000 Euro sind, darf es mit Sicherheit nicht so finanziert werden, wie die GAL es hier vorschlägt, nämlich auf Kosten der Sanierung von Straßen. Wir wollen das eine und das andere. Jetzt werden Sie sagen, das ist toll, wo kommt das Geld her? Das kann ich Ihnen und auch Ihrem Senator sagen, das habe ich letzte Woche im Verkehrsausschuss schon einmal getan. Schauen Sie einmal in den Haushaltsplan, blaue Seiten 2 und 3. Allein von 2010 auf 2011 sollen nur im Amt Verkehr sechs zusätzliche Stellen geschaffen werden, davon zwei A14, also gut dotierte Positionen. Wenn Sie nur eine einzige dieser Stellen nicht zusätzlich schaffen, haben Sie die Ausweitung nach Harburg schon finanziert.

Deshalb der FDP-Antrag: Ja zu Ziffer 1, Ja zu Ziffer 3, aber Ablehnung der Ziffer 2. Herr Wiesner, wir sind uns so einig, geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie uns das beschließen. Wenn wir ein bisschen aufpassen, kann man aus dem grünen Antrag noch etwas machen. Mit unserer Hilfe schaffen wir das, stimmen Sie so ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Liebe Radfahrergemeinde! Je später der Abend, desto höher der Unterhaltungswert, wobei ich den Beitrag von Herrn Wiesner wirklich interessant fand. Es war ein bisschen peinlich für die GAL, dass die GAL Harburg sich anders verhalten hat. Nichtsdestotrotz ist DIE LINKE inhaltlich für die Förderung des Radverkehrs und wir stimmen auch dem Antrag in allen drei Spiegelstrichen zu; damit haben wir gar kein Problem. Ich bin nur erstaunt – Herr Steffen, damals waren Sie nicht in der Fraktion, aber an die GAL-Fraktion gerichtet –, vor fast genau einem Jahr, am 6. August 2010, gab es die Antwort auf die Große Anfrage, die Sie gemeinsam mit der CDU zum StadtRAD gestellt haben. Da ist Ihnen sehr deutlich gesagt worden, dass Harburg auf der letzten Ausbaustufe, nämlich Stufe 3, steht. Da hätten Sie einen Antrag stellen können, das ist nicht passiert und von daher kann ich auch nicht verstehen, warum Sie es jetzt beantragen. Was ich mir aber für die weitere Debatte wünsche, ist, dass wir über ganz andere Stadtteile reden und nicht über Blankenese, das eben genannt wurde. Warum reden wir nicht über Billstedt? Diese Stadtteile fehlen komplett und das wäre der nächste Punkt, den wir auch im Verkehrsausschuss hätten beraten können. Leider möchte die SPD das nicht, aber wir bleiben dabei und stimmen dem Antrag der GAL für Harburg zu, weil ich hoffe, dass noch viele weitere Anträge für andere Stadtteile kommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann feststellen: Der Antrag ist gut, er kommt nur nicht von der richtigen Fraktion und deswegen findet er nicht die ungeteilte Zustimmung des Hauses. Das muss man zur Kenntnis nehmen und die interessierten Bürgerinnen und Bürger eine Meinung darüber bilden lassen.

Noch einmal in der Sache: Zunächst einmal, Herr Schinnenburg, Lesen hilft. Der Antrag sagt, dass die Leute, wenn sie morgens mit dem ÖPNV von sonst wo nach Hamburg hineinfahren, eine attraktive Möglichkeit haben sollen, die letzten paar Kilometer, um das letzte Ziel zu erreichen, mit dem StadtRAD zurückzulegen. Insoweit geht es hier tatsächlich darum, eine sinnvolle Kombination zu erreichen. Das ist das Problem, das viele Leute haben, dass sie auch das letzte Stück schaffen wollen und deswegen von vornherein das Auto nehmen.

Das andere, das von Herrn Hesse angemahnt wurde, ist die Frage, was sich eigentlich getan hat. Man muss die Entwicklung des StadtRAD-Netzes als kontinuierlichen Prozess betrachten und da ist

es auch in Ordnung zu sagen, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um einen weiteren Schritt zu machen. Wir müssen feststellen, dass das Interesse an einem Leihradsystem in Harburg so groß ist, dass ein privater Anbieter das selbst in die Hand nimmt. Das ist eine Situation, die einen guten Hinweis darauf bietet, dass wir uns im Hinblick auf die Nachfrage in Harburg keine Sorge machen müssen. Wenn man den Netzgedanken ernst nimmt, dann muss man feststellen, dass wir durch ein Verweilen auf der jetzigen Stufe eher eine Insellösung in Wilhelmsburg haben, als wir sie hätten, wenn wir diesen Schritt weitergingen. Dann hätten wir nämlich ein integriertes Teilnetz Harburg/Wilhelmsburg und nicht eine vergleichbare Situation, wie sie etwa wäre, wenn wir in Bergedorf StadtRAD-Stationen einrichten würden. Dort macht es geraume Zeit keinen Sinn, weil wir nicht so schnell zu einem fortlaufenden Netz kommen werden, das dort hinführt, und das wäre eben bei Harburg anders. Und deswegen ist das der richtige Schritt. Frau Sudmann, Sie haben natürlich recht, dass es über die diskutierten Stadtteile hinaus auch eine ganze Reihe weiterer Stadtteile gibt, die man in ein Netz einknüpfen könnte,

(Dirk Kienscherf SPD: Aber die Finanzierung!)

und Billstedt gehört sicherlich dazu.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/892 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion hat hierzu eine punktweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte nun den ersten Spiegelstrich des GAL-Antrags aus der Drucksache 20/892 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte dem zweiten Spiegelstrich seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses abgelehnt.

Wer möchte den dritten Spiegelstrich annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 20/1051, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Hafententwicklung – Quo vadis?

**[Große Anfrage der FDP-Fraktion:
Hafententwicklung – Quo vadis?**

(Vizepräsidentin Kersten Artus)**– Drs 20/1051 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Kluth, Sie haben es.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen am Wochenende das Interview mit Frau Roller in der "Welt am Sonntag" gelesen hat. Sie werden wissen, dass Frau Roller Vorstand der Hafen Hamburg Marketing e.V. ist und sie in dem Interview etwas gesagt hat, was für den Vorstand eines Vereins, dessen satzungsmäßiger Zweck das Marketing für den Hamburger Hafen ist, wirklich bemerkenswert erscheint. Frau Roller hat gesagt, dass sie ganz froh wäre, wenn der Hafen nicht zu schnell wachsen würde. Begründung: Bei einem weiteren Wachstum wie bisher sei man gar nicht dazu in der Lage, die erforderliche Infrastruktur herzustellen. Oder im Umkehrschluss: Nur bei einem langsameren Anstieg der Umschlagszahlen reiche die Zeit, um die Infrastruktur aufzubauen.

Die FDP hält diese Analyse von Frau Roller – und Frau Roller ist sicherlich eine Sach- und Fachkennerin in dieser Frage – für dramatisch. Sie macht nämlich die hafenpolitischen Versäumnisse und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre deutlich. Die Hafenpolitik hatte insbesondere unter dem schwarz-grünen Senat keine Priorität. Ich erinnere daran, dass es ein CDU-Senator war, nämlich Axel Gedaschko, der mitten in der weltweiten Güterverkehrskrise die Hafengebühren erhöht hat. In Rotterdam hat man zu diesem Zeitpunkt das Gegenteil gemacht.

Ich erinnere an das verfehlt Konzept "Hafen finanziert Hafen" und ich erinnere schließlich an den verfehlten ersten Entwurf des neuen Hafenenwicklungsplans, vorgelegt durch den CDU-Senator Karan.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hält es daher für grundsätzlich richtig, wenn der Senat den Hamburger Hafen als industrieverbundenen Universalhafen weiterentwickeln und stärken will. Die Halbjahres-Pressekonferenz in der vergangenen Woche hat die Bedeutung des Hafens für die Stadt noch einmal sehr deutlich gemacht.

Der Hafen erwirtschaftet für die Stadt 670 Millionen Euro und damit 8 Prozent des gesamten Hamburger Steueraufkommens. Die Hafenunternehmen geben in der Metropolregion Hamburg über 150 000 Menschen Arbeit und der Gesamtumschlag im Hamburger Hafen legte im ersten Halb-

jahr um 9,4 Prozent zu, der Containerumschlag sogar um 17,4 Prozent.

Wer Herrn Senator Horch auf dieser Pressekonferenz erlebt hat, der musste den Eindruck gewinnen, dass der Senator diesen Aufschwung höchstpersönlich ausgelöst hat. Nein, Herr Horch, das ist das Ergebnis der positiven konjunkturellen Entwicklung und der Leistungen der mittelständischen Betriebe der Hamburger Hafenwirtschaft und ihrer Beschäftigten. Herr Horch, mit dem Senat hat diese Entwicklung rein gar nichts zu tun, weder mit dem jetzigen und erst recht nicht mit dem schwarz-grünen Vorgängersanat.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP will auch weiterhin Wachstum für den Hamburger Hafen. Dazu müssen die Anstrengungen im Bereich der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur erhöht werden und dazu brauchen wir eine kluge Hafen-Entwicklungsplanung mit Konzept und vor allem mit mehr Tempo. Genau bei diesem Punkt beschleichen uns Zweifel, ob der Senat seinen Worten auch wirklich Taten folgen lassen will, jedenfalls, wenn man die Antworten des Senats auf unsere Große Anfrage zur Hafenenwicklungsplanung liest.

Ich werde Ihnen drei Beispiele geben. Unsere Frage, wie der Senat die strategischen Leitlinien für die Hafenpolitik bewertet, wurde so beantwortet:

"Der Senat hat sich hiermit nicht befasst."

Unsere Frage, wie der Abstimmungsprozess mit den anderen Bundesländern, der Bundesregierung und der Kommission bei der Hafenenwicklungsplanung aussehe, beantwortete der Senat wie folgt:

"Eine förmliche Abstimmung (...) findet in der Erstellungsphase nicht statt."

Und die dritte Frage, welche Position der Senat zur Industrieansiedlung im Hafen und zur weiteren Nutzung von Steinwerder habe, beantwortete der Senat ebenfalls enttäuschend:

"Die Meinungsbildung des Senats (...) ist (...) noch nicht abgeschlossen."

Tempo und entschlossene Hafenenwicklungsplanung sehen anders aus. Ich will von daher vier Punkte nennen, die aus Sicht der FDP-Fraktion für die weitere Hafenenwicklungsplanung von Bedeutung sind.

Erstens: Die planungsrechtliche Privilegierung von Hafen- und Industrienutzung im Hafengebiet muss gesichert und vor Durchlöcherungen bewahrt werden. Diese rechtliche Struktur des Hafens als größtes zusammenhängendes Gewerbegebiet ist ein wichtiger Standortvorteil, um den uns andere Bundesländer beneiden und den es zu schützen gilt. Zugleich müssen die erforderlichen Flächen für die

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

im Hafen ansässigen Industrieunternehmen im neuen Hafenentwicklungsplan gesichert werden. Und bei der Hafenentwicklungsplanung dürfen nicht nur die großen Player der Hafenvirtschaft in die Planungen einbezogen werden, sondern auch die vielen mittelständischen Unternehmen, wie sie die Hamburger Hafenvirtschaft prägen.

Zweitens: Ohne verstärkte Anstrengungen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur droht nicht nur der Stadt, sondern auch dem Güterumschlag im Hafen der Verkehrskollaps. Sie haben sicher alle in den vergangenen Tagen die Medienberichterstattung über die Stausituation und die mangelnde Baustellenkoordination gelesen. Die Hafenvirtschaft geht davon aus, dass bereits heute aufgrund der Verkehrssituation im Hafenbereich 500 000 Container über andere Häfen umgeschlagen werden und damit Hamburg verlorengehen. Wir müssen sehr genau darauf achten, dass die HHLA-Milliarde nicht zweckentfremdet wird,

(Arno Münster SPD: Ist sie doch schon!)

sondern in voller Höhe für den Hafen zur Verfügung steht. Wir brauchen also erhöhte Anstrengungen zur Umsetzung der Ahrensburger Liste und dazu bedarf es erforderlichenfalls auch unkonventioneller Maßnahmen.

Ich nenne Ihnen hierzu ein konkretes Beispiel. Wie Sie wissen, hat die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Ausbau der A1 zwischen Münster und Osnabrück aus ideologischen Gründen gestoppt. Staatssekretär Ferlemann hat daraufhin angekündigt, die Mittel, die das Bundesverkehrsministerium für das Projekt vorgesehen hatte, in andere Bundesländer umzuleiten. Herr Horch, hier hätten wir uns schon gewünscht, dass der Senat zumindest den Versuch unternommen hätte, diese Mittel für eines der wichtigen Infrastruktur- und Verkehrsprojekte in Hamburg einzuwerben. Aber die Feststellung ist: Fehlanzeige.

Drittens: Wir brauchen keine Veränderungen in der Aufgabenverteilung zwischen der Stadt, also der Port Authority einerseits und den privaten Hafenunternehmen andererseits. Die HPA ist für die Entwicklung, Erweiterung und Bewirtschaftung der städtischen Flächen und Infrastruktureinrichtungen zuständig und dabei sollte es auch bleiben. Die Übernahme von neuen Geschäftsfeldern im Wettbewerb zu bestehenden privaten Hafenunternehmen lehnen wir ab. Wir begrüßen daher auch die klare Aussage des Senats auf unsere Große Anfrage, dass, im Gegensatz zum Vorentwurf des Hafenentwicklungsplans, keine Veränderung bei den bisherigen Geschäfts- und Aufgabenbereichen der HPA angestrebt wird.

Viertens und letztens: Ohne die Fahrrinnenanpassung verliert der Hamburger Hafen erst die großen Containerschiffe und dann den Anschluss an den Welthandel. Bereits heute sind über 220 Contai-

nerschiffe mit mehr als 8000 TEU und Tiefgängen von mehr als 13,5 Metern im Einsatz. Schon heute stehen wir vor dem Problem, dass Containerschiffe dieser Größenordnung teilweise anderswo gelöscht oder beladen werden, also in erster Linie in Rotterdam. Das kann Hamburg sich nicht leisten. Wir brauchen daher Professionalität und Tempo, um die Fahrrinnenanpassung endlich auf den Weg zu bringen, und auch, um die Verunsicherungen bei den großen internationalen Reedereien endgültig zu beenden, ob der Hamburger Hafen dazu in der Lage sein wird, auch in Zukunft Schiffe über 8000 TEU zu bedienen.

Meine Damen und Herren! Was wir hingegen nicht brauchen, ist eine mit öffentlichen Mitteln und aus dem Hafengeld bislang mit 13,5 Millionen Euro finanzierte "Stiftung Lebensraum Elbe", in deren Gremien erklärte Gegner der Elbvertiefung und Vertreter von Verbänden sitzen, die bereits heute Klagen gegen die dringend erforderliche Fahrrinnenanpassung der Elbe angekündigt und auf den Weg gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Die FDP fordert daher, das Gesetz über die Zuführungen an die "Stiftung Lebensraum Elbe" umgehend aufzuheben und die frei werdenden Mittel für die Modernisierung der Hafeninfrastruktur oder eine Senkung der Hafengebühren zu nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Balcke.

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kluth, Ihren Ausführungen konnte ich zum Teil folgen. Über Ihre Bemerkungen zu den Antworten des Senats, zu denen Ihrer Meinung nach nicht ausreichend Stellung genommen wurde, kann man streiten. Entscheidend ist doch eines, nämlich dass der Senat sich mit einer Thematik auseinandersetzt, die in den letzten Jahren, wie Sie es ganz richtig sagten, sträflich vernachlässigt wurde. Wir haben einen Scherbenhaufen vorgefunden, als der SPD-Senat die Regierung übernommen hatte. Es hatte auch mit den Grünen etwas zu tun. Und nun geht es darum, diese Scherben zusammenzukehren und zu einem Gesamtkonstrukt aufzubauen. Das haben wir immer gesagt, das war unsere Ankündigung, und nun müssen wir die beteiligten Akteure an einen Tisch holen. Ich fand beim Durchlesen der Antworten des Senats einige Punkte, die durchaus interessant und relevant und es wert sind, im Ausschuss diskutiert und besprochen zu werden.

Wir haben wichtige Herausforderungen vor uns. Die Hafenhinterland-Frage ist offen, Sie haben es angesprochen, die Hafenuferspanne, die A7-Anbindung und so weiter sind die großen Verkehrsinfrastruktur-Projekte. Und die Frage ist wichtig, wie

(Jan Balcke)

wir neben der Fahrrinnenanpassung Logistikflächen intelligent lösen. Das sind alles Themen, die Sie sehr im Detail ausgeführt haben. Wir werden uns damit im Ausschuss befassen. Deswegen stimmen wir auch einer Überweisung zu.

Wir sind sehr froh, dass jetzt mit dem Senator ein Mann diesen Prozess steuert unter Beteiligung sämtlicher wichtigen Akteure, der etwas von seinem Handwerk versteht. Der Hafen ist bei Senator Horch in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ohlsen, Sie haben das Wort.

Olaf Ohlsen CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, ich würde unsere Hafenpolitik nicht als Scherbenhaufen bezeichnen, denn wir haben doch die Weichen gestellt. Wir haben die Westerweiterung EUROGATE auf den Weg gebracht. Wir haben den mittleren Freihafen auf den Weg gebracht. Wir haben Tollerort ertüchtigt, wir haben die Fahrrinnenanpassung auf den Weg gebracht. Ich weiß nicht, wo Sie den Scherbenhaufen sehen. Wir haben auch die HHLA-Milliarde für die Infrastruktur des Hamburger Hafens eingesetzt und werden sie weiterhin einsetzen. Den Scherbenhaufen sehe ich überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kluth, Sie haben das sehr sachlich und gut vorgetragen. Ich werde auf diese einzelnen Punkte nicht eingehen, weil wir alle wissen, welche Steuereinnahmen wir aus dem Hamburger Hafen requirieren. Wir wissen, wie viele Beschäftigte dort sind und wir wissen um die Notwendigkeit, die Hinterlandverkehre zügig zu ertüchtigen. Eines ist doch klar: Die letzte Pressemitteilung macht sehr deutlich, dass, je mehr Wachstum vorhanden ist, es desto schwieriger wird, die Waren, die nach Hamburg kommen, weiterzutransportieren. Das könnte zu einem Kollaps führen, der die Warenströme motiviert – ich sage das so ganz flapsig –, an Hamburg vorbeizugehen. Das wäre ein fatales Ergebnis. Wenn auch der Name Hafenuerspannung hier nicht mehr gern gehört wird – wir reden schon seit 40 Jahren darüber –, so muss man doch den Senator auffordern, das, was Grün-Schwarz planungsmäßig auf den Weg gebracht hat, zügig abzuarbeiten.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Grün-Schwarz, das ist ja ganz was Neues!)

Von daher werde ich darauf nicht weiter eingehen.

Was die HPA anbelangt, Sie sagten das richtig, macht sie in meinen Augen einen guten Job. Wir müssen sehr auf die Finanzierung der HPA achten. Damit werden wir uns zeitgerecht im Unterausschuss Vermögen, aber auch im Wirtschaftsaus-

schuss inhaltlich auseinandersetzen. Es ist verfrüht, jetzt Stellung zu nehmen.

Wenn so eine Große Anfrage, lieber Herr Kluth, gefüllt wird mit der Ahrensburger Liste, mit Erklärungen, die eigentlich jeder kennt, habe ich das Gefühl – nicht bei Ihnen, aber bei anderen –, dass man vielleicht ein paar Seiten füllen wollte mit Sachen, die jedem bekannt sind.

(Beifall bei *Wolfgang Rose* SPD)

Beim Punkt "Stiftung Lebensraum Elbe" bin ich nicht Ihrer Meinung, weil ich glaube, dass die Argumente, die Sie vorgebracht haben, so nicht stimmen. In der Stiftung sind natürlich Umweltverbände, das wollten wir auch. Wir wollten die Ökologie und Ökonomie zusammenführen und das tun wir. Sie haben sicherlich in der letzten Zeit die Artikel gelesen, dass, von der Stiftung ausgehend, konkrete Ideen entstehen, beispielsweise den Süderelberaum wieder frei zu machen, um Störe anzusiedeln und Ähnliches. Dafür haben wir diese Stiftung ins Leben gerufen. Sowohl mit dem Stiftungskapital als auch mit der personellen Besetzung dieser Stiftung und auch verbandsmäßig ist dies sehr gut austariert. Wir haben einen Stiftungsvorsitzenden, den ich persönlich sehr schätze und der die Arbeit ehrenamtlich macht. Das ist auch wichtig angesichts dieser finanziellen Lage. Sie machen dort einen guten Job und wir sollten abwarten, was da passiert. Das Stiftungskapital soll, wie Sie wissen, kapitalisiert werden, auf 40 Millionen Euro anwachsend, aber auch Privatstiftungen beziehungsweise Zustiftungen sind hier erwünscht.

Insofern stimmen wir natürlich einer Überweisung gern zu, weil wir dieses Thema noch im Wirtschaftsausschuss weiter behandeln und am Ball bleiben wollen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Kerstan.

(*Wolfgang Rose* SPD: Ohlsen hat doch alles gesagt!)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Wahlkampf gab es für die SPD fast nur ein Thema, nämlich Hafen und noch einmal Hafen. Auch in seiner Regierungserklärung hat der Bürgermeister angekündigt, den Hafen in den Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik zu stellen.

(*Thomas Völsch* SPD: Selbst wenn es so wäre, haben wir dafür 48,5 Prozent bekommen!)

Und jetzt, fünf Monate nach der Wahl, hatten Sie heute einmal die Gelegenheit zu berichten, wie Sie nun neue Hafenpolitik gestalten wollen, wie Sie diesen Scherbenhaufen, von dem Sie immer reden, beseitigen wollen. Man muss feststellen, dass

(Jens Kerstan)

Sie fünf Monate nach der Wahl nach diesen bombastischen Ankündigungen eigentlich verdammt wenig zu sagen haben. Herr Balcke, ich glaube, das war die kürzeste Rede eines SPD-Abgeordneten zum Hafen, die ich hier in mittlerweile neun Jahren in der Bürgerschaft erlebt habe. Inhaltlich haben Sie wieder nichts anderes gesagt außer, dass der Hafen wichtig sei und dass er darum bei der SPD auch in guten Händen sei.

(Dirk Kienschurf SPD: Wir müssen Redezeit sparen!)

Daraus wird deutlich, dass Sie keinen Plan haben. Und den Hafenentwicklungsplan, den wir vorgelegt haben, wollen Sie nicht.

(Dirk Kienschurf SPD: Nee, wir machen den anderen!)

Fünf Monate nach der Übernahme der Regierungsverantwortung gibt es kein einziges Wort dazu, was Sie eigentlich an dem Plan kritisieren. Sie sagen nur, dass Sie ihn nicht wollen und jetzt alle etwas dazu sagen könnten – und das angesichts einer Situation, in der der Hamburger Hafen mehr Marktanteile verloren hat als seine Konkurrenzhäfen.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Das Ergebnis von drei Jahren Schwarz-Grün!)

Und bei der Wiedererholung des Umschlags erholt er sich auch langsamer als alle Wettbewerbshäfen,

(Andy Grote SPD: Das galt nur bis zum Februar, jetzt geht's dem Hafen wieder besser!)

sodass der Hamburger Hafen im Moment Marktanteile verliert. Ausgerechnet in der Situation haben der Senat und der neue Senator keinen Plan? Er will über einen Hafenentwicklungsplan, der jetzt seine Weichenstellungen vornimmt, die dringend notwendig sind, bis zum Ende des Jahres einmal reden und dann vielleicht auch Maßnahmen daraus ableiten.

(Zurufe von der SPD)

Man muss eines feststellen: Ihnen mag der Hafen wichtig sein, aber was Sie dort anders machen wollen, davon haben Sie nicht den blassesten Schimmer. Und das ist angesichts dieser Ankündigungen einfach zu wenig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In einem Punkt haben Sie sich festgelegt, Sie sagen, dass Sie "Hafen finanziert Hafen" nicht mehr wollen. Man kann darüber diskutieren, ob man jetzt alle Investitionen wieder aus Steuermitteln bestreitet. Ich habe bisher auch noch nicht gehört, woher die kommen sollen. Angesichts der knappen Kassen des Haushalts ist das auch nicht unbeträchtlich. Wir Grünen jedoch haben neben der betriebswirtschaftlichen Betrachtung der HPA auch nichts

gegen eine volkswirtschaftliche Betrachtung des Hafens. Wir freuen uns durchaus, dass es der HPA gelungen ist, ihren Jahresfehlbetrag zu halbieren und ihre Einnahmen aus Mieten und Pachten um 10 Millionen Euro zu erhöhen. Wenn die SPD sagt, das Projekt "Hafen finanziert Hafen" wolle sie nicht mehr und dies jetzt bedeutet, dass dort erneut eine Subventionitis ansteht,

(Wolfgang Rose SPD: Was ist das denn?)

dann ist das keine gute Botschaft für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieser Stadt.

(Roland Heintze CDU: Was Sie am besten können!)

Aber vielleicht sagen Sie irgendwann auch einmal etwas Konkretes dazu.

Ein anderer Punkt ist, dass sich zwei wichtige Unternehmen im Hafen in einer Krise befinden, zum einen Blohm + Voss. Der neue Käufer kommt nicht, der Mutterkonzern will verkaufen, 1600 Arbeitsplätze sind in Gefahr, aber in diesem Senat fühlt sich niemand dafür zuständig. Herr Horch sagt dazu durch seine vorherige Tätigkeit bei Blohm + Voss zu Recht im Moment nichts. Er hat das Thema vor der Sommerpause an den Finanzsenator übergeben, der sich massiv darum gekümmert hat, er ist nämlich in Urlaub gefahren. Dann wurde das Thema an die Umweltsenatorin übergeben und die hat dann mit dem Betriebsrat gesprochen. Das ist eine spannende Strategie, wenn es das Problem gibt, dass der Eigentümer verkaufen will. Der Bürgermeister wiederum sagte, mit dem Mutterkonzern habe er nicht geredet und auch mit der Bundesregierung habe er nicht geredet, die angesichts der Militäraufträge durchaus einen Verkauf untersagen und damit den Standort sichern könnte.

Meine Damen und Herren! An Ihrem Handeln kann man nicht feststellen, dass Ihnen der Hafen wichtig ist, denn niemand von Ihnen fühlt sich dafür zuständig, und das ist zu wenig.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von Arno Münster SPD)

Bei Hapag-Lloyd ist klar, dass der Börsengang nicht mehr kommt; auch hier will TUI verkaufen. Auch Mitglieder des Albert-Ballin-Konsortiums wollen nicht unbedingt an Bord bleiben. Der bisherige Plan, über einen Börsengang den Standort Hamburg zu sichern, wird nicht mehr funktionieren.

Was wird der Senat tun? Es gibt hier zwei Optionen: TUI hat ein Andienungsrecht, seine Anteile an die Stadt zu geben. Wir müssten entweder für viel Geld den kompletten Konzern übernehmen – das ist angesichts der schwierigen Haushaltslage wahrscheinlich nicht die beste Option – oder die Anteile, die im Moment vom Albert-Ballin-Konsortium gehalten werden, fallen zurück an TUI und TUI kann die Mehrheit an Hapag-Lloyd oder an wen

(Jens Kerstan)

auch immer verkaufen. Dann ist der Standort wieder in Gefahr. Beides sind keine guten Optionen und was sagt der Senat dazu? Gar nichts. Dass der Senat irgendetwas tut, davon hat man bisher auch nichts gehört; dieser Senat ist erstaunlich inaktiv.

Kommen wir zur Elbvertiefung. Die Strategie der SPD, die es bei ihr schon immer gab, nämlich zu sagen, Hafen sei Hafen und der Hafen solle gestärkt werden, indem Umwelt-Dumping betrieben wird. Das wird in dieser Zeit keine Erfolgsgeschichte sein. Bei der Elbvertiefung ist im Moment völlig offen, ob Sie das Verfahren durchbekommen wollen. Und da stellt sich die Frage, ob Sie immer wieder mit dem Kopf durch die Wand und für 100 Prozent streiten wollen. Es geht auch anders. Antwerpen, der Konkurrenzhafen Hamburgs, der besser durch die Krise gekommen ist und uns gerade Marktanteile abnimmt,

(Andy Grote SPD: Da gab's auch keinen schwarz-grünen Senat in Antwerpen!)

hat gerade beschlossen, nicht tideunabhängig auf 13,50 Meter in der Ausbaggerung zu gehen, wie Hamburg es jetzt wieder ohne europäisches Umweltrecht machen will, sondern sie gehen auf 13,10 Meter. Mit den Umweltverbänden wurde vereinbart, Hunderte von Millionen Euro in die Verbesserung der Flussstruktur investiert, und siehe da, die Umweltverbände klagen nicht und die Vertiefung in Antwerpen ist bereits erfolgt.

Wir Grünen sind nicht für die Vertiefung, sondern wir sind sehr dafür, die ökologische Situation der Elbe nicht zu verschlechtern. Aber die Strategie, Ökologie an die Seite zu schieben, ist nicht nur verheerend für die Umwelt der Elbe, sondern gefährdet auch den Hamburger Hafen. Und ich kann Sie einfach nur auffordern, vielleicht einmal über Alternativen nachzudenken, Herr Horch, und mit den Umweltverbänden, so wie Antwerpen es getan hat, zu verhandeln, und nicht immer 100 Prozent anzusetzen, die Sie unter Umständen vor Gericht nicht durchsetzen können.

(Beifall bei der GAL – Olaf Ohlsen CDU: Die Zeit haben wir doch schon hinter uns, Herr Kerstan! Das ist doch Schnee von gestern!)

Liebe Kollegen von der FDP, diese "Stiftung Lebensraum Elbe" ist das Modell, durch das man in Zukunft die Umwelt dieser Stadt sichern und gleichzeitig die Hafeninteressen berücksichtigen könnte. Das könnte ein Kern- und Kristallisationspunkt sein, wie in Zukunft die Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, die es in dem Bereich sicher gibt, gelöst werden können. Wenn das nicht passiert, dann wird der Hamburger Hafen langfristig in dieser Stadt und in Europa in der heutigen Zeit keine Zukunft haben. Wir Grüne halten das für keine gute Strategie.

(Beifall bei Christa Goetsch GAL)

Herr Horch, es gibt viel zu tun, und ich hoffe, wir hören irgendwann einmal etwas von Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat der Abgeordnete Hackbusch das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Große Anfrage hat dazu geführt, dass alle Diskutanten – es waren nur Männer – etwas völlig Unterschiedliches gesagt und sich irgendetwas herausgepickt haben. Ich glaube, das lag nicht so sehr an der Art und Weise, wie die Große Anfrage gestellt wurde, sondern es lag, was wir im Zusammenhang mit dem Hafen leider häufiger feststellen, an mangelnden Informationen.

Ihre Große Anfrage ist in beiden Bereichen nicht richtig beantwortet worden und wir stellen dort ein Defizit fest, das ich insgesamt einmal zur Sprache bringen möchte. Wir erhalten über den Hamburger Hafen zu wenige Informationen. Die Situation im Haushaltsausschuss ist doch mittlerweile die, dass zum Hamburger Hafen die gesamten Fragen, die bisher diskutiert worden sind – was zum Beispiel Baggergut kostet oder was Flächen in diesem Zusammenhang bedeuten –, auf eine einzige Spalte reduziert worden sind, und diese Spalte heißt, wie viel Unterstützung bekommt die HPA noch von der Stadt. Das sind 24 Millionen Euro. Und das sind alle Informationen, die wir normalerweise bekommen. Dies ist ein Defizit, das wir gemeinsam beklagen und wieder ändern sollten. Es ist irgendwo beim HPA-Gesetz etwas schiefgelaufen, denn wir können doch nicht so tun, als wenn das Herz der Stadt nicht normal in der Bürgerschaft und in den Ausschüssen diskutiert werden könne. Hier müssen wir auf jeden Fall etwas verändern. Ich hoffe, dass Herr Horch uns einiges an Informationen, die uns in der Großen Anfrage nicht gegeben wurden, zumindest dann in den Ausschüssen gibt.

Ich möchte auf einige Debatten, die hier geführt wurden, eingehen. Ich glaube, das entscheidende Problem, vor dem wir stehen, ist die Hinterlandanbindung. Wenn Sie sich einmal die verschiedenen Punkte anschauen, die es dazu gegeben hat – die Studie über die HPA und auch das, was im Hafentwicklungungsplan dann wieder zurückgezogen worden ist, was vom Inhalt her aber teilweise durchaus interessant war –, dann erkennen Sie, dass das entscheidende Moment nicht die Hafenuerspannung ist. Die ist relativ unwichtig und das werden Sie auch sehen, wenn Sie sich diese Fragen genau anschauen. Das entscheidende Moment, unter dem wir in Hamburg leiden und das unser Hauptproblem ist, ist, dass die Container per Bahn nicht mehr zügig bei dem zu erwartenden Anstieg abfließen können. Das ist ein riesiges strukturelles Pro-

(Norbert Hackbusch)

blem, weil eine Ausweitung dieses Bereichs besonders kostenintensiv ist. Es muss natürlich im Wesentlichen vom Bund durchgeführt werden und es muss auch vor allen Dingen eine Zusammenarbeit mit Niedersachsen erfolgen. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, welche Lösung die beste ist, aber wir brauchen dort dringend eine Lösung, denn das ist das Nadelöhr und nicht diese Autobahn, die wir uns immer gegenseitig um die Ohren schlagen.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Das Problem ist, dass uns gegenwärtig Investitionsmittel bei der Deutschen Bahn fehlen. Dazu möchte ich endlich einmal eine Stellungnahme hören, denn dort liegen die Schwierigkeiten und nicht darin, dass wir es mit der Deutschen Bahn gegenwärtig mit einem – salopp formuliert – etwas chaotischen Unternehmen zu tun haben, das zum Teil Entscheidungen betrifft, bei denen ich nicht genau weiß, wer das eigentlich wie entscheidet. Auch fließen die Infrastrukturmittel erstaunlicherweise in Bereiche, was mir als Hamburger, dem der Hafen besonders am Herzen liegt, völlig unverständlich ist. Für diese riesigen Investitionen in so etwas wie Stuttgart 21, irgendein Prestigeprojekt im Süden, bei dem mir völlig unklar ist, welche großartigen Ergebnisse da herauskommen sollen, werden die Investitionsmittel eingesetzt.

Es wäre eine vornehme Aufgabe aller Hamburger Politiker, auf allen Bundesebenen zu intervenieren, damit die Investitionsmittel nicht für so etwas wie dieses Prestigeprojekt ausgegeben werden, sondern für die Entwicklung des Containerverkehrs, wie die Bahn die Container aus Hamburg abführen kann; das wäre entscheidend. Da möchte ich an den Lokalpatriotismus der SPD und auch der CDU appellieren, weil es für uns entscheidend ist, auf Bundesebene noch etwas zu bewegen.

Ich möchte noch zwei kleinere Punkte ansprechen. Ich habe mich sehr gefreut über den Beitrag von Herrn Ohlsen, und zwar im Zusammenhang mit der Elbvertiefung. Ich denke, dass dort ein Schritt vorwärts gemacht worden ist und wir dies gemeinsam durch Debatten erreicht haben. Wir müssen in der Lage sein, die Elbe nicht allein als einen Zufahrtsstrom zum Hamburger Hafen zu verstehen, sondern als ein ökologisches Gebilde.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

So viel ökologisches Verständnis ist heutzutage einfach eine Grundvoraussetzung. Dies sollten auch alle diejenigen besitzen, die in der Debatte etwas beizutragen haben. Ich bitte Sie, einmal ins Alte Land, zum Beispiel nach Kehdingen, zu gehen und mit den Menschen zu reden. Das sind doch nicht irgendwelche ökologischen Spinner, die dort irgendetwas machen, sondern die Menschen sagen, es sei eine Versalzung des Alten Lands zu befürchten, wenn die Elbvertiefung komme. Das ist ein gewichtiges Argument. In Kehdingen gibt es

das Problem, dass aufgrund der Strömungsveränderung schon jetzt an bestimmten Stellen der Deich weggebrochen ist. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen und nicht einfach sagen, dass solche Belange kein Gewicht hätten. Wir müssen eine ganzheitliche Politik gestalten, das ist absolut notwendig, um weiterzukommen.

Man kann nicht einfach von rechtsfreien Räumen sprechen. Diese rechtsfreien Räume im Hamburger Hafen sind auch aus dem letzten Jahrhundert. Ich kenne diese Debatte von den rechtsfreien Räumen in anderen Zusammenhängen; Herr Warnholz hat es immer gern angeführt. Aber im Hamburger Hafen rechtsfreie Räume zu fordern und alles andere, was an ökologischen Standards existiert, einfach so wegzuwischen, da ist die FDP doch zwei Schritte zurück. Ich möchte gern, dass Sie diese Schritte noch machen in den nächsten ein, zwei Jahren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Herr Senator Horch das Wort.

Senator Frank Horch:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann nicht auf alle angesprochenen Punkte im Einzelnen eingehen, jedenfalls nicht in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit, aber ich möchte auf die wesentlichen Fragen zum weiteren Vorgehen antworten.

Der Hafen ist ein Teil unserer Stadtgeschichte und ich möchte damit beginnen, was in der Hamburger Verfassung schon in der Präambel so treffend ausgedrückt ist:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen."

Ich könnte diese Präambel jetzt noch weiter zitieren, aber ich will nicht zu pathetisch werden. Ich will damit nur deutlich machen, dass sich auch der jetzige Hamburger Senat dieser historischen Verpflichtung bewusst ist und sich der gesamten Nation verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist für Deutschland das Tor zur Welt. Das ist nicht nur ein Spruch, sondern eine Realität, was den Hub aus Nordeuropa angeht. Das kann aber nur so bleiben, wenn wir den Hamburger Hafen wettbewerbsfähig erhalten und ihn für die Zukunft entwickeln. Nach der weltweiten Krise, die wir hinter uns haben, sind auch wir wieder auf Wachstumskurs. Und anders, als zum Teil hier zitiert wurde, sind wir auf einem sehr guten Wachstumskurs, auch im Vergleich zu unseren Wettbewerbshäfen

(Senator Frank Horch)

in der Nordrange. Die aktuellen Zahlen belegen dies und auch die prognostizierten Zahlen für den Hamburger Hafen insgesamt als Universalhafen liegen hoch.

Aber, und dies ist ein großes Aber, der Wettbewerb ist für den Hamburger Hafen intensiver geworden durch aktuelle und auch zukünftige Veränderungen, denen wir uns stellen müssen. Das macht uns keine Angst, aber wir sind gezwungen, uns noch stärker auf diesen Wettbewerb einzustellen. Und wohin die Reise gehen soll, das entscheidet die künftige Hafententwicklung. Warum, das ist die Frage, muss jetzt wieder alles neu gemacht werden? Nebenbei gesagt, es wird nicht alles neu gemacht. Müsste der Hafententwicklungsplan nicht längst fertig sein, drängt nicht die Zeit sehr? Diese Fragen werden gestellt, aber gerade weil der auf 15 Jahre in die Zukunft gerichtete Hafententwicklungsplan die entscheidenden Weichen für die Zukunft stellen soll, müssen wir ihn jetzt ganz sorgfältig planen und erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns entschieden, dies – vielleicht im Gegensatz zu früheren Jahren – nicht allein zu machen, sondern in einen intensiven, umfassenden Dialog einzusteigen. Dieser Prozess hat jetzt begonnen. Er hat eine Vorbereitungszeit erforderlich gemacht und wir haben gestern den ersten von insgesamt vier Workshops auf den Weg gebracht. Wir diskutieren in diesen einzelnen Dialogveranstaltungen mit mehr als fünfzig Teilnehmern und wollen so zu einer langfristig tragbaren Strategie für den Hamburger Hafen kommen.

Hamburg und die Metropolregion – und das ist das Entscheidende – brauchen einen starken, prosperierenden Hafen. Wie ich schon sagte, ist das kein Anliegen von Hamburg allein. Berücksichtigen Sie dabei bitte auch, dass dieser Hafen mitten in einer Stadt liegt, wie kein anderer vergleichbarer Hafen in der Welt. Jeder vergleichbare Hafen liegt außerhalb der Stadt, wir haben aber einen Hafen, der mitten in der Stadt liegt und von daher auch umgeben ist von wertvollen natürlichen Lebensräumen. Auch das sind Belange, denen der Hafententwicklungsplan Rechnung tragen muss und die wir für die gesellschaftliche Entwicklung der Zukunft mit berücksichtigen müssen. Es geht aber auch darum, Lösungen und Wege aufzuzeigen, die die Interessenlage des Hafens berücksichtigen und zugleich die Symbiose von Hafen, Stadt und Umwelt nachhaltig gestalten. Das ist auch das Interesse der gesamten Hafentwirtschaft.

Es wurden die unterschiedlichsten Vorstellungen zur Entwicklung des Hafens thematisiert. Wie schon gesagt, werden drei weitere Dialoge geführt werden. Wir werden im September einen weiteren Hafengipfel haben und der Senatsbeschluss wird bis Ende des Jahres vorliegen. Wir werden das alles mit den Beteiligten ordentlich und in die Tiefe

gehend besprechen und ganz solide auf den Weg bringen. Dieser Beteiligungsprozess dient dazu, dass wir an dem Wissen und auch der Erfahrung vieler Beteiligter partizipieren, und das soll den künftigen Hafententwicklungsplan inhaltlich prägen.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema ist für die Stadt wichtig, das hören wir aus allen Beiträgen heraus. Der Hafen ist nicht nur das Herzstück der Hafentwirtschaft, der Hafen ist auch das Herzstück der gesamten Hamburger Wirtschaft. Deshalb ist eine sorgfältige Vorbereitung notwendig. Hier sind Zahlen gefallen zur Bedeutung des Hafens, die ich gar nicht weiter ausführen will. Es geht um Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Metropolregion und um Steuereinnahmen für die Stadt von entscheidender Bedeutung. Also von der Seite her kann man über die Bedeutung des Hamburger Hafens gar nicht zweierlei Meinung sein.

Wir werden die Ergebnisse, die wir en détail, auch durch wissenschaftliche Studien begleitet, erarbeiten, bis Ende Oktober auf den Weg bringen. Wir werden das auf einem zweiten Hafengipfel zusammenfassen und dann die politische Agenda des Senats vorstellen. Anfang des Jahres 2012 werden wir unsere Vorstellungen dann der Bürgerschaft vorlegen und hier abschließend über den Hafententwicklungsplan debattieren. Somit werden wir Ende des Jahres deutlich machen, wohin die Reise geht, und es wird auf alle Fragen, die heute aufgeworfen wurden, eine entsprechende Antwort geben.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch alles Wischiwaschi!)

Erlauben Sie mir aber aufgrund der aktuellen Berichterstattung zu den verkehrspolitischen Problemen im Hafen einen kurzen Blick in die Vergangenheit. Sperrungen mit großen Beeinträchtigungen im Hamburger Hafen und auch auf den Tangenten hat es nachweislich im Sommer in Hamburg immer gegeben. Und Sie, meine Damen und Herren aus der Opposition, tun so, als wenn in diesem Jahr zum ersten Mal nicht alles so in Butter gewesen wäre, um das ganz banal auszudrücken. Dem war nicht so und ich darf Ihnen sagen, dass viele Beeinträchtigungen ihre Gründe haben, die auch zu einem Großteil in der Vergangenheit liegen, was den Zustand der Straßen, die baulichen Maßnahmen und die Ertüchtigung von Brücken angeht. Das ist eine umfassende Aufgabe, die wir uns in der kurzen Zeit der ersten fünf Monate vorgenommen haben; daran werden wir arbeiten. Wir werden die Hafentinfrastruktur entwickeln und wir werden, was zu Recht deutlich gefordert wurde, die Hinterlandanbindungen insgesamt dem sogenannten Modal Split entsprechend nach vorne bringen.

(Senator Frank Horch)

Das sind wesentliche Punkte auch des Hafentwicklungsplans und das ist sogar das Thema eines Dialogs, der sich nur mit den infrastrukturellen Maßnahmen im Hafentwicklungsplan beschäftigt. Im Übrigen ist es unredlich, mir etwas vorzuwerfen, was die Entwicklung des Hamburger Hafens angeht, wenn dazu in der Vergangenheit bestimmte Dinge eben nicht auf den Weg gebracht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Weil dem nämlich so ist, wollen wir aufgrund der Bedeutung des Hamburger Hafens nicht nur aus Hafensicht und aus wirtschaftlicher Sicht, sondern aus der Betrachtungsweise des gesamten Lebensraums in die Tiefe dieses Entwicklungsplans einsteigen und, auch wenn die Zeit drängt, mit allergrößter Sorgfalt vorgehen. Ich bin der Meinung, dass diese Vorgehensweise angesichts der Verantwortung, die wir haben, genau die richtige ist, um einen zukunftsweisenden Hafentwicklungsplan zum Abschluss zu bringen. Detailantworten können jederzeit gegeben werden; ein zarter Hinweis nur in Richtung Entwicklung des CTS, der einem zukünftigen Universalhafen mit einem Containerschwerpunkt gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1051 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zum Punkt 87 der Tagesordnung, Drucksache 20/1224, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten!
– Drs 20/1224 –]**

Diesen Antrag möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Das furchtbare Massaker von Oslo und Utøya hat die Welt erschüttert. Ich spreche sicher für alle Mitglieder der Bürgerschaft, wenn ich sage, den Opfern, den Toten, Verletzten, Traumatisierten und auch den Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, deren

Nachwuchs in so furchtbarer Zahl hingemordet wurde, und der norwegischen Gesellschaft, deren Fundamente durch das Verbrechen angegriffen wurden, gehören unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das Verbrechen ist kein fernes Ereignis in einem fernen Land, das wir erschrocken zur Kenntnis nehmen, um es dann in der Flut neuer Nachrichten wieder zu vergessen.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das wird für politische Zwecke missbraucht!)

Der Täter mag ein Einzeltäter sein, ein einzelner, isolierter Täter ist er nicht. Er war eingebunden in ein europaweites Netzwerk von Islamfeindschaft und Islamisierungsfurcht, das die Wahnvorstellungen des Täters, der sich als christlich-abendländischer Kreuzritter sah, bestätigte und nährte.

Haben Sie je einen Blick auf die Seiten von "Politically Incorrect" geworfen, dem wichtigsten Forum der Gesinnungsgenossen Breiviks in Deutschland? Welch ein Hass wird dort verbreitet, welche Niedertracht, welche Diffamierung und Verächtlichmachung von Muslimen, von Migrantinnen und Migranten und insgesamt von Andersdenkenden, über deren "Gutmenschentum" hergezogen wird. Hier wird der Islam, hier werden Muslime und Migrantinnen und Migranten als Feinde herauspräpariert, ganz nach dem Motto: wir oder sie. Hier wird das soziale Band zerstört, das die Mitglieder derselben säkularen Gesellschaft verbindet, Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und kultureller Prägung, Nichtgläubige mit Gläubigen, Gläubige mit Andersgläubigen.

Hier wird die Achtung vor dem Mitmenschen systematisch zerstört, nicht von irgendwelchen Neonazis, sondern mitten aus der Gesellschaft heraus, von biedereren Bürgern, die zu Brandstiftern werden. Die Untat von Norwegen hat den Sumpf von Islamhass und Islamfeindschaft ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Jetzt sind wir unausweichlich damit konfrontiert. Und es ist uns nicht gestattet, zur Tagesordnung überzugehen in der Hoffnung, dass er von selbst austrocknet. Die Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lehrt uns, dass sich Ressentiments und Feindbilder, die tief in der Mitte der Gesellschaft ankern, nicht von selbst erledigen.

Unser Antrag hat zwei Zielrichtungen: Erstens geht es um die Stärkung des demokratischen Verfassungsstaates als Garanten der Grund- und Menschenrechte. Die Bekenntnisfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht, das durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt ist. Es ist Aufgabe des demokratischen Verfassungsstaates, den rechtsstaatlichen Rahmen zu schaffen, in dem dieses Grundrecht in vollem Umfang verwirklicht werden

(Christiane Schneider)

kann. Es umfasst nicht nur die individuelle Bekenntnisfreiheit, sondern gebietet ebenso die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, soweit sie im Hinblick auf ihre Größe, öffentliche Wirksamkeit und soziale Bedeutung vergleichbar sind. Um es deutlich zu sagen: Wir brauchen jetzt ein sichtbares Zeichen, mit dem wir uns zum Recht der islamischen Religionsgemeinschaft auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung mit der christlichen und der jüdischen Religionsgemeinschaft bekennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hamburg hat in der Vergangenheit manch guten Schritt in Richtung Anerkennung der religiösen und kulturellen Vielfalt getan, zuletzt mit der Gründung der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg im Jahr 2010. Jetzt aber muss der seit über vier Jahren verhandelte Staatsvertrag mit den islamischen Gemeinschaften unverzüglich abgeschlossen werden, und zwar als Staatsvertrag und nicht als Vereinbarung, die unterhalb des Staatsvertrags liegt und nicht zu Gleichberechtigung führt, sondern zu einer Religionsgemeinschaft zweiter Klasse. Es gibt nach unserer Kenntnis keine Fragen mehr, die nicht bei gutem Willen relativ schnell gelöst werden könnten. Jedes weitere Verzögern ist ein unheilvolles Signal. Umgekehrt setzt der Abschluss des Staatsvertrags mit den muslimischen Gemeinschaften ein Zeichen gegen Diskriminierung und Feindschaft. Er ist die richtige Antwort auf die grassierende aggressive Islamophobie, die wir jetzt geben müssen.

Der zweite notwendige Schritt in diese Richtung ist die Überprüfung der vielfältigen Privilegien insbesondere der christlichen Religionsgemeinschaften. Wir reden hier nicht davon – Sie wissen, wir sind eher für die strikte Trennung von Staat und Kirche –, dass dies und jenes Privileg abgeschafft werden sollte, sondern wir fordern die Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft ein, soweit es auf Landesebene geschehen kann. Wir rufen übrigens ausdrücklich nicht nach Ausweitung geheimdienstlicher Überwachung.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es ist mehr als problematisch, wenn im Kriterienraster des Verfassungsschutzes islamophobe Hetze nur im Zusammenhang mit der NPD eine Rolle spielt und die Augen vor der gefährlichen Entwicklung in der Mitte der Gesellschaft verschlossen werden und wenn der Begriff des Islamismus so weit gefasst wird, dass er schon einem Generalverdacht gegen den Islam gleichkommt, aber der christliche Fundamentalismus nicht einmal in Betracht gezogen wird, obwohl doch die Rolle bekannt ist, die er in der Antislimszenen spielt.

Für äußerst problematisch halten wir auch, dass der neue Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz, kaum im Amt, der "JUNGEN FREIHEIT" ein Interview gegeben hat, einer Zeitung, die eine Scharnierfunktion zwischen rechtskonservativen und extrem rechten Milieus wahrnimmt und die auch auf den trüben Gewässern antiislamischer Hetze ganz vorne segelt. Das lässt uns befürchten, dass die Gefahren, die mit den islamfeindlichen Strömungen herangewachsen sind, durch die Politik und die Behörden nicht ernst genug genommen werden. Deshalb ist die zweite Zielsetzung unseres Antrags auch die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für die offene Gesellschaft und damit gegen jede Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, um einmal einen Begriff des Sozialforschers Heitmeyer aufzugreifen. Der wichtigste Ort dafür sind die Schulen, denn hier werden die Grundlagen für das Zusammenleben in der Gesellschaft von morgen gelegt. Hier, wo in den ersten Klassen an die 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben, ist der Ort, gegenseitige Anerkennung zu erlernen und sich eine Haltung kritischer Aufgeschlossenheit gegenüber dem anderen zu erarbeiten.

Es gibt nach unserem Eindruck gute Initiativen an den Schulen, zum Beispiel in Zusammenhang mit dem Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Aber diese Initiativen hängen allzu oft vom außerordentlichen Engagement einzelner Lehrer oder Sozialpädagoginnen oder von Klassen und Schülergruppen ab. Fehlt dieses besondere Engagement, bleiben Initiativen nach unserer Erfahrung in der Regel aus. Deshalb wollen wir, dass die Bedingungen für solche Initiativen an den Schulen deutlich verbessert werden, und fordern einen Bericht und ein Landesprogramm.

Das alles ist, zugegeben, noch nicht besonders viel. Aber wir können heute deutlich machen, und ich hoffe, das geschieht in der Debatte, dass die Politik in dieser Stadt gewillt ist, der Intoleranz, dem Ressentiment und dem Hass entgegenzutreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Wysocki hat nun das Wort.

Ekkehard Wysocki SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schneider, zunächst möchte ich Ihnen auch im Namen der sozialdemokratischen Fraktion dafür danken, dass Sie so mitfühlende Worte für die Opfer gefunden haben, vielen Dank dafür. Aber mich überfällt beim Lesen Ihres Antrags und auch bei Ihrer Begründung zum Antrag ein tiefes Unbehagen, weil ich erstens nicht sehe, dass Sie in diesem Antrag etwas grundsätzlich Neues fordern, und zweitens, weil ich eher das Gefühl habe, dass wir hier eine Zusammenstellung

(Ekkehard Wysocki)

aller möglichen Themen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Integration haben, die alle in dieser Stadt schon irgendwie bearbeitet sind und an deren Bearbeitung sich alle Fraktionen in diesem Hause schon beteiligt haben. Die werden hier noch einmal zusammengefasst und der Antrag endet damit, dass diese Zusammenfassung dann schon ein Nachweis für weitere Aktivitäten ist, was ich für ein fatales Signal halte.

Nun zu den einzelnen Punkten, zunächst zum Staatsvertrag: Der Senat hat sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bekannt, es wird mit SCHURA, DITIB und anderen Organisationen gesprochen. Diese Gespräche erweisen sich zugegebenermaßen, da haben Sie recht, als sehr langwierig. Ob am Ende ein Staatsvertrag abgeschlossen wird oder irgendeine andere Art von Vereinbarung, wird man sehen. Aber hier ist nicht das Ziel, unverzüglich einen Staatsvertrag abzuschließen, sondern hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Unverzüglich hieße, alles das, was an Schwierigkeiten während dieses Verhandlungsprozesses aufgetaucht ist, einfach zu ignorieren. Deswegen ist das Wort unverzüglich in diesem Antrag völlig falsch.

(Beifall bei der SPD)

Eine Vorlage des aktuellen Verhandlungsstandes ist allein schon aus verhandlungstaktischen Gründen nicht angesagt. Was soll es bringen, wenn man sich zum aktuellen Verhandlungsstand mit den islamischen Gemeinschaften hier noch einmal äußert? Das würde die Schwierigkeiten in den Verhandlungen nicht beseitigen und wir sind darauf angewiesen, in den Verhandlungen zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Deswegen ist die Vorlage eines aktuellen Verhandlungsstandes bis zum 31. Oktober aus meiner Sicht keine Lösung.

Zum NDR-Staatsvertrag: Sie wissen genau wie wir, dass sich hier vier Länder einigen müssen und dass die letzten Äußerungen im Zusammenhang mit der Reform des Rundfunkstaatsvertrags dahin gingen, dieses Gremium von zurzeit 58 Mitgliedern deutlich zu verkleinern. Die SPD-Fraktion wird aber natürlich darauf achten, dass in den Gesprächen, die zum Rundfunkstaatsvertrag stattfinden müssen, die Fragen nach Sendezeiten, Achtung der religiösen Überzeugungen und Vertretung in Aufsichtsgremien nach wie vor natürlich eine Rolle spielen, unabhängig davon, ob das in einem Staatsvertrag jetzt schon festgelegt werden kann.

Zur nächsten Forderung, der Senat möge einen Bericht vorlegen, der auflistet, in welchem Maße die Religionsgemeinschaften in etlichen Gremien, unter anderem Rundfunkstaatsvertrag, verzeichnet sind: Da müssten Sie mir vielleicht noch einmal erklären, worin der Sinn besteht, dieses nachzufordern, denn jeder in diesem Hause hat einen Kenntnisstand darüber, wie die Verankerung von Kirchen

und Religionsgemeinschaften in den Gremien ist und was es dort auch nachzuholen gilt.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Wenn Sie überweisen, erkläre ich Ihnen das!)

Zweitens fordern Sie einen weiteren Bericht des Senats – und das wundert mich nun wirklich, Frau Schneider ist darauf eben eingegangen – über alles das, was im Moment an den Schulen läuft. Es ist sicherlich gar keine Schwierigkeit, in den entsprechenden Ausschüssen vom Senat die Informationen zu diesen einzelnen Programmen abzufordern, zumal Sie sie auch alle benannt haben. Es läuft eine ganze Menge in dieser Stadt, aber es erschließt sich mir nicht, warum man dazu einen weiteren Bericht machen sollte.

Es freut uns natürlich als SPD-Fraktion, wenn Sie aus unserem Arbeitsprogramm zitieren, und zwar beziehe ich mich auf Ihren Punkt 4, ein Landesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie wissen, dass in unserem Arbeitsprogramm auf Seite 31 steht, dass es ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus geben soll, das die unterschiedlichen Aktivitäten auf sehr vielen Gebieten und auch die gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus, Vorurteile und über die Problematik mit islamischen Gemeinden zusammenfassen soll. Das ist im Moment in der Planungsphase; die dann zuständige Behörde wird einen entsprechenden Bericht vorlegen. Deswegen wäre ein weiteres Programm, zumal Sie nicht genau sagen, womit sich dieses Programm beschäftigen sollte, eigentlich kontraproduktiv.

Frau Schneider, das Thema Integration ist kein Gebot der Stunde, wie Sie in Ihrem Antrag ausgeführt haben. Es ist ständige Aufgabe jeder politischen Debatte jedes Bundeslandes, jeder Debatte auch in diesem Hause. Deswegen ist es grundfalsch, jetzt Aktionismus an den Tag zu legen und viele Punkte zusammenzufassen, aus meinem Verständnis auch Dinge, die so nicht zusammengehören. Für mich ist es eine langfristige Aufgabe, die in diesem Hause von allen Fraktionen auch wahrgenommen wird, und damit erklärt sich auch mein zweites Unbehagen. Sie unterstellen mit diesem Antrag, dass die bisherigen Aktivitäten nicht ausreichend gewesen sind, und beziehen dann den Vorfall in Norwegen als Begründung mit ein. Das finde ich schlichtweg nicht statthaft.

(Beifall bei der SPD und bei *Nikolaus Haufler CDU*)

Ich glaube, dass sich keine Fraktion in diesem Hause den impliziten Vorwurf in diesem Antrag gefallen lassen muss, dass in den bisherigen Regierungen – und das bezieht die Vorgängerregierung ausdrücklich mit ein – zu wenig gemacht worden ist, um diesem Thema gerecht zu werden und ein anderes Klima in dieser Stadt zu schaffen. Man braucht dafür nicht einen zusammengeschusterten

(Ekkehard Wysocki)

Antrag, der dem Ernst der Lage nicht gerecht wird.
– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Vahldieck, Sie haben das Wort.

Heino Vahldieck CDU:* Frau Schneider, wenn man Ihrem Redebeitrag gefolgt ist, dann konnte man den Eindruck gewinnen, bei den Morden von Norwegen habe es sich um einen Anschlag aus der Mitte der Gesellschaft gehandelt. Nein, das ist falsch. Es war ein Anschlag auf die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der SPD und bei Antje Möller GAL)

Die Verbrechen von Anders Breivik haben zu Recht in der ganzen Welt Ablehnung und Abscheu hervorgerufen. Anders als Sie es dargestellt haben, Frau Schneider, gibt es keine einzige ernstzunehmende politische Stimme, die auch nur die Spur eines Schattens von Verständnis für diese Taten aufbringt. Und das ist wichtig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ganz im Gegenteil, die ganze Welt sieht voller Respekt und Hochachtung auf das norwegische Volk. Beginnend mit dem König, über den Ministerpräsidenten bis zu jedem einzelnen Bürger wurde in einer Weise reagiert, die von Würde und Größe geprägt war. Ich finde, das war beispielhaft, und ich habe mir natürlich auch Gedanken gemacht, was passiert wäre, wenn das bei uns geschehen wäre. Da mag sich jeder so seine Gedanken machen, ich fürchte, so ein gutes Bild hätten wir wohl nicht abgegeben.

Alle sind sich einig, dass dieses Verbrechen in seiner Brutalität, in seiner Bestialität und Monstrosität singulär ist, allenfalls vielleicht noch vergleichbar mit den Anschlägen von Madrid und London aus den Zweitausenderjahren. Es ist aber die Tat eines Einzeltäters und ich weigere mich, dessen wirres Geschreibsel auf 1500 Seiten im Internet in irgendeiner Weise ernst zu nehmen. Seine Motive sind für mich gänzlich ohne Belang. Der Verbrecher will doch nur, dass wir uns mit dem Zeug auseinandersetzen, und wir sollten ihm diesen Gefallen nicht tun und uns nicht von so einem Mann instrumentalisieren lassen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Aus meiner Sicht gibt es nur eine Instanz, die Anlass bietet, sich mit den Motiven von Breivik auseinanderzusetzen, das sind die urteilenden Gerichte und das sind die damit befassten Psychiater. Da gehört der Fall hin und nicht in eine Parlamentsdebatte.

(Beifall bei der CDU – Heike Sudmann DIE LINKE: Sie machen sich das ein bisschen einfach!)

Gerade in Deutschland sind wir viel zu schnell bereit, aus so einer Tat auch politische Forderungen abzuleiten. Irgendjemand, ich weiß nicht mehr genau wer, kam sofort auf das Thema NPD-Verbot. Gibt es ein kleineres Karo, als nach so einer Tat mit einer solchen Forderung, über die man natürlich diskutieren kann, zu kommen? Und jetzt kommen Sie mit Ihren Forderungen.

Das sind sicherlich alles Forderungen, die diskutabel sind, aber ich weigere mich, diese Fragen im Kontext Breivik zu erörtern, und deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Vahldieck, ich denke schon, dass man sich mit einem Petitum auseinandersetzen sollte. Ich teile allerdings Ihre Ansicht, dass es natürlich sehr weit hergeholt ist, die Geschehnisse in Norwegen in diesen Kontext zu bringen und sie so zu instrumentalisieren. Da haben Sie recht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Auch die weiteren Verhandlungen über Vereinbarungen und Staatsverträge – ich komme noch darauf zurück, um das fachlich vernünftig einzuordnen – werden nicht verhindern, dass es weiter solche Internetforen gibt. Trotzdem müssen wir uns mit dem Petitum auseinandersetzen, weil es tatsächlich aktuell ist und weil es richtig ist, die Verhandlungen fortzuführen.

Natürlich werden wir alle hinter dem Grundrecht stehen, Religionsfreiheit verwirklichen zu können. Sie haben das Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit genannt, Frau Schneider, Artikel 4 – ja. Der Islam allerdings und dessen religiöse Gruppen haben bisher keinen anerkannten Platz in Deutschland im Religionsverfassungsgesetz. Deshalb ist es auch schwierig, über Staatsverträge zu sprechen, weil trotz des Grundrechts auf Religionsfreiheit, das verankert und individuell garantiert ist, es eben keine Anerkennung als Religionsgemeinschaft gibt.

Da sind wir auch beim Knackpunkt, weswegen wir Punkt 1 des Antrags nicht zustimmen, sondern uns nur enthalten können. Natürlich wäre es gut, wenn wir auf gleicher Augenhöhe, wie das mit der Katholischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde und der Evangelischen Kirche stattgefunden hat, Staatsverträge schließen könnten. Zurzeit geht es darum, Vereinbarungen zu treffen und natürlich alles zu

(Christa Goetsch)

tun, damit die entsprechenden Religionsgruppen auch als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Dazu sind bestimmte Maßnahmen und auch Anpassungen noch notwendig.

Dies ist natürlich eine große Herausforderung in unserer pluralistischen Gesellschaft. Ich sage noch einmal ganz deutlich, dass es auch notwendig ist, diese Vereinbarungen zu führen, um den sozialen Frieden zu sichern. Ich kann nur den Senat auffordern – in dem Fall ist es die Senatskanzlei, Herr Dr. Krupp –, schnellstens diese Verhandlungen zu führen und weiterzuführen.

Herr Vahldieck, Sie haben sich überhaupt keinen Vorwurf zu machen, weil die CDU tatsächlich in der vorletzten Legislaturperiode vorangegangen ist, und zwar bundesweit vorangegangen ist, dieses Thema anzupacken und die Verhandlungen zu führen. Wir sind in Hamburg kein nur mehr christlich-abendländisches Land, denn nur noch knapp 50 Prozent unserer Hamburgerinnen und Hamburger sind christlich – Freikirchen, katholisch und evangelisch. alle anderen haben andere Religionen oder sind konfessionsfrei. Wir können hier nicht so tun, als reiche es, wenn wir Staatsverträge mit den Katholiken oder den Protestanten abschließen.

(Beifall bei der GAL und bei *Norbert Hackbusch* und *Dora Heyenn*, beide *DIE LINKE*)

Es ging sehr gut los mit der Deutschen Islamkonferenz. Herr Schäuble hat im O-Ton damals gesagt, der Islam sei Teil Deutschlands und Teil Europas, er sei Teil unserer Gegenwart und Teil unserer Zukunft. Sinngemäß hat das der Bundespräsident im letzten Jahr im Oktober auch gesagt.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Leider hat der neue Innenminister das mit Füßen getreten und wieder alles zunichte gemacht. Es ist schade, dass das vertan wurde.

Jetzt komme ich zum Thema "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit". Man kann auch deutlich sagen, dass es Eurozentrismus ist, der uns leider Gottes in Deutschland immer wieder begegnet. Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass die islamfeindlichen Tendenzen extrem zugenommen haben. Es gibt drei Studien, die das unterstreichen, eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine Emnid-Studie und auch eine sehr neue Studie der Uni Bielefeld, die besagt, dass insbesondere bei Personen aus höheren Einkommensgruppen und guter Bildung die Islamophobie besonders verbreitet ist. Das gibt natürlich zu denken. Der Deutsche Kulturrat hat gerade Anfang 2011 gesagt, dass es sich um aufgeklärte Islamophobie handle. Dazu hat Herr Sarrazin natürlich reichlich beigetragen und dieses noch geschürt. Das heißt, wir haben akut zu tun mit diesem Thema.

Ich muss zum Schluss kommen. Nachdem in Hamburg diese Verhandlungen geführt worden sind, haben wir letztes Jahr ein Gutachten in Auftrag gegeben noch unter Schwarz-Grün. Ich frage mich, Herr Dr. Krupp, was aus dem Gutachten geworden ist. Wie wir erfahren haben, ist es da. Es sollte dazu dienen, die Anerkennungs-Procedere für Religionsgemeinschaften überprüfen zu lassen von einem Professor, der von beiden Seiten der Verhandlungspartner anerkannt war.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Der zeigt dann Lösungswege auf!)

Insofern wäre es gut, wenn wir darüber Informationen bekämen, ohne die Verhandlungen zu gefährden. Ich fordere Sie auf – schade, dass wir den Senat treiben müssen –, diese Verhandlungen weiterzuführen. Es gab schon einmal andere Zeiten in der SPD, als Frau Özoguz noch hier war, da war so etwas selbstverständlich. Also tun Sie das, um den sozialen Frieden in Hamburg im Kontext mit der Gleichberechtigung des Islam in Richtung Staatsverträge und in Richtung Vereinbarungen weiterzubringen.

Wir werden uns bei Punkt 1 des Antrags enthalten. Erstens haben Sie nämlich die Aleviten vergessen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist schlicht nicht wahr!)

das geht gar nicht, die führen genauso Verhandlungen. Zweitens können wir noch nicht über Staatsverträge sprechen, solange der Religionsgemeinschaftsstatus nicht anerkannt ist. Wir werden den anderen Berichtspunkten zustimmen, sie sind gut und richtig. Es wird auch dringend Zeit, dass wir mehr darüber erfahren, wie weit der Stand ist, nachdem die neue Regierung schon sechs Monate im Amt ist.

Wir werden dem letzten Punkt nicht zustimmen, weil vor allen Dingen die über 25-Jährigen islamophob sind und nicht die unter 25-Jährigen. Insofern ist es Unsinn, noch einmal ein Landesprogramm für die Schulen aufzulegen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Goetsch. – Das Wort hat Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP-Fraktion schließt sich den Worten der Trauer um die Toten in Oslo und Utøya an. Wir sind aber auch genauso der Auffassung, dass dieses furchtbare Massaker mit dem Petitum des Antrags nicht vermischt werden sollte; das ist vollkommen unangebracht. Das Massaker sollte nicht politisch instrumentalisiert werden.

(Beifall bei der FPD, der SPD und der CDU)

(Martina Kaesbach)

Ich komme nun zum Antrag. Eine offene Gesellschaft, für die wir Liberalen einstehen, setzt voraus, dass ein Dialog zwischen allen gesellschaftlich relevanten Gruppen stattfindet. Hierzu gehören auch die Vertreter der islamischen und der alevitischen Verbände. Dafür aber einen Staatsvertrag abzuschließen, halten wir aus unterschiedlichen Gründen für nicht notwendig.

Erst einmal ist es umstritten, ob ein Staatsvertrag rechtlich überhaupt zulässig ist. Es handelt sich bei den bisherigen Gesprächspartnern aus der schwarz-grünen Epoche um den Landesverband Hamburg von DITIB, der SCHURA, den Verband der Islamischen Kulturzentren und der Alevitischen Gemeinde Hamburg. Dies geht aus der Senatsantwort zu meiner Anfrage vom 31. Mai hervor. Hierbei handelt es sich nicht um Körperschaften des öffentlichen Rechts und es ist fraglich, ob mit der DITIB als Dachverband ein solcher Staatsvertrag rechtsverbindlich abgeschlossen werden kann.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Mit dem Vatikan ging es doch auch!)

Außerdem muss der Senat zugeben, dass eine Gewährleistung der rechtlichen Repräsentation aller gläubigen Muslime in Hamburg unmöglich ist. Wir stellen außerdem fest, dass die Verhandlungen, die der Vorgängerschat aufgenommen hat, mit einem sehr pragmatischen Ansatz aufgenommen wurden, nämlich ohne sich um die in diesem Zusammenhang anstehenden religions-verfassungsrechtlichen Fragen zu kümmern. Genau solch eine pragmatische Herangehensweise begrüßen wir. Man sollte dann jedoch auch dabei bleiben und nicht staatstragend großartige Verträge abschließen.

Worum geht es denn bei diesen Verhandlungen? Zum Beispiel geht es um die Erteilung von Religionsunterricht, den Bau von Moscheen, Kinder- und Jugendarbeit, Sozialarbeit, Seelsorge in Gefängnissen und Bestattungen. Dafür ist kein Staatsvertrag notwendig. Dafür gibt es andere, pragmatischere und auch schnellere Wege, das hat die Vergangenheit gezeigt.

(Beifall bei der FDP)

Hierfür reichen Gesetze und Verordnungen aus. Der Staat sollte grundsätzlich seinem Verfassungsgrundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität nachkommen und nicht noch weitere Verträge mit religiösen Vereinen eingehen, sondern sich viel mehr zurückziehen. Letztendlich gilt dies auch für den Staatsvertrag mit der Kirche.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sollen wir den jetzt zurücknehmen, oder was?)

Was die Möglichkeit betrifft, dass muslimische Verbände ihren kulturellen Gewohnheiten Raum geben können, stellen wir für Hamburg fest, dass bereits in einigen Bereichen rechtliche Anpassungen

vorgenommen worden sind. Beispielsweise sind im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Hamburg bereits islamische Bestattungen ohne Sarg möglich und auch Wasch- und Gebetshäuser wurden bereits eingerichtet. Grundsätzlich ist eine seelsorgerische Betreuung im Strafvollzug aufgrund der gesetzlichen Regelungen bereits heute möglich.

Zum Landesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sagen wir, dass man in Zeiten knapper Kassen auch sparen muss, und das kommt den LINKEN nicht in den Sinn. Die SPD hat in ihrem Arbeitsprogramm angekündigt, ein Landesprogramm gegen rechts aufzulegen. Außerdem gibt es bereits heute im Rahmen des Bundesprogramms viele andere Maßnahmen gegen rechts. Jetzt auch noch ein Landesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufzulegen, ist nicht nur blinder Aktionismus, sondern überflüssig und auch teuer. Entscheidend ist die Integration unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund. Je erfolgreicher diese verläuft, desto weniger Islamophobie wird es geben. Daran müssen wir arbeiten und uns nicht in weiteren Arbeitsgruppen verlieren.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Wir sind insofern der Meinung, dass dies auch ohne einen überhasteten Abschluss eines Staatsvertrags möglich ist.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kaesbach, das wesentliche Argument, das Sie eben vorbrachten, war, dass eigentlich ein Staatsvertrag mit allen, auch mit der Evangelischen oder Katholischen Kirche, völlig unsinnig sei. Dementsprechend wäre dann diese Frage besonders wichtig zu diskutieren, weil es einer der wichtigsten Grundsätze dieses Bundeslandes ist. Sie können nicht mit dem Hinweis, dass Sie das bei denen schlecht finden, dann die anderen einfachen wegwischen. Das funktioniert doch nicht. Man muss es besprechen, ebenso die Gleichstellung, und das halte ich für den entscheidenden Moment.

(Beifall bei der LINKEN)

Was mich dazu gebracht hat hierherzukommen, ist, dass ich mich etwas wundere über Ihre Reaktionen in dieser Angelegenheit. Wir haben es in diesem Bereich mit etwas zu tun, das man nicht nur damit abhandeln kann zu sagen, das sei nur ein einzelner Irrer. Das halte ich für eine völlig falsche Einschätzung.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN)

Und jeder, der sich ernsthaft damit auseinandergesetzt hat – viele Menschen in dieser Stadt und in diesem Land haben das getan –, hat festgestellt, dass dieser Breivik nicht nur im Internet etwas gemacht hat, sondern auch eine Zeitlang sehr aktiv in einer rechtspopulistischen Partei in Norwegen war. Er hatte dort auch wichtige Posten inne. Er hatte enge Verbindungen über das Internet mit ähnlichen Personen in Österreich und bei den Flamen. Wir können in gewisser Weise froh sein, dass wir eine solche Partei im Moment noch nicht haben. Insofern ist es völlig blind, wenn man sagt, das sei kein Thema für diese Bürgerschaft und darum müsse man sich nicht kümmern. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man auf so eine Idee kommen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen uns mit dieser Frage auseinandersetzen. Wir alle wissen doch, dass dies spätestens seit der Sarrazin-Debatte eine Frage ist, die sich im Herzen dieser Gesellschaft bewegt. Also ist es doch falsch, sich mit dieser Frage von Islamophobie nicht auseinanderzusetzen, auch wenn es in Norwegen natürlich eine völlig verrückte Auswirkung hatte und kein generelles Beispiel dafür ist. Es ist eine vornehme Aufgabe, sich damit auseinanderzusetzen und zu überlegen, was man hier machen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben doch nicht gesagt, es sei ein Köcher, bei dem wir in der Lage seien, zwei Schritte zu tun und dann eine Lösung zu haben. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe, dies zu debattieren. Wir haben einige Ideen genannt, die absolut notwendig sind. Dazu gehört es unter anderem, sich mit Islamophobie auseinanderzusetzen. Dies ist auch eine vornehme und wichtige Aufgabe für uns alle, denn so etwas ist der Nährboden für jemanden wie diesen Verrückten. Dementsprechend möchte ich Sie auffordern, dieses zurückzunehmen und zu sagen, dass es eine vornehme Aufgabe der Sozialdemokratie sei, sich damit auseinanderzusetzen, und sich auch zu überlegen, was man in dieser Stadt tun kann, damit so etwas nicht passiert. Die Grundlage dafür darf nicht mehr vorhanden sein, dass islamophobische Kampagnen in Hamburg eine Chance haben. Das ist das Mindestprogramm, das Sie liefern müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Das Wort hat Herr Wysocki.

Ekkehard Wysocki SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mich haben zwei Dinge ans Podium getrieben. Das eine ist die offensichtlich

missverständliche Äußerung, als es um den Staatsvertrag ging. Die SPD-Fraktion muss von niemandem getrieben werden. Die Opposition kann gern versuchen, den Senat zu treiben, allerdings ist das ein ziemlich erfolgloses Ansinnen,

(Christa Goetsch GAL: Der ist doch so beweglich!)

weil die Verhandlungen schon laufen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch gar nicht wahr, die fangen erst im September an!)

– Sie laufen jetzt.

Es ist ein schwieriges Thema, Frau Goetsch sagte das Entscheidende dazu. Das Ziel ist, zu einem Abschluss der Verhandlungen zu kommen, und dieses muss nicht unbedingt ein Staatsvertrag sein. Das ist damals bei Beginn der Gespräche übrigens auch von muslimischen Vertretern so geäußert worden. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, Herr Hackbusch: Ich habe vorhin erläutert, dass in all diesen Programmen – auch dem der Bildungsbehörde und auch bei der gesamtgesellschaftlichen Debatte, die Sie und auch wir führen – das Thema Islamophobie einen genauso großen Stellenwert hat wie alle anderen Formen von Antisemitismus, Antiislamismus und so weiter. Diese Debatte läuft in unserer Partei sehr intensiv. Sie läuft auch in der Bürgerschaft sehr intensiv. Da müssen wir uns von niemandem treiben lassen. Aber diese notwendige und sachliche Debatte – und dagegen haben Herr Vahldieck und ich uns gewandt – mit dem zu verbinden, was in Norwegen passiert ist, gibt es so nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Jeder, der diese Verbindung herstellt, vernebelt diese Debatte und trägt nicht dazu bei, dass wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Goetsch?

Ekkehard Wysocki (fortfahrend): Nein, ich bin fertig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Wysocki. Bevor ich Herrn Bläsing das Wort erteile, möchte das Präsidium drei Fraktionen darauf aufmerksam machen, dass ihre Redezeit sehr knapp ist. Die SPD hat noch 4.50 Minuten, die GAL 5.21 Minuten und die Links-Partei 4.38 Minuten. – Dann hat Herr Bläsing das Wort.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorwegnehmen, dass Sie keine Angst haben müssen, dass ich unsere wahrscheinlich noch sehr üppige Redezeit ausweiten werde. Ich möchte nur einige Gedanken zu dem Thema äußern.

Die Verbindung, die Sie in Ihrem Antrag im Vortext herstellen von diesem wirklich durchgeknallten Psychopathen in Norwegen zu einem Grundlagenbeziehungsweise Staatsvertrag in Hamburg ist schon eine sehr steile Kausalkette, der ich so wirklich nicht zustimmen kann. Ich finde es fast zynisch, was Sie vorgetragen haben.

Ansonsten möchte ich kurz darauf hinweisen, dass es zumindest meine Auffassung ist, dass man Religion und Integration nicht verwechseln darf und auch nicht miteinander vermischen sollte. Ich möchte in diesem Kontext darauf hinweisen, dass wir Staatsverträge mit den beiden Amtskirchen erst seit der vorletzten Legislaturperiode, glaube ich, in Hamburg abgeschlossen haben. Da muss man sich natürlich schon fragen – darauf beruht auch meine persönlich große Skepsis gegenüber solchen Vereinbarungen mit Religionsgemeinschaften –, ob dies wirklich der richtige Weg ist, ob man da nicht im Endeffekt vom Hölzchen aufs Stöckchen kommt. Ich will das nicht zu Ende spinnen, aber im schlimmsten Fall kommen dann auch irgendwann irgendwelche Sekten an und möchten auch noch irgendwelche Verträge abschließen. So muss man das vielleicht zu Ende denken.

Ansonsten gilt, dass man durch Gesetze, Verordnungen und auch Satzungen genauso Regelungen schaffen kann; Frau Kaesbach hat das Notwendige dazu schon geäußert. Ich kann diese Forderungen ebenfalls so nicht teilen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Bläsing. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1224 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die GAL-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Zunächst zur Ziffer 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/1224.

Wer stimmt Ziffer 1 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 3 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das abgelehnt.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 20/441, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Hamburger Sprachförderkonzept.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Hamburger Sprachförderkonzept
– Drs 20/441 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend an den Schulausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Prien, bitte.

Karin Prien CDU: Es ist auf den ersten Blick eine relativ undankbare Aufgabe, abends um halb zehn nach so einer grundsätzlichen und schwerwiegenden Debatte auf den Boden der Hamburger Politik zurückzukommen, aber es gibt auch einen Zusammenhang, denn Sprache und Sprachförderung ist der wesentliche Schlüssel zur Integration. Insofern sind wir doch wieder beim Thema auch beim Hamburger Sprachförderkonzept.

Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass Hamburg als wachsende Stadt vorrangig kluge Köpfe braucht. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die dringend erforderliche Fachkräftesicherung ist die Hebung von Ressourcen bei Kindern mit Migrationshintergrund von herausragender Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Die Bedeutung von Sprache als Schlüssel zur Integration hatte ich erwähnt. In Wissenschaft und Politik und sicherlich inzwischen auch in diesem Hause besteht Einigkeit darüber, dass der Erwerb der deutschen Sprache Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch ist. Eine möglichst frühzeitige Sprachförderung ist vor allem auch dazu geeignet, den Anteil an Risikoschülern zu reduzieren. Die CDU-geführten Senate haben deshalb, beginnend im Jahre 2004, die verpflichtende Vier-einhalbjährigen-Untersuchung zur Überprüfung auch des Sprachstands der Kinder dieses Alters eingeführt. Seit 2006 sind für Kinder mit nicht ausreichenden Sprachkenntnissen der Besuch von besonderen Sprachfördermaßnahmen verpflichtend, seit 2007 der Besuch der Vorschulklassen.

Mit dem Konzept der Sprachförderung im vorschulischen Bereich wurde zum Schuljahr 2005/2006 ein einheitlicher Rahmen zur Sprachförderung in Kita und Vorschule festgelegt. Der frühkindlichen Bildung, insbesondere der Sprachförderung, kommt eine Schlüsselfunktion für die Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit und zur Beseiti-

(Karin Prien)

gung der zu Recht beklagten Schiefelage in unserem Bildungssystem zu.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind deshalb mit dem jetzigen Senat der Auffassung, dass sich die Einführung der Viereinhalbjährigen-Untersuchung grundsätzlich bewährt hat. So ist die Viereinhalbjährigen-Untersuchung ein Beispiel für eine weitsichtige und erfolgreiche Politik der CDU-geführten Senate.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass auch die CDU Deutschlands in ihrem neuen Bildungskonzept, das wir zurzeit debattieren, eine verbindliche, einheitliche und fortlaufende Sprachstandserhebung sogar für Kinder ab drei Jahren und eine verpflichtende Sprachförderung in den Kitas und Vorschulen in das Programm aufgenommen hat.

Wir begrüßen im Übrigen ausdrücklich, dass die CDU-geführte Bundesregierung in ihrem Sprachförderprogramm für Kindergärten in sozialen Brennpunkten ein Programm aufgelegt hat, aus dem auch Hamburg erheblich profitiert. Immerhin werden in 2010 und 2011 Zuweisungen in Höhe von knapp 700 000 Euro aus diesem Programm nach Hamburg fließen.

Bei aller Zufriedenheit mit dem Erreichten jedoch sehen wir nach wie vor Handlungsbedarf, zum einen im Bereich der Kindertagesstätten und zum anderen bei den Schnittstellen zwischen Kitas und Vorschulen, zwischen Vorschulen und Grundschulen sowie von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen. So meinen wir, dass Handlungsbedarf in den Kindertageseinrichtungen im Hinblick auf eine weitere Qualifizierung der mit der Sprachförderung befassten pädagogischen Kräfte besteht. Letztlich müssen die Anforderungen für die Fachkräfte in den Kindertagesstätten die gleichen sein wie die für die Fachkräfte, die in den Vorschulklassen unterrichten. Auch meinen wir, dass es an der Zeit ist, an eine detaillierte Ausformulierung von Bildungsplänen für die Kindertagesstätten heranzugehen.

Für überdenkenswert halten wir auch die Tatsache, dass die Kindertagesstätten ihre Einschätzungen zur Sprachkompetenz und zur allgemeinen Entwicklung nur freiwillig über die Eltern den Grundschulen zur Verfügung stellen. Hier besteht eine Diskrepanz zu den Kindern, die in der Vorschule unterrichtet werden. Wir meinen, dass hier eine gleiche Ausgangslage geschaffen werden sollte.

Insgesamt stellt sich die Frage, ob die unterschiedliche Handhabung in den Kindertagesstätten und den Vorschulen nicht nach einer Zusammenfassung der betreffenden Kompetenzen in einer Behörde, nämlich in der Bildungsbehörde, ruft.

Nicht zufriedenstellen können im Übrigen die Angaben der Behörde, dass letztlich keine verlässlichen Zahlen dazu vorlägen, welche Sprachfördermaßnahmen Kinder, die bereits in der Vorschule der Kita ein solches Programm durchlaufen haben, dann später noch benötigen. Das Monitoring müsste aus unserer Sicht auch eine Verlaufsdarstellung enthalten.

Eine letzte Bemerkung zu der Antwort der Behörde zu Ziffer 23. Dort heißt es, dass in Klasse 4 angeblich in Hamburg nur noch 678 Kinder im Schuljahr 2010/2011 additiv sprachförderbedürftig waren. Wir halten diese Zahlen jedenfalls für überprüfenswert unter dem Gesichtspunkt, dass nach wie vor eine weit größere Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund ihre Schulausbildung abbricht und im Übrigen von den Lehrern in den weiterführenden Schulen nach wie vor von einem erheblichen Sprachförderbedarf berichtet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. – Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da so unheimlich viele Abgeordnete ihre Sprachkompetenz bewiesen haben, will ich nicht auch noch so tun, als ob ich Sprachkompetenz zeigen sollte. Der Fokus auf die Viereinhalbjährigen ist richtig, deshalb ist die Überweisung an den Familienausschuss auch richtig. Die Mitwirkung der Eltern in dieser Frage ist ebenfalls richtig.

Wenn man sagt, es wäre ein Problem nur von Kindern mit Migrationshintergrund, dann muss man auf die Zahlen schauen. 32 Prozent der zurzeit geförderten Kinder sind einsprachig deutsch.

(Dora Heyenn **DIE LINKE:** Richtig!)

Man muss auch darauf achten, dass man die richtigen Kinder fördert. Auch die Beißreflexe der Opposition auf den Schulsenator sind hier fehl am Platze, die Zahlen sind noch nicht von ihm. Ich freue mich auf die Beratungen im Schulausschuss. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Duden. – Das Wort hat Frau von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn die Versuchung groß ist, auch einmal Applaus von der SPD zu ernennt, wenn man nur kurz spricht, werde ich trotzdem ein paar Sätze mehr verlieren. Aber ich habe nur 5.21 Minuten.

(Dr. Stefanie von Berg)

Die Senatoren Rabe und Scheele können das ernten, was in den letzten beiden Legislaturperioden gesät wurde und was besonders in der letzten Legislaturperiode noch ordentlich gedüngt wurde. Das ist vor allen Dingen das Hamburger Sprachförderkonzept als Ganzes, es ist aber auch das TheaterSprachCamp, das hocheffektiv ist, ebenso die Gründung des FörMig-Kompetenzzentrums sowie die Begleitung des Übergangs der Grundschulen in die weiterführenden Schulen. Das sind alles Dinge, um ein paar Schlaglichter, die Sprachförderung wirklich voranbringen in Hamburg.

Es ist schon beruhigend, dass deutlich wird, wenn man sich diese Großen Anfragen der letzten und dieser Legislaturperiode durchliest, dass Hamburg sich auf einem guten Weg befindet. Aber das sollte kein Grund zur Beruhigung sein, denn es liegt jetzt an diesem Senat, diesen Weg nicht zu verlassen und nicht das zu zertrampeln, was jetzt geerntet werden könnte.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Dazu gehört zum Beispiel die Fortbildungsoffensive, die in der letzten Legislaturperiode begonnen wurde, um insbesondere die neue Lernkultur zu fördern, da ein individualisierter Unterricht gut dazu angelegt ist, auch integrativ sprachlich zu fördern, damit nicht noch additiv Ressource in die Schule hineingegeben werden muss.

Mit Sorge erfüllen mich auch die Aussagen von Senator Rabe, die Lernentwicklungsgespräche wieder zu streichen. Die Lernentwicklungsgespräche muss man sich vorstellen als Eltern-Kind-Lehrer-Gespräche, das heißt, die Eltern sind mit einbezogen. Es wird immer wieder gesagt, dass Elternmitarbeit so wichtig sei, um gesamtheitlich zu fördern. Gerade diese Gespräche sollen nun wieder gestrichen werden; das finde ich sehr schade.

Mit Sorge erfüllen mich auch die Gerüchte um die regionalen Bildungskonferenzen. Die Gerüchte werden lauter, dass diese regionalen Bildungskonferenzen wieder eingestampft werden sollen. Meine große Hoffnung war, die Elternmitarbeit mit einzubeziehen, denn es wird immer wieder gesagt, dass wir die systemische Förderung brauchen im Sozialraum mit den Eltern.

(Beifall bei der GAL)

Nicht zuletzt hat der Senat natürlich auch die Aufgabe, die eben schon angesprochenen Entwicklungspotenziale im Hamburger Sprachförderkonzept zu lösen. Ich frage mich zum Beispiel, warum ich in der aktuellen Großen Anfrage in der Anlage 9 so wahnsinnig widersprüchliche und unterschiedliche Zahlen bei den weiterführenden Schulen sehe. Auch die eigentümlichen Zahlen in Klasse 10 bedürfen zumindest des Hinterfragens.

Dann ist es sehr wichtig, den vorhandenen Drehtüreffekt möglichst einzudämmen, also ein

Jahr hinein in die Förderung, im nächsten Jahr heraus und im dann folgenden Jahr wieder hinein. Es wäre dringend notwendig, eine Längsschnittstudie zur Evaluation zu machen, um zu sehen, was wirklich nachhaltig und wichtig ist, damit man Ressourcen auch gut steuern kann. Man sollte nicht mit der Gießkanne die Schulen mit Sprachförderstunden versorgen, die unter Umständen auch fremd verwendet werden.

Dann wäre ein wichtiger Punkt, der noch nicht erwähnt wurde, wie eigentlich der Schatz der Mehrsprachigkeit gehoben werden kann. Bisher wird Mehrsprachigkeit immer als Problem angesehen, nicht aber auch als eine wirklich wichtige Ressource, die Kinder mitbringen. Nicht zuletzt ist es wichtig, Best Practice zwischen den Schulen noch besser zu verkoppeln, um dann entsprechend die Ressourcen besser einzusetzen.

Ferner ist natürlich die Frage wichtig, ob jetzt integrativ besser ist oder additiv. Additiv ist eben zusätzliche Ressource. Viele Kinder sind mehrfach förderbedürftig und da frage ich mich, wie sie es noch nachmittags schaffen, diese Förderungen zu leisten und auszuhalten.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Stein ins Wasser werfen. Wir haben jetzt in Hamburg eine Viereinhalbjährigen-Untersuchung. Vor dem Hintergrund jedoch, dass die Lernentwicklung und die Sprachentwicklung vom ersten bis zum fünften Lebensjahr sehr maßgeblich voranschreiten, frage ich mich, ob viereinhalb Jahre nicht zu spät sind. Wenn die Förderung nämlich wirklich beginnt, beginnt sich das Zeitfenster schon wieder zu schließen. Darüber müsste man noch einmal nachdenken, ebenso über die Frage der Betreuungsquote. So schön es ist, dass wir 90 Prozent Betreuungsquote in den Kitas haben, aber was ist mit den restlichen 10 Prozent? Aus welchen Bereichen kommen die? Sind das Kinder, die überhaupt nicht förderbedürftig sind oder sind es tatsächlich die Kinder, die wir einfach nicht erreichen? Die auch in der Großen Anfrage auftauchen als "mehrfach nicht erschienen" zur Viereinhalbjährigen-Untersuchung.

Damit möchte ich meine Rede schließen. Vielleicht bekomme ich jetzt ein bisschen Applaus, denn es ist schon spät am Abend und ich habe die fünf Minuten eingehalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. Sie hatten noch genau 13 Sekunden. Es ist also wirklich nahezu eine Punktlandung. – Frau von Treuenfels, bitte.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Ich hoffe, ich habe etwas mehr als 13 Sekunden, aber meine Rede wird kurz.

Gerade hat der Bildungsmonitor der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" Hamburg wieder einmal ein mäßiges Zeugnis im Bildungsvergleich der Bundesländer ausgestellt. Rang 14, Herr Senator Rabe, ist sicher kein Grund, sich zurückzulehnen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das hat er jetzt verursacht in den letzten drei Monaten, oder was?)

– Aber es besteht Handlungsbedarf.

In einer Reihe von Feldern, insbesondere bei der Schulqualität, konstatiert die Studie Handlungsbedarf. In einem Punkt stehen wir allerdings in diesem insgesamt sehr kritischen Ranking gar nicht so schlecht da, nämlich auf Platz 2 unter 16 Ländern bezüglich der Leistungen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das hat seinen Grund auch darin, dass Hamburg schon lange und gut frühe Sprachförderung betreibt.

Meine Damen und Herren! Wer früh abgehängt wird, der schafft es später nur schwer, Defizite auszugleichen. Wer früh Förderung erhält, braucht später keine teure Nachqualifizierung. Frühzeitige Sprachförderung ist also das richtige Instrument, darüber sind wir uns wohl alle einig. Sie muss allerdings auch richtig gemacht werden. Die Einführung der Sprachstandserhebung im Alter von vier- bis einhalb Jahren war ein erster richtiger Schritt. Übrigens, Frau Prien, war das unter der Verantwortung der FDP, wenn ich daran erinnern darf.

(Beifall bei Robert Bläsing FDP)

Heute sehen wir allerdings, dass wir bis zum Schulbeginn noch mehr Zeit brauchen, um vorhandene Sprachdefizite auszugleichen, da gebe ich Frau von Berg sehr recht.

Die Erfolgsquote bei der vorschulischen Förderung liegt bei 53,3 Prozent. Diese Kinder benötigen nach einem Jahr Sprachförderung in der Vorschule keine weitere Förderung, aber das ist gerade einmal die Hälfte. Wir sind der Meinung, dass diese Quote höher sein muss. Erfolge müssen außerdem messbar sein, darum stört uns die fehlende Datenerhebung in bestimmten Bereichen. Warum werden keine Daten über die unregelmäßige Teilnahme an Sprachfördermaßnahmen erhoben? Warum kann der Senat keine Auskunft darüber geben, wie viele Kinder, die in der Grundschule Sprachförderung erhalten, bereits in der Vorschule gefördert wurden? Hierzu bedarf es lediglich der Auswertung der vorhandenen Schulakten, die automatisch von der Vorschule an die Grundschulen weitergegeben werden.

Laut Senat wird die Sprachentwicklung einzelner Kinder auch nicht im Längsschnitt verfolgt. Aber

genau das ist die Information, die wir benötigen, um zu beurteilen, wie erfolgreich das Hamburger Sprachförderkonzept eigentlich ist. Wir Liberale sind daher der Meinung, dass an zwei Stellen dringend nachgebessert werden muss: Erstens ist die Erhebung ausreichender Daten zu einer Erfolgskontrolle notwendig. Dazu gehört natürlich ein Längsschnitt und nur so können Qualitätsverbesserungen vorgenommen werden. Zweitens muss die Sprachförderung schon vor der Sprachstandserhebung kontinuierlich in der Kita stattfinden. Notwendig wäre hier auch eine Stärkung der Kooperation zwischen Kita, Vorschule und Grundschule, bei der Auskünfte über durchgeführte Fördermaßnahmen nicht freiwillig, sondern unserer Meinung nach verbindlich weitergegeben werden müssten. Das könnte dann die Grundlage dafür sein, beim nächsten Bildungsmonitor noch deutlich besser abzuschneiden, nicht nur im Bereich der Integration. Daher empfehlen wir eine Überweisung an den Familienausschuss unter Mitberatung des Schulausschusses. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau von Treuenfels. – Das Wort hat Frau Özdemir.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU hat eine Große Anfrage gestellt, aber nun stellt sich die Frage, was sie damit bezweckt.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Dirk Kienscherf SPD: Das sehen wir im Ausschuss!)

Eine Antwort findet sich gleich im zweiten Satz der CDU-Anfrage, und zwar lobt sich die CDU, dass – ich zitiere –:

"2003 (...) vom CDU-geführten Senat die Überprüfung des Sprachstandes im Rahmen des Vorstellungsverfahrens der Viereinhalbjährigen gesetzlich verankert [wurde]."

– Zitatende. –

(Beifall bei der CDU)

Das ist die halbe Wahrheit.

Im Jahre 2001 wurde die deutsche Öffentlichkeit durch die desaströsen Ergebnisse der PISA-2000-Studie aufgeschreckt. Deutschland landete bei der Lesekompetenz auf Platz 22 von 32 Ländern und Deutschland war fast überall schlecht, vor allem bei den Kindern mit Migrationshintergrund.

Bei den Jugendlichen, die sich zu Hause nicht in der Landessprache unterhielten, schnitt nur Luxemburg noch schlechter ab. Besonders gut waren Australien, Kanada, Finnland und das Vereinigte

(Cansu Özdemir)

Königreich, kurz gesagt, alle Staaten mit einem Einheitsschulsystem.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Als LINKE sind wir für die Sprachförderung. Das ist auch nicht verkehrt, doch ich habe natürlich noch Verbesserungsvorschläge.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich muss Sie kurz unterbrechen. Meine Damen und Herren! Es redet nur Frau Özdemir und niemand sonst. Fahren Sie bitte fort.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gert Kekstadt SPD*)

Cansu Özdemir (fortfahrend): Bevor ich zu den Verbesserungsvorschlägen komme, möchte ich auf zwei Punkte der Großen Anfrage eingehen.

Erstens: Bei der Sprachförderung handelt es sich nicht nur um ein migrantisches Problem; Frau Duden hat es eben erwähnt. Fast ein Drittel der Vorschulkinder, die an Sprachfördermaßnahmen teilgenommen haben, sprach zu Hause Deutsch.

Zweitens: In den Schulen ist der Anteil der Kinder mit Förderbedarf in der Sprachentwicklung besonders hoch, die einen niedrigen Sozialindex beziehungsweise KESS-Faktor haben. Dies macht deutlich, dass wir es bei der Sprachproblematik auch mit sozialen Problemen zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Nun möchte ich darauf zurückkommen, was an der Sprachförderung verbessert werden kann. Ganz besonders möchte ich auf Folgendes hinweisen: Manche Kinder und Jugendliche empfinden die Förderkurse als Nachsitzen. Sie müssen nach dem regulären Unterricht noch weiterhin in der Schule sitzen und andere dürfen dann schon nach Hause. Auch empfinden manche Kinder und Jugendliche die Förderkurse als Stigmatisierung. Der additive Sprachförderunterricht ist insbesondere in Ganz-

tagsschulen ein Problem. Die Kinder und Jugendlichen müssen nach 16 Uhr in diesen Unterricht und das Problem wird sich noch verstärken, wenn weitere Schulen zu Ganztagschulen werden.

Nach Ansicht der LINKEN muss Sprachförderung aber mehr umfassen. Was in der Großen Anfrage und deren Beantwortung nicht vorkommt, ist der muttersprachliche Unterricht. Beim PISA-Sieger Finnland haben Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ein Anrecht auf muttersprachlichen Unterricht. Zweisprachige Kinder, die ihre Muttersprache beherrschen, lernen auch die Landessprache besser. Es erhöht ihr Selbstwertgefühl, wenn ihrer Muttersprache Wertschätzung entgegengebracht wird. Außerdem werden Sprachbewusstsein und Abstraktionsfähigkeit gefördert. Zweisprachige Kinder können leichter zwischen zwei Sprachen switchen. In den Hamburger Stadtteilen werden circa 100 Sprachen gesprochen. Dies wird auch unterstützt durch die Forderung der EU, dass alle Menschen in Europa drei Sprachen lernen sollten, und deshalb sollten wir von Finnland lernen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/441 federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Das ist das Ende des ersten Sitzungstages. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise und wir sehen uns morgen wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 21.41 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Kazim Abaci und Finn-Ole Ritter

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht Hamburg Unterrichtung durch die Präsidentin**

– Drucksache 20/367 –

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Inka Damerau	114	111	1	2	0
Susanne Junge	114	112	0	2	0
Christa Brockmann	114	111	0	3	0
Heiko Müller	114	110	1	3	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Knuth Janshen	114	111	0	3	0
Agnes Josam	114	111	0	3	0
Sarah Jamil	114	111	0	3	0
Kerstin Wilmes	114	111	0	3	0
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Hermine Hecker	114	100	5	7	2
Bettina Nohe	114	103	4	5	2
b) Stellvertretende Mitglieder					
Manfred Nebelung	114	101	6	5	2
Carsten Ovens	114	101	5	6	2
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Mitglied					
Sven Hashagen	114	108	0	4	2
b) Stellvertretendes Mitglied					
Nicole Baumgarten	114	110	0	3	1

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für
Stadtentwicklung
– Drucksache 20/1022 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglied					
Uwe Lohmann	115	113	0	2	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dr. Melanie Leonhard	115	112	0	2	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Mitglied					
Dr. Joachim Bischoff	115	103	11	1	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Heike Sudmann	115	98	14	3	0

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 5

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl eines Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drucksache 20/1114 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:					
Henning Hansen	116	105	7	4	0

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 6

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung****– Drucksache 20/1155 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Ina Dinslage	116	111	2	2	1

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 7

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung****– Drucksache 20/1228 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Carsten Maßmann	116	112	0	3	1

Anlage 2

(siehe Seite 760)

**Namentliche Abstimmung
über den Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bekanntgabe des Ablaufs der Konzessionsverträge für das Gas- und Stromversorgungsgesetz
Drucksache 20/1227**

Name	Abstimmungsergebnis
Christoph Ahlhaus	Nein
Matthias Albrecht	Nein
Peri Arndt	Nein
Kersten Artus	Ja
Jan Balcke	Nein
Ksenija Bekeris	Nein
Dr. Stefanie von Berg	Ja
Dr. Joachim Bischoff	Ja
Robert Bläsing	Nein
Christiane Blömeke	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Nein
Matthias Czech	Nein
Phyliss Demirel	Nein
Gabi Dobusch	Nein
Anja Domres	Nein
Dr. Andreas Dressel	Nein
Barbara Duden	Nein
Olaf Duge	Ja
Dr. Kurt Duwe	Nein
Gunnar Eisold	Nein
Britta Ernst	Nein
Katharina Fegebank	Ja
Jan-Hinrich Fock	Nein
Dennis Gladiator	Nein
Christa Goetsch	Ja
Daniel Gritz	Nein
Andy Grote	Nein
Dr. Eva Gümbel	Ja
Birte Gutzki-Heitmann	Nein
Norbert Hackbusch	Ja
Anja Hajduk	Ja
Metin Hakverdi	Nein
Jörg Hamann	Nein
Ulrike Hanneken-Deckert	Nein
Nikolaus Haufler	Nein
Heiko Hecht	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Robert Heinemann	Nein
Roland Heintze	Nein
Klaus-Peter Hesse	Nein
Dora Heyenn	Ja
Lars Holster	Nein
Regina-Elisabeth Jäck	Nein
Hildegard Jürgens	Nein
Martina Kaesbach	Nein
Annkathrin Kammeyer	Nein
Gert Kekstadt	Nein
Jens Kerstan	Ja
Dirk Kienscherf	Nein
Thilo Kleibauer	Nein
Dr. Thomas-Sönke Kluth	Nein
Martina Koeppen	Nein
Thomas Kreuzmann	Nein
Annegret Krischok	Nein
Philipp-Sebastian Kühn	Nein
Gerhard Lein	Nein
Dr. Melanie Leonhard	Nein
Uwe Lohmann	Nein
Dorothee Martin	Nein
Antje Möller	Ja
Doris Müller	Nein
Farid Müller	Ja
Arno Münster	Nein
Ralf Niedmers	Nein
Barbara Nitruich	Nein
Olaf Ohlsen	Nein
Dr. Christel Oldenburg	Nein
Cansu Özdemir	Nein
Dr. Mathias Petersen	Nein
Lars Pochnicht	Nein
Karin Prien	Nein
Jan Quast	Nein
Erck Rickmers	Nein
Hans-Detlef Roock	Nein
Wolfgang Rose	Nein
Andrea Rugbarth	Nein
Dr. Monika Schaal	Nein
Dr. Martin Schäfer	Nein
Dr. Walter Scheuerl	Nein

Name	Abstimmungsergebnis
Dr. Wieland Schinnenburg	Nein
Frank Schira	Nein
Hansjörg Schmidt	Nein
Frank Schmitt	Nein
Heidrun Schmitt	Ja
Christiane Schneider	Ja
Sören Schumacher	Nein
Jens-Peter Schwieger	Nein
Ali Simsek	Nein
Viviane Spethmann	Nein
Dr. Till Steffen	Ja
Hjalmar Stemmann	Nein
Sabine Steppat	Nein
Birgit Stöver	Nein
Katja Suding	Nein
Heike Sudmann	Ja
Urs Tabbert	Nein
Dennis Thering	Nein
Carola Thimm	Nein
Juliane Timmermann	Nein
Karin Timmermann	Nein
Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Nein
André Trepoll	Nein
Anna-Elisabeth von Treuenfels	Nein
Heino Vahldieck	Nein
Carola Veit	Nein
Isabella Vértes-Schütter	Nein
Kai Voet van Vormizeele	Nein
Silke Vogt-Deppe	Nein
Thomas Völsch	Nein
Christoph de Vries	Nein
Andreas C. Wankum	Nein
Karl-Heinz Warnholz	Nein
Dietrich Wersich	Nein
Frank Wiesner	Nein
Katharina Wolff	Nein
Sylvia Wowretzko	Nein
Ekkehard Wysocki	Nein
Mehmet Yildiz	Ja